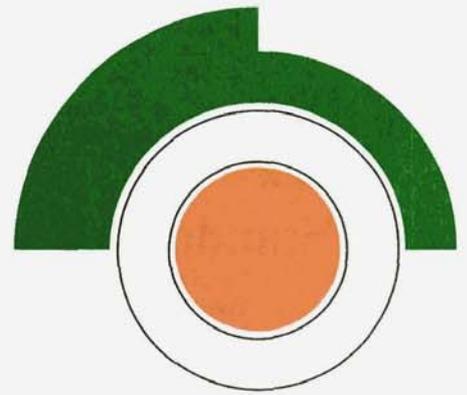


Nordrhein-Westfalen Landtag intern 14



Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen, 24. Jahrgang, 11. Wahlperiode, 21. 9. 1993

WORT UND WIDERWORT

Kann Lohn unter Tarif der Arbeitslosigkeit abhelfen?

Mittlerweile sei die Kluft zwischen Spitzenverdienern und Niedriglöhnen wieder so tief wie vor hundert Jahren. Diejenigen also, die einen niedrigen Lohn zugunsten von mehr Beschäftigung propagierten, sollten sich in der Welt umschauchen. Sie sollten sich fragen, ob nicht andere Faktoren eine viel nachhaltigere Wirkung auf die Beschäftigung haben könnten, statt immer wieder in die ideologische Mottenkiste zu greifen. Das erklärt der SPD-Abgeordnete **Hermann Jansen**. Der CDU-Abgeordnete **Laurenz Meyer** betont, ohne die Tarifhoheit zur Disposition stellen zu wollen, halte man einen Umdenkungsprozeß bei den Tarifparteien für unumgänglich. Es gehe darum, daß die Tarifverträge in Zukunft stärker auf die Betriebsgrößenstruktur und die regionalen Unterschiede Rücksicht nähmen. Die CDU halte in Notfällen auch die Möglichkeit von Tariföffnungsklauseln für durchaus prüfenswert. Der F.D.P.-Abgeordnete **Hagen Tschöeltsch** vertritt die Ansicht, um rentable Beschäftigung entstehen zu lassen, müsse man den Arbeitsmarkt öffnen, das bedeute, auf verbindliche Mindesttariflöhne zu verzichten, so daß sich Arbeitslose unter Tarif verdingen könnten. Ergänzend hierzu müßten die Lohnzusatzkosten wie Steuer und Sozialabgaben ganz oder teilweise vom Arbeitsverhältnis abgekoppelt und wie bei den Arbeitslosen auch anderweitig getragen werden. Der Grüne-Abgeordnete **Daniel Kreutz** unterstreicht, die politische Diskussion um untertarifliche Entlohnung, vorgetragen unter dem Vorwand, die Erwerbslosigkeit zu bekämpfen, zielen letztlich auf die Brechung der Tarifautonomie. Das wichtigste Instrument zur Bekämpfung der Erwerbslosigkeit bleibe Arbeitszeitverkürzung ohne Minderung unterer und mittlerer Tarifeinkommen. (Seite 2)

Landesregierung soll Zivildienstnovelle ablehnen Sorge um pflegerische Versorgung

Die SPD-Fraktion im Landtag hat die Landesregierung aufgefordert, die Änderung des Zivildienstgesetzes im Bundesrat abzulehnen und bei anderen Bundesländern für eine Ablehnung zu werben.

Der SPD-Abgeordnete Horst-Dieter Vöge befürchtete, wenn der Entwurf der Bundesregierung realisiert werde, müsse man damit rechnen, daß bei 60 Prozent der Beschäftigungsstellen der Erstattungsbetrag vollständig gestrichen werde. Bei Beratung eines Antrages seiner Fraktion folgte Vöge, betroffen seien in erster Linie Altenheime, Altenpflegeheime, Krankenhäuser, Heime für Behinderte, Rettungsdienste und Sozialstationen.

Auch der CDU-Abgeordnete Wilhelm Krömer räumte ein, viele Aktivitäten wären ohne den Einsatz von Zivildienstleistenden nicht vorstellbar.

Heinz Lanfermann (F.D.P.) meinte, dem Zivildienstleistenden sei es wichtig, daß er sinnvoll eingesetzt werde. Das könne er nach wie vor.

Daniel Kreutz (GRÜNE) betonte, das Grundübel sei, daß man sich jahrzehntlang auf die Zivildienstleistenden verlassen habe und

die Bundesregierung jetzt nachhaltig in die pflegerische Versorgung des Landes eingreifen könne.

Sozialminister Franz Müntefering berichtete von zur Zeit 27 700 Zivildienstleistenden in NRW.



Man ist informiert.

Die Woche im Landtag

Haushalt 1994

Kritik der Opposition und der Hinweis auf Solidität seitens des SPD-Regierungslagers kennzeichneten die erste Lesung des Haushaltsgesetzes 1994. (Seite 3)

Landschaftsgesetz

In dritter Lesung hat der Landtag die Novelle des nordrhein-westfälischen Landschaftsgesetzes verabschiedet. (Seite 8)

Heilberufe

Der Landtag hat in erster Linie das Heilberufsgesetz beraten, das den Rahmen bilden soll, in dem die Heilberufskammern ihre Aufgaben künftig durchführen. (Seite 11)

Potsdam

Die Hauptausschüsse von Brandenburg und NRW haben sich in Potsdam getroffen. Sie setzen damit wieder ein Zeichen für parlamentarische Kooperation. (Seite 16)

Gewerbeaufsicht

Bei der Erörterung der Gewerbeaufsicht im Ausschuß für Verwaltungsstrukturreform hat die Mehrheit die Trennung von Arbeitsschutz und Umweltschutz empfohlen. (Seite 17)

Verpflichtung

Die deutsch-israelischen Beziehungen müssen ausgeweitet werden. Der Ausschuß für Kinder, Jugend und Familie sieht sich in einer besonderen Verpflichtung. (Seite 24)

WORT UND WIDERWORT

Standort Deutschland im internationalen Wettbewerb

Von
Hermann Jansen

Bereits 1931 stellte der angesehene Nationalökonom Emil Lederer fest: „Die primitive Vorstellung aber, man könne immer, wenn Arbeitslosigkeit herrscht, durch Herabsetzung der Löhne das Gleichgewicht wieder herstellen, gehört in die Rumpelkammer der Theorie.“
Wider besseres Wissen wird immer wieder das Lied von den „zu hohen Arbeitskosten“ angeführt, obgleich vielfach nachgewiesen wurde, daß ganz andere Faktoren ausschlaggebend sind für attraktive Wirtschafts- und Produktionsstandorte. Die aktuelle Entwicklung in den neuen Bundesländern zeigt sehr eindrucksvoll, wie vordergründig und falsch die Diskussion um angeblich zu hohe Löhne geführt wird. Dort wurden in einigen Bereichen Lohnstückkostensenkungen von über 40 Prozent verzeichnet. Dort wird mit untertariflichen Löhnen herumexperimentiert. Trotzdem läßt der wirtschaftliche Aufschwung im Osten weiter auf sich warten. Großbritannien mag als weiteres abschreckendes Beispiel dienen.

SPD: Eine Rumpelkammertheorie, die das Problem nicht löst

Nach Ansicht der Konservativen ist die Insel mit ihren niedrigen Löhnen und Sozialkosten die beste Antwort auf die europäische Beschäftigungskrise. Ein unbedeutender Kündigungsschutz, Arbeit unter befristeten Verträgen, flexible Ladenöffnungszeiten, längere Maschinenlaufzeiten und eine gezielte Strategie zur Schwächung der Gewerkschaften sind das Markenzeichen einer solchen Politik. Die Konsequenz ist, daß etwa 40 Prozent aller Teilzeitbeschäftigten innerhalb der Europäischen Gemeinschaft heute in Großbritannien arbeiten.

Die Hälfte davon sind Frauen. Ihre Bezahlung liegt zum Teil 40 Prozent unter der der Männer. Zwei Drittel aller Briten muß heute mit einem Einkommen leben, das noch unter dem Durchschnittseinkommen von 560 DM pro Woche liegt.

Und noch ein historischer Vergleich: Mittlerweile ist die Kluft zwischen Spitzenverdienern und Niedriglöhnen wieder so tief wie vor hundert Jahren. Diejenigen also, die einen niedrigen Lohn zugunsten von mehr Beschäftigung propagieren, sollten sich in der Welt umschauen. Sie sollten sich fragen, ob nicht andere Faktoren eine viel nachhaltigere Wirkung auf die Beschäftigung haben könnten, statt immer wieder in die ideologische Mottenkiste zu greifen.

Von
Laurenz Meyer

Angesichts der dramatischen Arbeitsplatzverluste — gegenüber dem August 1992 wurden in Nordrhein-Westfalen innerhalb eines Jahres 124 000 Stellen abgebaut — muß jeder Vorschlag zur Lösung der Strukturprobleme des Wirtschaftsstandortes Deutschland ernsthaft geprüft werden. Es wird mittlerweile in Deutschland von niemandem Ernstzunehmenden mehr bestritten, daß die Schere zwischen Lohnkostenentwicklung und Produktivitätssteigerung zu weit auseinanderklafft. Ohne die Tarifhoheit zur Disposition stellen zu wollen, halten wir einen Umdenkungsprozeß bei den Tarifparteien für unumgänglich. Es geht darum, daß die Tarifverträge in Zukunft stärker auf die Betriebsgrößenstruktur und die regionalen Unterschiede Rücksicht nehmen. Was einen Großkonzern wie Daimler Benz jetzt erst an die Grenze der Rentabilität führt, hat für manchen kleinen und mittleren Zulieferbetrieb in der

CDU: Anstieg der Löhne strikt begrenzen

gleichen Branche schon in der Vergangenheit den Konkurs bedeutet.

Wir halten in Notfällen auch die Möglichkeit von Tariföffnungsklauseln für durchaus prüfungswert, die es Betrieben, die ansonsten ihren Betrieb schließen bzw. die Produktion ins Ausland verlagern müßten, erlauben, im Einvernehmen mit dem Betriebsrat die vorgegebenen tariflichen Löhne zu unterschreiten. Insgesamt sollten wir aber betonen, daß die Tarifhoheit von Arbeitgebern und Gewerkschaften eine wesentliche Voraussetzung für den sozialen Frieden in unserem Land war und ist.

Denjenigen, die unter dem Stichwort „2. Arbeitsmarkt“ die Errichtung von subventionierten Arbeitsplätzen nach dem Muster „ABM“ auch in Wirtschaftsunternehmen verstehen, sollten wir wegen der absehbaren Konkurrenz für die bestehenden Arbeitsplätze und der Gefahr von Mitnahmeeffekten entgegentreten.

Ziel der kommenden Zeit muß sein, den Anstieg der Löhne strikt zu begrenzen und die Lohnnebenkosten zu senken. Je besser das gelingt, desto weniger werden Diskussionen über einen Lohnuntertarif nötig sein.

Von
Hagen Tschoeltsch

Die im Thema angedeutete Problemlösung verkürzt die Größe der vor uns stehenden Aufgabe. Die aktuelle parteiübergreifende Diskussion über den Wirtschaftsstandort Deutschland geht davon aus, daß in Deutschland mehrere Millionen wettbewerbsfähige Arbeitsplätze fehlen. Auch nach Überwindung der aktuellen konjunkturellen Probleme wird ein hoher Sockel an Arbeitslosen verbleiben, weil der Standort Deutschland auf breiter Front einem verstärkten internationalen Wettbewerb ausgesetzt ist, nicht zuletzt infolge der großen Lohnkostenkonkurrenz durch die vor der Haustür liegenden mittel- und ostdeutschen Länder.

Dabei ist Arbeit in Deutschland überreichlich vorhanden. Schwarzarbeit und die vielfältigen Formen der „privat organisierten“ Dienstleistungen im

F.D.P.: Arbeit ist überreichlich vorhanden

Pflege-, Haushalt- und sonstigen Tertiärbereich belegen dies nachdrücklich.

Aber der erste Arbeitsmarkt ist nicht in der Lage, zum Tariflohn genügend Arbeitsplätze anzubieten, weil Steuern, Soziallasten und Lohnnebenkosten das Verhältnis zwischen den Bruttokosten der Arbeitsstunden und den Nettoerträgen der Arbeitnehmer so verschlechtert haben, daß Arbeit zum Teil zu teuer geworden ist.

Um (wieder) rentable Beschäftigung entstehen zu lassen, müssen wir „den Arbeitsmarkt öffnen“, das heißt auf verbindliche Mindesttariflöhne verzichten, so daß sich Arbeitslose unter Tarif verdingen können. Ergänzend hierzu müßten die Lohnzusatzkosten (Steuer, Sozialabgaben und so weiter) ganz oder teilweise vom Arbeitsverhältnis abgekoppelt und — wie bei den Arbeitslosen auch — anderweitig getragen werden. Um der Schaffung rentabler Beschäftigung willen ist die untertariflich bezahlte Arbeit zu bejahen. Denn untertariflich bezahlte Arbeit ist sozialer als Arbeitslosigkeit.

Von
Daniel Kreutz

Tarifverträge definieren Mindeststandards der Erwerbsarbeits- und Entlohnungsbedingungen. Sie sind Ausdruck des jeweiligen Kräfteverhältnisses zwischen Kapital und gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, das nötigenfalls im Arbeitskampf festgestellt wird. Gegenstand der Auseinandersetzung ist die Verteilungsrelation der durch Lohnarbeit erwirtschafteten Unternehmensgewinne. Der unmittelbare Effekt einer Verbilligung der Löhne ist die Erhöhung des Arbeitgeberanteils ohne Einfluß auf seine Verwendung.

Wer sich von untertariflicher Entlohnung mehr Beschäftigung verspricht, unterstellt explizit oder implizit, es mangle den Arbeitgebern an Mitteln, um Arbeitsplätze zu schaffen und Tariflöhne zu bezahlen. Der Blick auf die tatsächliche Finanzausstattung der Unternehmen beweist aber das Gegenteil: 1991 standen 1700 Milliarden Geldvermögen, davon 600 Milliarden liquide Mittel, der westdeutschen

GRÜNE: Wichtigstes Instrument bleibt Arbeitszeitverkürzung

Produktionsunternehmen Nettoinvestitionen von nur 130 Milliarden gegenüber.

Die politische Diskussion um untertarifliche Entlohnung, vorgetragen unter dem Vorwand, die Erwerbslosigkeit zu bekämpfen, zielt letztlich auf die Brechung der Tarifautonomie — auch dort, wo sie von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten geführt wird. Sie ist die Fortsetzung des reaktionären Diskurses über Arbeitsmarkt-Deregulierung (ungeschützte Teilzeitarbeit; Leiharbeit; befristete Arbeitsverhältnisse; Demontage von Schutzrechten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer als „Beschäftigungshemmnisse“), der gleichermaßen stets mit dem Schwindelkett „Bekämpfung der Arbeitslosigkeit“ vermarktet wurden. Die Effekte waren stets die gleichen: Verdrängung geschützter Beschäftigungsverhältnisse durch deregulierte, Spaltung der Arbeitnehmerinnen und Arbeiter, Verstärkung des Drucks zur allgemeinen Senkung sozialer Standards, Entlastung der Arbeitgeberkassen — bei insgesamt steigender Erwerbslosigkeit. Das wichtigste Instrument zur Bekämpfung der Erwerbslosigkeit bleibt die Arbeitszeitverkürzung ohne Minderung unterer und mittlerer Tarifeinkommen, deren Tempo deutlich über dem der Rationalisierung liegt.

Finanzminister und SPD scheuen keinen Vergleich und nennen Haushaltsentwurf solide

CDU und F.D.P. klagen über mangelnden Sparwillen Kürzung des Sozialtats stößt auf grüne Kritik

Die drei Oppositionsfraktionen von CDU, F.D.P. und GRÜNE haben am 15. September aus unterschiedlichen Gründen Kritik an dem von Finanzminister Heinz Schluëßer (SPD) vorgelegten Haushaltsentwurf 1994 geübt. Während CDU und F.D.P. während der ersten Lesung der Landesregierung mangelnde Sparbereitschaft vorhielten, beklagten die Grünen Kürzungen in der Sozialpolitik und beim Umweltschutz. Der stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende Hartmut Schauerte betonte, Schuldenmachen sei kein Ausweg mehr für die Politik. Er forderte unter anderem eine sorgfältige Überprüfung aller Sozialausgaben. Für die F.D.P. erklärte der Abgeordnete Rudolf Wickel, der gesamte öffentliche Dienst sollte zur 40-Stunden-Woche ohne Lohnausgleich zurückkehren. Dies spare im Landshaushalt fast 11000 Stellen oder rund eine Milliarde Mark. Grüne-Abgeordneter Dr. Manfred Busch bemängelte hingegen, der Sozialhaushalt weise 1994 rund 300 Millionen Mark weniger aus. Unter Berücksichtigung der Preissteigerung sei dies eine Kürzung um fast sieben Prozent. Der SPD-Finanzexperte Reinhold Trinius verteidigte den Etatentwurf als solide. Finanzminister Heinz Schluëßer begegnete der Kritik mit dem Hinweis, NRW schneide im Vergleich mit allen 16 Bundesländern sowohl bei der Kredit- und Steuerfinanzierung des Haushalts als auch bei den Personalausgaben am besten ab. Die zweite und dritte Lesung des Haushaltsgesetzes 1994 folgen im Dezember.

Hartmut Schauerte (CDU), finanzpolitischer Sprecher, erklärte, Deutschland sei einer der teuersten Standorte der Welt geworden. „Strukturell sind wir zu teuer. Nur auf den Weltmärkten haben wir unseren außergewöhnlichen Wohlstand verdient und erarbeitet. Wenn wir diese zu teure Grundsituation nicht ändern, werden wir unseren Wohlstand nicht sichern können“, sagte Schauerte. Die Konjunktur sei insgesamt bedrückend. In NRW sei alles noch ein wenig schlimmer. Man habe 713000 Arbeitslose. Das seien 16 Prozent mehr als im Durchschnitt der westdeutschen Länder. „Die Lage ist ernst. Die gewohnten Rituale taugen nichts.“ Er sagte das in Richtung Bonn ebenso nachdenklich wie in Richtung NRW. Schuldenmachen sei kein Ausweg mehr für die Politik. Ferner sei er der festen Überzeugung, daß ein weiteres Drehen an der Abgaben- und Steuerschraube die Leistungsbereitschaft in Deutschland stranguliere. Bei der Staats- und Abgabenquote sei keine Luft mehr. Schauerte stellte anheim, der Staat könne sparen und fügte hinzu: „Da versagt er, da versagt ihm die Kraft.“ Da trauten sich die Politiker nicht. Aber der Staat müsse handeln. Er könne bei den Subventionen etwas tun. Man könne bei den Empfängern staatlicher Leistungen etwas tun. Die drei Ebenen des Staates müßten sparen. Den Gemeinden hielt er vor, bei ihnen seien die Personallasten um sieben bis siebeneinhalb Prozent gestiegen. Die Gemeinden müßten sich fragen, ob sie die Zeichen der Zeit richtig erkannt hätten. Zur Wiedervereinigung sagte der stellvertretende Fraktionsvorsitzende, der Bund zahle 1994 in den Prozeß der Wiedervereinigung 77 Milliarden Mark netto. NRW habe einen Nettotransfer von 4,8 Milliarden Mark. NRW leiste neun Prozent des Haushalts an die neuen Länder und nicht 20 Prozent wie der Bund, nehme aber 5,7 Milliarden Mark neue Schulden auf. Man nehme eine Milliarde Schulden mehr auf, als man in die neuen Länder transferiere. Finanzminister Schluëßer galt der Vorwurf, dessen Haushalte seien während seiner Amtszeit im Volumen doppelt so schnell gestiegen wie in den letzten fünf Jahren der Amtszeit von Finanzminister Posser. Die Durchschnittssteigerungsrate von Schluëßers Haushalten läge bei fünf Prozent. „Wo haben Sie denn gespart, Herr Finanzminister?“, fragte der Abgeordnete. Alles, was laufe, was Kosten verursache, was in den Konsumbereich gehe, werde gemächlich zwischen vier und fünf Prozent angehoben. Zu den Personalkosten merkte er an, die CDU



Schwierige Finanzlage in schwieriger Zeit: v.l. Hartmut Schauerte (CDU), Reinhold Trinius (SPD), Rudolf Wickel (F.D.P.), Dr. Manfred Busch (GRÜNE) und Finanzminister Heinz Schluëßer (SPD).
Fotos: Schüler

wolle eine differenzierte Nullrunde im öffentlichen Dienst fahren. Das würde eine Entlastung von 600 Millionen Mark für den Haushalt bringen. Ferner setzte er sich dafür ein, die Neuverschuldung nicht zu erhöhen und 300 Millionen im Etat durch „vernünftige Einzelvorschläge“ einzusparen. Er schlug weiter vor, 18 Prozent der WestLB zu verkaufen. Mit dem Erlös des Verkaufs an die Sparkassenorganisation könnten weitere 25000 Wohnungen geschaffen werden. Auch könnten bei einer Kabinettsbildung ein paar Ministerien mindestens zusammengelegt werden. Er kritisierte ferner die Überbesetzung der Verwaltungsbehörden. Als weiteren Punkt führte er an, daß Standards gesenkt werden müßten. Sie müßten bezahlbar werden. Er empfahl, Aufgaben nach unten zu verlagern und die öffentliche Verschwendung zu bekämpfen. Das Problem sei, wer immer nur öffentliches Geld ausbebe, verliere das Gefühl dafür, wie mühsam es erarbeitet worden, wenn es abgenommen worden sei. Gegen diesen Grundfehler öffentlicher Verwaltung von Geldern helfe eben nur das richtige Bewußtsein, nämlich Bescheidenheit.

Reinhold Trinius (SPD) forderte, für die Finanzierung der Deutschen Einheit, mittlerweile ein Hauptthema bei den Haushaltsberatungen von Bund, Ländern und Gemeinden, müsse das Gebot der sozialen Gerechtigkeit gelten, „sonst wird die Einheit brüchig“. Bonn aber belaste einseitig die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Wenn man die Deutsche Einheit als gesamtstaatliche Aufgabe akzeptiere, dann müßten alle

Beteiligten an einen Tisch und je nach Leistungsfähigkeit beteiligt werden. Die Bundesregierung betreibe aber derzeit nur weiterhin die „seit Jahren schleichende Entsolidarisierung der Gesellschaft“. Der Sprecher räumte der nordrhein-westfälischen Wirtschaft gute Chancen ein, vor allem in Osteuropa, für das er die Idee eines EG-Marshallplans, die der EG-Kommissionspräsident Delors in die Debatte geworfen habe, guthieß. In NRW seien gerade die industriellen Branchen vorhanden, die für den Aufbau leistungsfähiger Volkswirtschaften erforderlich seien, betonte er und bezeichnete die finanzpolitische Stabilität im Lande als einen der wichtigsten Standortfaktoren: „Nordrhein-Westfalen hat seit Jahren einen guten Ruf, wenn es um solide Landesfinanzen geht“, stellte Trinius fest und meinte zur CDU, es nutze ihr gar nichts, wenn sie diesen wichtigen Standortfaktor immer madig mache. Diese Tatsache sei das große Verdienst der Landesregierung und der sie tragenden Fraktion. Da aber die finanziellen Schwierigkeiten in Land und Kommunen noch längst nicht beseitigt seien, müßten, wie die Landesregierung es beschlossen habe, neue Wege gegangen werden. Permanente Aufgabenkritik, Subventionskürzungen und Privatisierung seien hier die Stichworte. Zudem habe das Land in den letzten Jahren wie kein anderes auf die „Aufgabenbremse getreten“. Dennoch sei es gelungen, die politischen Zielsetzungen der Landesregierung weiter fortzuentwickeln und politische Schwerpunkte zu setzen. Daß das Land ab 1995 zum absolut größten Zahler im bundesstaat-

lichen Finanzausgleich werde, „ist auch ein Zeichen der wirtschaftlich- und finanzpolitischen Potenz Nordrhein-Westfalens im Ländervergleich“. Angesichts des großen Spar- und Konsolidierungszwangs müßten die Bemühungen für die Reform der Landes- und Kommunalverwaltung weitergehen, um „moderne, effiziente und kundenfreundliche Verwaltungsstrukturen“ zu schaffen. So könnten die Kommunalpolitik gestärkt und die Landespolitik auf wichtige Grundsatzentscheidungen beschränkt werden.

Rudolf Wickel (F.D.P.) wies den Verweis auf die Kosten der Deutschen Einheit zurück: Nicht die Deutsche Einheit sei ursächlich für die Finanzmisere, sondern die damit anfallenden Kosten hätten Prozesse beschleunigt und verstärkt. Wickel: „Die Deutsche Einheit ist umsonst, aber die Kosten sind aus einer 40jährigen sozialistischen Mißwirtschaft entstanden.“ SPD-Mehrheitsfraktion und SPD-Landesregierung hätten in 13 Jahren ihrer politischen Herrschaft pro Jahr 6240 Millionen Mark Schulden gemacht. Über ein Jahrzehnt sei der Haushalt hochgezogen worden, habe man Ansprüche geweckt, Wohltaten verteilt und damit einen Standard geschaffen, den man jetzt verlassen müsse.

Die F.D.P. des Landes sei erst einmal dafür, die Neuverschuldung zu verringern, „damit für spätere Lösungen wieder verfügbare Masse in die Kasse kommt“. Seine Partei verlange zudem, im öffentlichen Dienst zur 40-Stunden-Woche zurückzukehren – und dies ohne Lohnausgleich. In der Industrie dürfe es keine weitere Verringerung der Wochenarbeitszeit „mit irgendwelchem Lohnausgleich“ geben. Bei einer Rückkehr zur 40-Stunden-Woche würde man annähernd 11000 Stellen oder eine runde Milliarde Mark im Landshaushalt einsparen, fuhr Wickel fort und qualifizierte den bisher eingeleiteten Stellenabbau als „einzige Augenwischerei“. Gleichzeitig mache die SPD immer wieder die Bundesregierung für alles mögliche verantwortlich; aber das glaube niemand mehr, seit offenbar sei, daß die Landesregierung die zurückliegenden guten Zeiten nicht genutzt habe, um Rücklagen für schlechte Zeiten zu bilden. Statt dessen sei die Neuverschuldung vorangetrieben worden, das sei „Fehlverhalten“.

Der Zustand der leeren Kassen und des knappen Geldes werde noch zehn bis 20 Jahre anhalten, prophezeite der Sprecher; dazu biete der Haushalt 1994 des Landes keine Perspektiven. Wenn immer der Spruch wiederholt werde, „NRW wird vom Konsolidierungskurs nicht abweichen“, dann sei das nicht mehr als das Pfeifen im dunklen Keller. Eine Politik, die ein paar Millionen Mark mehr oder weniger Schulden schon als Erfolg verkaufe, „fährt vor die Wand. Wir stehen schon dicht davor.“ Massive Sparmaßnahmen, für die die F.D.P. bereits Vorschläge gemacht habe, seien einzuleiten. „Wir haben die heilige Pflicht, den nachfolgenden Generationen nicht noch weitere Lasten aufzubürden“, mahnte Wickel.

Dr. Manfred Busch (GRÜNE) notierte eine siebenprozentige Kürzung im Sozialhaushalt, wenn Lebenshaltungskosten einbezogen würden, Verschärfung der Arbeitsmarktprobleme durch Stellenabbau in der Landesverwaltung und Mittelkürzung bei der regionalen Wirtschaftsförderung. Die Ausgaben für den Umweltschutz seien auf einem historischen Tiefpunkt. Andererseits

würden Milliardenbeträge für wirtschaftlich sinnlose Projekte und Vorhaben ausgegeben: Neubau von Straßen, Tunnel und überzogene technische Standards beim Stadtbahnbau, Altlasten der Atomwirtschaft in Höhe von 170 Millionen Mark, Landesbaumaßnahmen. Gespart werde wieder nicht bei Ausgaben für Repräsentation und Werbung. Steuerhinterziehung werde faktisch geduldet, die Finanzverwaltung personell ausgeblutet. Die konkrete SPD-Politik entspreche nicht einer Schutzmacht der kleinen Leute. Die reaktionäre Bonner Linie setze sich durch. Im neuen Haushalt 1994 fehlten 60 Millionen bei der Jugendförderung, 60 für Krankenhäuser, Landesgeld für Schwangerschaftsberatung. Die Grünen forderten bessere Bekämpfung der Steuerhinterziehung, eine Ergänzungsabgabe auf die Einkommensteuer, höhere Sozialausgaben. Gegen Arbeitslosigkeit müsse die Arbeitszeit konsequent gekürzt und müßten Überstunden abgebaut werden. Mit einer Arbeitsmarkttaggabe für Beamte und Selbständige könne Erwerbslosigkeit finanziert werden. Umweltfeindliche staatliche Rahmenbedingungen verhinderten den Umbau des Wirtschaftssystems. Öko-Abgaben seien der

ordneten Busch bescheinigte der Finanzminister, er sei „hin und wieder von der Realität entfernt“. Schlußer erinnerte an die Haushaltsrede des Bundesfinanzministers Waigel, der zu dem Ergebnis gekommen sei, der Kollege Schlußer in NRW gehe einige Positionen und Grundlagen vernünftig an. Das von der CDU beim RWI bestellte Gutachten komme zu dem Ergebnis, daß die Konsolidierungserfolge NRW's bundesweit bei allen 16 Ländern keine Vergleiche zuließen. In den letzten 13 Jahren habe es kein Land gegeben, das seinen Haushalt mit NRW vergleichbar konsolidiert habe. Dabei sei NRW der stärkste Leister im Finanzausgleich aller Länder mit 6,8 Milliarden Mark. „Nach uns erst Baden-Württemberg, nach uns Hessen.“ Das seien Fakten, die man schlicht anerkennen müsse. Der Minister betonte, NRW sei ein finanzstarkes Land. Zu Schauertes Angaben über 77 Milliarden Mark Nettoleistungen des Bundes, meinte Schlußer, die Refinanzierungen müßten dabei mit gesehen werden. Er fuhr fort, der Landshaushalt Nordrhein-Westfalens steige um 2,8 Prozent und habe eine der günstigsten Steigerungsraten aller Länder. An die CDU gewandt, betonte der Minister, sie ver-



Magere Jahre auch für die Gemeinden: v.l. Franz-Josef Britz (CDU), Jürgen Schaufuß (SPD), Michael Ruppert (F.D.P.), Bärbel Höhn (GRÜNE) und Innenminister Dr. Herbert Schnoor (SPD).
Fotos: Schüler

Kern dafür. Die Standortdebatte diene auch dazu, von Fehlern des Managements abzulenken. Über autoritäre und leistungshemmende Führungsstile, über flache Hierarchien in Unternehmen, über kriminelle Machenschaften wie Insidergeschäfte und Verflechtungen zwischen Banken und Unternehmen müsse geredet werden. Nicht die Manager, sondern die Arbeiter und Angestellten blieben auf der Strecke. Steuerhinterziehung werde als Kavaliersdelikt geduldet. Das Personal in der Betriebsprüfung müsse schnell aufgestockt werden. Die Einheitswerte für Grundbesitz müßten korrigiert, Zinseinkünfte korrekt besteuert werden. Das Ehegatten-Splitting solle abgeschafft, statt dessen die Versorgung von Kindern unabhängig vom Trauschein gefördert werden. Wer gegen die zu hohe Staatsquote wettete, stelle die soziale Marktwirtschaft in Frage. Eine demokratisch verfaßte Gesellschaft könne nicht auf Dauer erhebliche Teile der Bevölkerung ausgrenzen.

Finanzminister Heinz Schlußer (SPD) hielt den Abgeordneten Schauerte und Wickel vor, in ihren Reden sei es in der Hauptsache darum gegangen, wie man die Probleme glätte, „die die von Ihnen gestellte Bundesregierung hat“. Dem Grünen-Abge-

spreche den Bürgern weitere 25000 Wohnungen, wenn der Anteil des Landes am Vermögen der WestLB zurückgeführt und von den Sparkassen übernommen werde. Er fragte, wie die CDU aus den Sparkassen in Nordrhein-Westfalen in einem einzigen Jahr 2,8 Milliarden pressen wolle. Zu der Aussage des F.D.P.-Sprechers Wickel, der Solidarpakt sei eine Verständigung zu Lasten Dritter, der Gemeinden, merkte Schlußer an: „Ich glaube das nicht.“ Allerdings wolle er nicht so weit gehen wie der Bund, zu sagen, die Gemeinden seien beim Solidarpakt gut weggekommen. Er glaube, daß die Gemeinden in Bonn eine vernünftige Interessenvertretung durch die Länder hätten. Zum Personalbereich erläuterte er, man habe weitere 30000 Stellen untersucht, 7000 Stellen kw-gestellt. Entschieden wandte er sich gegen den Oppositionsvorwurf, dies sei „Augenwischerei“. Zum Thema Nullrunde im öffentlichen Dienst erklärte der Minister, er werde gern mithelfen, zu angemessenen Lohnabschlüssen zu kommen.

Roland Appel (GRÜNE) stellte die Frage, wie man auf die Sorgen und Ängste der Bürgerinnen und Bürger in bezug auf Kriminalität eingehe. „Da sage ich: Dazu bräuchten

wir eine zufriedene und gut arbeitende Polizei.“ Aber wenn er sich ansehe, was der neue Landeshaushalt hier vorsehe, und was die bisherigen Beschlüsse der Landesregierung zu diesem Thema sagten, müsse er sagen, die SPD sei dabei, auch hier dem politischen Gegner das Feld dadurch zu überlassen, daß die Maßnahmen, die gar kein oder kein nennenswertes Geld kosteten, die aber Zufriedenheit bei vielen Polizeibeamten erzeugen würden, nämlich die schnelle und möglichst prüfungsfreie Umsetzung des Kienbaum-Gutachtens und der Aufstieg der Beamten vom mittleren in den gehobenen Dienst, immer wieder verzögert, auf die lange Bank geschoben und in einzelne Stückchen zerhackt würden.

Hartmut Schauerte (CDU) erklärte zu den Aussagen des Finanzministers, er habe 17 000 Stellen abgebaut, er könne nur noch einmal sagen, als er, Schlußer, angefangen habe, habe man 334 797 Personalstellen gehabt. „1993 haben wir nach dem Haushalt, nach Ihren eigenen Zahlen, 343 416; das sind gut 9 000 mehr. Da muß man ein paar herunterrechnen; wir kommen dann auf die 7 000 bis 8 000 Stellen, die während Ihrer Zeit dazugekommen sind.“ Man sollte solche Zahlen nicht mehr in den Streit stellen.

Gemeindefinanzierung

Franz-Josef Britz (CDU) sagte zu den Zahlen und dem Aufbau des GFG, 23 Prozent aus dem allgemeinen Steuerverbund fließen den Gemeinden zu. Alles in allem summierten sich die Verluste der nordrhein-westfälischen Gemeinden auf 4,8 Milliarden Mark pro Jahr. Betrachte man den Steuerverbund isoliert, so wären 1994 rund drei Milliarden Mark an Mehreinnahmen für die Gemeinden zu verzeichnen. Hätten die Gemeinden dieses Geld heute, so wären viele Klagerufe nicht notwendig. Das Sparen und Kürzen auf Kosten der Gemeinden habe schon weit vor den Problemen der wirtschaftlichen Entwicklung und vor der Bewältigung der Kosten der Deutschen Einheit begonnen. Die Struktur der Aufteilung des Steuerverbundes berücksichtige nur unzureichend die aktuelle Situation. Die speziellen Zweckzuweisungen blieben nahezu unverändert. Hier wolle sich das Land offenbar nicht seines goldenen Zügels für die Gemeinden berauben. Die CDU-Fraktion trete nach wie vor dafür ein, daß der Anteil der Zweckzuweisungen noch weiter zurückgeführt werde und den Gemeinden zur Erfüllung ihrer Aufgaben allgemeine Mittel zugewiesen würden. Schlüsselzuweisungen und Investitionszuschüsse müßten gestärkt werden.

Jürgen Schaufuß (SPD) erklärte, man stimme sicherlich darin überein, daß die Finanzsituation der Kommunen entscheidend von der wirtschaftlichen Rezession, aber auch von den Kosten der Einheit geprägt sei. Er erinnerte an den Rückgang der Gewerbesteuer, auf die Gemeinden bezogen, von neun Prozent, ferner an die Explosion der Sozialkosten, im ersten Halbjahr 1993 allein um rund 17 Prozent. Es wäre im Interesse der Kommunen gut und stünde gerade CDU und F.D.P. gut an, bei ihren Parteifreunden in Bonn gegen diese Sparbeschlüsse aktiv zu werden. Wenn die Landes-



In Anwesenheit des brandenburgischen Landtagspräsidenten Dr. Herbert Knoblich und des Kultusministers des Landes Nordrhein-Westfalen, Hans Schwier (SPD), hat NRW-Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe am vergangenen Mittwoch die Ausstellung „Brandenburg-Rheinland-Westfalen — Historische Dokumente einer wechselseitigen Beziehung“ im Landesparlament eröffnet. Die Präsidentin verwies darauf, es gebe eine Vielzahl von Punkten, die verbindende Elemente zwischen den recht weit auseinander liegenden Ländern beinhalteten. „Im Mittelalter gingen niederrheinische und westfälische Siedler sowie Mönche, und zwar Zisterzienser aus den Klöstern Kamp und Altenberg, nach Brandenburg“, berichtete Frau Friebe. Sie hätten das Land erschließen wollen. Einige Jahrhunderte später seien Staatsdiener an den Rhein gekommen. Für den Rhein und seine Nebenflüsse sollten sie Deich- und Wasserbauordnungen entwickeln. Peter-Josef Lenné, Gartenbauarchitekt aus Bonn, habe die beeindruckenden Parkanlagen in Potsdam und Berlin geschaffen. Der Architekt Karl-Friedrich Schinkel sei intensiv im Rheinland und in Westfalen tätig gewesen. Auf die heutige Zeit verweisend, betonte die Präsidentin: „Lassen Sie uns die Chance einer freundschaftlichen länderübergreifenden weiteren Entwicklung nutzen.“ Das Bild zeigt v.l. Herbert Heidtmann (SPD), Dr. Herbert Knoblich, Ingeborg Friebe, Hans Schwier und Hans-Karl von Unger (CDU).
Foto: Schüler

regierung das GFG 1994 unter das Motto „Bewährte Strukturen sichern und neuen Bedarfssituationen Rechnung tragen“ stelle, so teile man diese Auffassung. Der Abgeordnete verwies darauf, insgesamt stünden den Gemeinden 1994 rund 10,6 Milliarden Mark an Schlüsselzuweisungen zur Verfügung.

Michael Ruppert (F.D.P.) meinte, worum es jetzt gehe, sei doch dieses: Geld, das man sowieso nicht habe, nicht auszugeben. Das bedeute natürlich, daß man sich in den Gemeinden vieles Liebgewonnene nicht mehr und manches Wünschenswerte vielleicht nie mehr werde leisten können. Selbst an die Definition des Notwendigen werde man sehr viel strengere Maßstäbe anlegen müssen. „Aber eines bitte ich mir doch aus: daß auch künftig immer noch die Räte und nicht der Innenminister oder irgendeine nachgeordnete Behörde darüber entscheiden dürfen, was denn nun notwendig und nicht bloß wünschenswert ist“, sagte Ruppert.

Bärbel Höhn (GRÜNE) hielt dem Innenminister vor, seine Sparvorschläge an die Kommunen unterschieden sich nicht wesentlich von der sozial ungerechten Politik der Bundesregierung. Wer die Kommunen zum Sparen auffordere, müsse zunächst bei sich selber anfangen und dürfe nicht die eigenen zusätzlichen Belastungen überproportional auf die Gemeinden abwälzen. Da könne man nicht behaupten, im Lande werde Politik für die kleinen Leute gemacht, denn die würden vom Sozialabbau voll getroffen. In diesem Jahr würden die Kommunen „von allen Seiten in die Zange genommen“. Ob das

soziale System wirklich funktioniere, zeige sich nicht in Zeiten des Überflusses, sondern dann, „wenn Armut um sich greift“. Da häufe sich sozialer Sprengstoff an.

Innenminister Dr. Herbert Schnoor (SPD) bekräftigte die Aussage, den Kommunen gehe es „noch gut“. Das beziehe sich auf die Einnahmen und die Haushaltssituation 1993: „Die ganze Dramatik kommt im Jahre 1995 auf die Kommunen zu.“ Darauf hinzuweisen habe man die Pflicht ebenso wie nach Wegen zu suchen, wie man mit den Problemen fertig werden könne. Dazu gehöre, daß man sich für einen gerechten Anteil der Kommunen an den Steuereinnahmen des Landes einsetze und den Kommunen die kreativen Kräfte freizusetzen helfe, um eigenverantwortlich handeln zu können. Wenn Einschnitte erforderlich seien, müsse man dazu stehen und dürfe das nicht beklagen. Bei den Kommunen gehe es inzwischen an das „Eingemachte“, da dürfe es keine Tabus geben. Die Gemeinden stünden vor der größten Herausforderung seit 1945.

Ermittlungsstelle

Der Landtag hat das Abkommen über die Errichtung einer Zentralen Ermittlungsstelle für die Strafverfolgung von Mitgliedern ehemaliger SED-geführter DDR-Regierungen und Verfolgung von Straftaten im Zusammenhang mit dem Wiedervereinigungsgehehen beschlossen (Drs. 11/5468). Der Hauptausschuß hatte um Zustimmung zu diesem Staatsvertrag gebeten (Drs. 11/65688).

CDU kündigt Initiative zur Reform des öffentlichen Dienstes an

Beim Nachtragshaushalt 1993 gingen die Fraktionen aufeinander zu

Der Nachtragshaushalt 1993, eingebracht Mitte Mai d.J. mit einem Volumen von 1,1 Milliarden Mark zusammen mit der Änderung bei der Gemeindefinanzierung und dem Ausgleich zum Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit und Anfang September ergänzt wegen neuer Finanzregelungen des Bundes für Leistungen im Rahmen des Solidarpakts (Drs. 11/5510, 11/5929), wurde mit den vom Haushaltsausschuß beschlossenen Änderungen (Drs. 11/5666) vom Plenum in zweiter Lesung am 15. und in dritter Lesung am 17. September verabschiedet. In Verbindung damit stand der F.D.P.-Antrag „Stärkung der Leistungskraft von Polizei, Steuerfahndung und Strafvollzug im Kampf gegen steigende Kriminalität“ (Drs. 11/5634) auf der Tagesordnung. Nachstehend die Aussprache während der zweiten Lesung.



Peter Bensmann (CDU, Bild oben) notierte eine höhere Steigerungsrate von 3,4 auf 4,4 Prozent durch den Nachtrag. Der Finanzplanungsrat habe 3,5 empfohlen. Auch gebe es eine Deckungslücke von 622 Millionen Mark, die durch höhere Nettokreditaufnahme ausgeglichen werden solle. Es sei der falsche Weg, auf den immensen Schuldenturm von über 110 Milliarden noch 622 Millionen draufzusatteln. Der Bund müsse den Löwenanteil der Einigungskosten übernehmen und sei damit vom Bundesrat über den Tisch gezogen worden. Die vom Finanzminister mitgeteilte Rücklage von 1,3 Milliarden seien ebenso wie höhere Steuereinnahmen 1991 und 1992 der Beweis dafür, daß NRW an der Einheit verdient habe. Der SPD-Fraktionsvorsitzende habe diese selbst als fette Jahre bezeichnet. NRW solle nun auf zusätzliche Kredite verzichten und neue Belastungen von 581 Millionen anders auffangen. Die Beteiligung der Gemeinden mit 120 Millionen habe die CDU angeregt, der Minister sei dem gefolgt. Die größte Mogelpackung sei die angekündigte Personaleinsparung von 7 000 Stellen, das seien zwei Prozent aller Landesbediensteten. Die tatsächliche Einsparung sei wesentlich geringer. 1994 gebe es ganze 399 Vermerke „künftig wegfallend“, 1995 249. Mit den Personaleinsparungen müsse wirklich ernst gemacht werden. Die CDU begrüße die Zustimmung der SPD zu ihrem Vorschlag, kw-Vermerke ressortübergreifend zu realisieren. Blamabel sei, daß der Finanzminister nicht wisse, wie viele Landesbedienstete er bezahle. Die einzelnen Ressorts wüßten es, er selbst könne nicht personalsteuernd eingreifen. Es dürfe keine Tabus bei den Gutachten geben, auch die Landtagsverwaltung müsse von einem unabhängigen Unternehmen untersucht werden. Zum F.D.P.-Antrag sagte Bensmann, es gehe nicht um mehr Geld für Polizeibeamte, sondern um eine grundsätzlich neue Struktur, mit der P-Besoldung sei man auf dem richtigen Weg. Den CDU-Vorschlag, die Sonderrücklage der Wohnungs-

bauförderungsanstalt dem Wohnungsbau zuzuführen, habe die Regierung aufgenommen. Außerdem solle mit höheren globalen Minderausgaben die Haushaltslücke geschlossen werden. Angesichts der außergewöhnlichen Finanzsituation fordere die CDU wieder, die Ministerialzulage zu streichen, und werde eine Initiative zur Reform im öffentlichen Dienst einbringen. Es könne nicht richtig sein, daß Dienstalter und Familienstand Grundlage der Besoldung seien und nicht die Leistung am Arbeitsplatz. Die SPD-Fraktion spüre den Druck der Schuldnerlast aufgrund der Umarmung der Arbeitnehmervertretungen noch nicht hinreichend.



Ernst-Martin Walsken (SPD, Bild oben) erwiderte, die SPD bewege sich immer, wenn es um Vernunft gehe, meist schneller als die Opposition. Der CDU-Vorschlag von Mitte September, anstelle der Kreditaufnahme die globalen Minderausgaben zu erhöhen, sei eine Art Doppelstrategie. In jedem Fachauschuß habe die Opposition sich hinter Verbändeinteressen gestellt und die globalen Minderausgaben kritisiert. Geld einsammeln sei nur im freiwilligen Bereich bei Zuschußempfängern möglich. Sich im Finanzausschuß als Obersparer aufzuspielen, sei abenteuerlich. Der Verkauf von WestLB-Anteilen sei relativ einfach und solle den Gemeinden auferlegt werden, die es über ihre Sparkassenverbände bezahlen sollten. Absolut zulässig sei auch, mit nicht ausgeschöpften Kreditermächtigungen der letzten Jahre Strukturprogramme in diesem Jahr zu finanzieren. Das Wichtigste am Nachtragshaushalt sei die Umsetzung der Aufgabenkritik. Die Ergebnisse des Arbeitsstabes bedeuteten echte Konsolidierung im Haushalt und seien entscheidend für die Gesundung auf Dauer. NRW sei weiter dabei als alle anderen Bundesländer. Auf diesem Weg müsse es weitergehen. Beim Organisationsgutachten für die Landtagsverwaltung sei für die SPD entscheidend, daß noch nicht gewährleistet sei, daß der neutrale Gutachter

von einem neutralen Arbeitsstab Aufgabenkritik begleitet werde. Solange die Begleitung ausschließlich durch dieses Haus erfolge, sei die SPD nicht bereit, eine müde Mark dafür zur Verfügung zu stellen. Außerdem solle die Verwaltung des Landtags nicht aus ihrer Verantwortung entlassen werden. Sie werde ihren Arbeitsaufwand auflisten, dann entscheide der Landtag, ob das Untersuchungsbedürftig sei. Er wolle kein parteibezogenes Gutachten.

Rudolf Wickel (F.D.P.) nahm auf die Rede des Ministers Bezug und ergänzte, in seiner Heimatstadt müsse schon 1993 eine Haushaltssperre erlassen werden wegen Verschlechterung der Haushaltssituation. Das sei der Unterschied zum Land. Bei den Stellen halte die F.D.P. erst eine Einsparung von etwa 30 000 für einen echten Beitrag zur Konsolidierung. Sie unterstütze den Minister, wo er überzeuge. Es sei gemeinsames Anliegen, den Karren aus dem Dreck zu ziehen. Immer wieder gehe es um weitere Einsparpotentiale. Bei der Polizei müsse früher und anders gehandelt werden. Die F.D.P. wolle die Phasenverschiebung, Stellenbesetzungssperre und Ersatzbeförderungssperre aufheben. Für ihren Antrag gebe es keine Mehrheit. Statt dessen habe die SPD einen dritten Reparaturvorschlag vorgelegt und einen vierten angekündigt. Obwohl der F.D.P.-Antrag geholfen hätte, habe sie dem SPD-Antrag zugestimmt, weil sie der Polizei die Unterstützung auch durch die Opposition vermitteln wolle.

Dr. Manfred Busch (GRÜNE) sah nicht mehr viel Aufregendes am Nachtragshaushalt, er sei eine Altlast, Anpassung an Fehlentwicklungen auf Bundes- und Landesebene. Der sogenannte Solidarpakt sei ein CDU/SPD-Paket zur Unterhöhnung der Solidarität. Besonders bedauerlich sei das Zurückfahren des REN-Programms im Haushalt 1994, nachdem der Nachtrag 93 einige Hoffnungen geweckt habe. Im Nachtrag unternehme der Minister den untauglichen Versuch, haushaltsmäßig Voraussetzungen für Personalkürzungen zu schaffen, bevor sachliche Grundlagen dafür geklärt seien. In Haushaltsvermerken, von denen der Redner einige zitierte, gebe es Ansammlungen von Konditionalsätzen mit „wenn...“. Das sei kein Gesetz, sondern Lyrik. Damit werde das Budgetrecht des Parlaments ad absurdum geführt. Das Personalabbauprogramm sei noch gar nicht etatfrei. Personalabbau müsse stellenscharf ausgebracht werden. Für die neutrale Organisationsuntersuchung der Landtagsverwaltung gebe es keine vernünftigen Vorgaben. Noch nicht einmal hinsichtlich der Ausschußprotokolle sei man einig. Dem F.D.P.-Antrag stimmten die Grünen zu und halten auch bei der Steuerfahndung zusätzliche Stellen für nötig.

Finanzminister Heinz Schleußer (SPD) zitierte die Bundesregierung, um die zusätzliche Kreditaufnahme zu verteidigen. Diese habe aus gesamtstaatlicher und wirtschaftlicher Verantwortung ebenfalls auf weitere Einsparungen verzichtet. Bei der Steigerungsrate liege der Bund, dessen Beispiel die CDU immer nachzuzahlen empfohlen habe, inzwischen bei sieben Prozent. Rücklagen zu bilden trotz hoher Verschuldung, sei normal, der Bund mache es auch.

Aktuelle Stunde schält Unterschiede in der Wohnungsbaupolitik heraus

Einkommensabhängige Miete als neues Modell umstritten

Im Rahmen einer Aktuellen Stunde hat sich der Landtag auf Antrag der SPD-Fraktion mit dem Thema „Bundesregierung gefährdet sozialen Wohnungsbau in NRW und Deutschland“ befaßt.

Gerd-Peter Wolf (SPD) sagte, in Bonn seien Entscheidungen zu erwarten, die die Landschaft des Wohnungsbaus in einem bisher nicht gekannten Maße verändern werden. So plane die Bundesbauministerin, mit Beginn des kommenden Jahres die einkommensabhängige Miete einzuführen. Des weiteren würden die Bundesmittel für den Wohnungsbau um eine Milliarde gekürzt, der Ansatz für das Wohngeld werde erheblich zurückgefahren — und das alles in einer wirtschaftlichen Rezessionsphase. Gegen einkommensabhängige Elemente in der Miete habe man nichts, fuhr Wolf unter Hinweis auf die Fehlbelegungsabgabe fort, ein System aber, das die Lasten einseitig zu Ungunsten der Länder und Gemeinden verteilt, sei nicht hinzunehmen. Mit ihrem Vorschlag, der zum 1. Januar kommenden Jahres umgesetzt werden soll, stehe sich die Bundesbauministerin „wie ein Zechpreller durch die Hintertür“ aus den Problemen am Wohnungsmarkt. Seit 13 Jahren habe es der Bund unterlassen, die Einkommensgrenzen im sozialen Wohnungsbau anzuheben, wie dies das Land immer wieder gefordert habe.

Wolfgang Jaeger (CDU) sah in dem Beitrag nur „Vermutungen, Unterstellungen, Schwarzmalereien und boshafte Anschuldigungen“. Denn es sei Tatsache, daß es im Wohnungsbau derzeit zweistellige Zuwachsraten gebe. 500 000 Genehmigungen in einem Jahr habe man in den letzten beiden Jahrzehnten nicht mehr gehabt. Nie seien vom Bund höhere Mittel für den sozialen Wohnungsbau zur Verfügung gestellt worden. Obwohl die SPD den Vorschlag der Bundesbauministerin noch nicht genau kenne, behandle sie die einkommensabhängige Miete wie „Teufelswerk“. Dabei bedeute er nur: „Wer bedürftig ist, wird höher subventioniert, und wer mehr verdient, zahlt eine dem Einkommen entsprechende höhere Miete.“ Anstatt abzuwarten, starte die SPD mit der Aktuellen Stunde einen „Schnellschuß“, schiebe die Schuld auf Bonn und lenke vom eigenen Versagen im Lande ab.

Hans-Joachim Kuhl (F.D.P.) vermochte keine Aktualität am gewählten Thema zu erkennen. Das Wohngeld werde 1994 nicht angetastet, für 1994 gehe die Prognose bundesweit von 445 000 fertiggestellten Wohnungen aus — so viel wie seit den Nachkriegsjahren nicht mehr. Die Bauindustrie sei inzwischen Motor des wirtschaftlichen Wachstums, während der Tiefbau, weitgehend von der öffentlichen Hand abhängig, wegen der Leere in den staatlichen Kassen zugegebenermaßen Schwierigkeiten habe. Das sei alles genau das Gegenteil dessen, was die SPD mit ihrer Aktuellen Stunde der Öffentlichkeit weismachen wolle. Er hoffe, daß man bald zur sachlichen Diskussion zurückfinden werde.

Gisela Nacken (GRÜNE) hielt nichts davon, wie die SPD am festgefahrenen System herumdoktere, anstatt aus der „Sackgasse sozialer Wohnungsbau“ herauszufinden. Wohnungsbau des traditionellen Typs werde weder seinen wohnungspolitischen noch seiner sozialen Funktion „im Zeitalter der neuen Massenarmut“ gerecht. Es genüge einfach nicht, mehr Geld oder die Anhebung der Einkommensgrenzen zu fordern — beides helfe den Armen nicht: Familien mit niedrigem Einkommen und Kindern, Alleinerziehenden, Ausländern, Frauen aus Frauenhäusern, alten Menschen, Obdachlosen und Menschen, die Heime und Psychiatrien verlassen wollen. „Wir brauchen dringend ein preiswertes Angebot für diese Menschen“, forderte sie. Aber darüber falle in dieser Aktuellen Stunde kein Wort.

Bauministerin Ilse Brusis (SPD) sah keinen Ablass, es der Bundesregierung gutzuschreiben, daß der Wohnungsbau inzwischen zum Hoffnungsträger der Konjunktur geworden sei: NRW stecke seit 1990 in den sozialen Wohnungsbau mehr Mittel, als die Bundesregierung für alle anderen Bundesländer insgesamt zur Verfügung stelle. Bonn gestehe zu, daß NRW an der Spitze aller Bundesländer stehe, was die Förderung des Wohnungsbau anbetreffe. Das gelinge aber nur weiterhin, wenn der Bund die Mittel nicht absenke und das Sonderprogramm weiterführe. Es gehe nicht an, wenn die Bundesregierung vorschläge, die Mieten auf das Niveau der ortsüblichen Mieten heranzuführen und den, der das nicht zahlen könne, durch Land oder Gemeinden durch einen verlorenen Mietzuschuß zu unterstützen. Das sei wieder der alte Verschiebehahnhof, der die Probleme auf Länder und Kommunen abwälze. Für ein neues Fördermodell müßten erst die finanziellen Risiken geklärt werden.

Brunhild Decking-Schill (CDU) sah es als Gebot der Stunde an, für eine flexiblere, belastungsorientierte und damit für eine individualisierte Förderung im sozialen Wohnungsbau zu sorgen. Dem werde das Modell der Bundesbauministerin gerecht, gegen das sich die SPD so vehement wehre.

Ellen Werthmann (SPD) sah den sozialen Wohnungsbau nicht mehr in der Lage, die breiten Schichten der Bevölkerung zu errei-

chen. Die falsche Wohnungsbaupolitik des Bundes führe dazu, daß die Mieterstrukturen zunehmend einseitig würden: „Ohne Erhöhung der Einkommensgrenzen werden neue soziale Brennpunkte geschaffen.“

Siegfried Zellnig (CDU) qualifizierte die Aktuelle Stunde als „Propagandaveranstaltung“. Sie sei überflüssig und von der SPD aus nähere man sich einem ernstem Problem in wenig stillvoller Weise. „Ich schäme mich vor denjenigen, die draußen vor der Tür stehen und keine Wohnungen haben, daß hier so etwas vollzogen wird.“

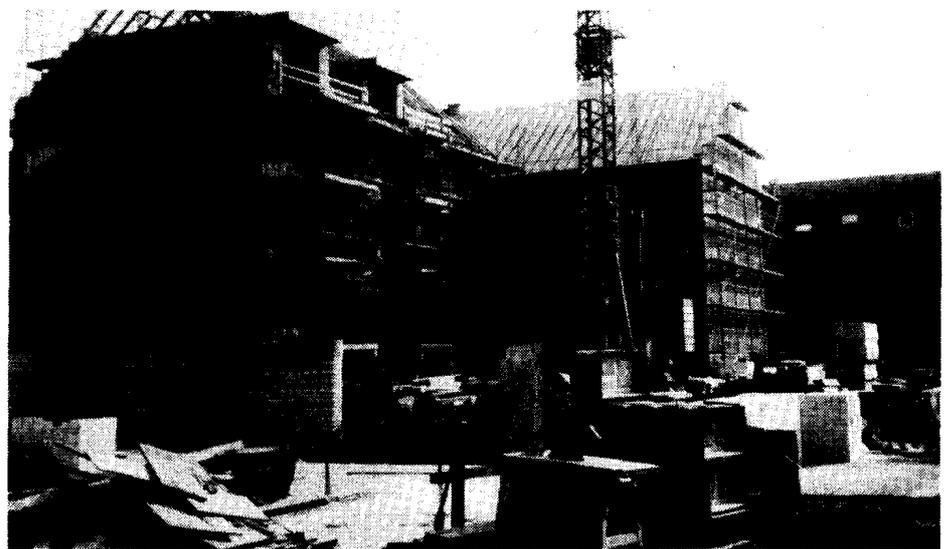
Wilfried Kramps (SPD) rief dazu auf, sachlich über Konzepte für den Wohnungsbau zu beraten und auf Polemik zu verzichten. Angesichts der in Bonn bevorstehenden Anhörung meinte er, man solle auf die hören, die in ihrer täglichen Praxis mit den Problemen zu tun haben.

Hans-Joachim Kuhl (F.D.P.) riet, auf die Vorschläge der Liberalen zurückzukommen: Absenkung der Standards, Beschleunigung von Baugenehmigungen und Senkung der Bürokratiekosten. Im Zusammenhang mit der neuen Bauordnung des Landes gebe es Gelegenheit, die richtigen Rahmenbedingungen zu setzen.

Gisela Nacken (GRÜNE) hielt den Initiatoren dieser wie anderen Aktuellen Stunden vor, es gehe nicht darum, Lösungen aufzuzeigen, sondern man verstecke sich hinter Zahlenspielen. In diesem Fall werde verschleiert, daß der soziale Wohnungsbau in der Sackgasse ist. Um dem abzuheilen, schlage sie eine Anhörung zu dem Thema vor, wie ein neuer sozialer Wohnungsbau zu entwickeln sei.

Volkmar Schultz (SPD) bezweifelte bei CDU und F.D.P. den ernsthaften Willen, „den sozialen Wohnungsbau als Wohnraumbeschaffung für breite Schichten der Bevölkerung weiterzuführen“. Angesichts der Wohnungsnot sehe er keinen Anlaß, die Aktualität dieser Stunde in Zweifel zu ziehen.

Bauministerin Ilse Brusis (SPD) wies zurück, die Aktuelle Stunde basiere auf Zahlenpielereien oder Spekulationen. Auch könne sie nicht erkennen, daß sich der soziale Wohnungsbau in der Sackgasse befinde. Die Opposition lasse Alternativen vermissen.



400 000 Wohnungen, so die Schätzungen, fehlen in Nordrhein-Westfalen. Der Neubau im sozialen Wohnungsbau (Bild) reicht nicht aus, um den Bedarf auf mittlere Sicht zu decken.
Foto: Kempert

Landschaftsgesetz CDU-Fraktion setzt dritte Lesung des Entwurfs durch

Auf Antrag der CDU-Fraktion ist der von der SPD vorgelegte Entwurf zur Änderung des Landschaftsgesetzes (Drs. 11/5485) nicht wie ursprünglich vorgesehen in zweiter Lesung, sondern in dritter Lesung am 17. September vom Landtag verabschiedet worden. Änderungsanträge der CDU (Drs. 11/5992) und der Fraktion GRÜNE (Drs. 11/6010) wurden abgelehnt; die F.D.P. zog ihren Änderungsantrag (Drs. 11/6011) zurück.

Johannes Gorlas (SPD) machte in seinem Beitrag den Zusammenhang zwischen der Gesetzesnovelle und dem vor kurzem geänderten Bundesnaturschutzgesetz deutlich und erwähnte die Veränderungen, die der Entwurf seiner Fraktion im Lauf der Beratungen genommen hat. So sei etwa die Möglichkeit gestrichen worden, daß Enteignungen für Ausgleichsmaßnahmen vorgenommen werden können. Nicht gefolgt sei man dem Vorschlag, öffentliche Einrichtungen der Jugendpflege oder ähnliches aus der Eingriffsregelung herauszunehmen: Diese Forderung, die sich die CDU zu eigen gemacht habe, verstoße eindeutig gegen das Bundesnaturschutzgesetz. Falls sich die GRÜNE-Fraktion mit ihrer extremen Position durchgesetzt hätte, dann wäre es zum Stillstand des Wohnungsbaus im Lande gekommen. Wenn die Änderung in Kraft trete, dann sei das „ein Vorteil für Natur- und Landschaftsschutz und ein Ende der herrschenden Rechtsunsicherheit“.

Eckhard Uhlenberg (CDU) bezeichnete die Neuregelung als wichtigen politischen Vorgang, der im Landtag nicht im Hauruck-Verfahren zu erledigen sei. Der SPD-Entwurf bedeute einen Rückschritt in der Baulandbeschaffung und trage dazu bei, dem Naturschutz zu schaden. Die Vorschrift des Ersatzgeldes für Baumaßnahmen im unbeplanten Innenbereich sei nicht geeignet, mehr Wohnraum zu schaffen und den Belangen des sparsamen Landschaftsverbrauchs Rechnung zu tragen. Die CDU stimme zu, daß Ersatzgelder für Maßnahmen des Landschaftsschutzes, etwa für Landschaftspläne, verwandt werden können, wenn eine unmittelbare Verwendung des Geldes am Ort des Eingriffs nicht zu erreichen sei. Das dürfe das Land aber nicht aus seiner finanziellen Verantwortung für den Naturschutz entlassen.

Friedel Meyer (F.D.P.) betonte, mit der Gesetzesänderung würden viele Punkte umgesetzt, die seine Partei schon lange gefordert habe. Die SPD habe lobenswerterweise nach der Anhörung zum Entwurf einige besonders umstrittene Regelungen herausgenommen, etwa die die Landwirtschaft treffende Enteignungsmöglichkeit. Da sie aber weiterhin bei den vorgesehenen Ausnahmeregelungen auf der Privilegierung des öffentlich geförderten Wohnungsbaus beharre, komme der private Wohnungsbau zu kurz, obwohl der Mangel an Wohnraum groß sei.

Siegfried Martsch (GRÜNE) kritisierte die SPD-Vorstellungen als „halbherzig“, sie „schütteten das Kind mit dem Bade aus“ und seien Grund dafür, „daß es dem Naturschutz künftig noch schlechter ergehen wird, als es ohnehin schon der Fall ist“. Unter dem Stichwort „Wohnungen für alle“ werde der Freiflächenverbrauch vorangetrieben, der allen allmählich die Lebensgrundlage entziehe. Es werde Zeit die Frage zu beantworten, „ob und wie wir in der Lage sind, unseren sozial und ökologisch unverantwortlichen Bequemlichkeiten und Scheinbedürfnissen abzuschwören“. Hier sei nicht der einzelne, sondern das Parlament gefordert. Es müsse geeignete Instrumentarien finden, damit sich die Menschen am Ende nicht „mit großen Wohnungen und dafür mit kleinen Freiräumen bescheiden“ müßten.

Raumordnungsminister Klaus Matthiesen (SPD) attestierte dem SPD-Entwurf „in jeder Richtung Augenmaß“. Der Bundesregierung dagegen sei es darum gegangen, die Eingriffsregelungen im baurechtlichen Innenbereich fast vollständig abzuschaffen; dabei wisse jeder, daß eine lebenswerte Umwelt vor allem in dichtbesiedelten Gebieten nur erhalten werden könne, wenn die Natur zu ihrem Recht komme. Die zeitlich befristete Ausnahmeregelung für den sozialen Wohnungsbau sei gerechtfertigt, weil nur so für die sozial Schwächsten schnell und preiswert Wohnungen gebaut werden können.

Siegfried Zellnig (CDU) warf der Landesregierung zögerliches Handeln im Kampf gegen die unbestreitbare Wohnungsnot vor; sie habe nicht dafür gesorgt, daß so schnell wie möglich Bauland zur Verfügung gestellt werden konnte. Die Privilegierung des öffentlich geförderten Wohnungsbaus verstoße gegen den Gleichheitsgrundsatz. Zellnig zog das Fazit, daß der Gesetzentwurf der SPD weit hinter den Möglichkeiten des Investitionserleichterungsgesetzes zurückbleibe; wenn im Endeffekt eine Verteuerung des Bauens dabei herauskomme, dann würden den Wohnungssuchenden „Steine statt Brot“ gegeben. Darum verlange seine Fraktion eine dritte Lesung.

Bauministerin Ilse Brusis (SPD) führte aus, das Gesetz biete ein Lösungsmodell für den Konflikt zwischen Umweltschutz und Wohnungsbau. Es sei zu vertreten, den frei finanzierten Wohnungsbau von Ausgleichszahlungen nicht freizustellen, denn sonst müsse man rechtfertigen, „daß sich irgend jemand mit ungeheurem Flächenverbrauch seine Villa im Grünen baut und auch noch von Ausgleichszahlungen freigestellt wird“. Mit finanziellen Möglichkeiten müsse ein bißchen Druck ausgeübt werden, daß sich der Flächenverbrauch in Grenzen halte.

Johannes Gorlas (SPD) sprach sich gegen eine dritte Lesung aus und erinnerte an die interfraktionelle Absprache, den Entwurf zügig zu beraten. Daran habe sich die CDU nicht gehalten, sondern die zuvor bejahte Eilbedürftigkeit wegen weiteren Beratungsbedarfs in Abrede gestellt. Und „wer sich in fast vier Monaten zu einem Gesetzentwurf keine Meinung bilden kann, dem hilft auch eine dritte Lesung nicht. Ihre Politik besteht nur darin, Sand in das Getriebe zu streuen“, das sei für eine „mittelgroße“ Fraktion zu wenig.

Dr. Helmut Linssen, CDU-Fraktionsvorsitzender, bestritt die Existenz der behaupteten Absprache zwischen ihm und dem SPD-Fraktionsvorsitzenden.

Duales System am Ende? Krise bietet Chance für Verbesserungen

Auf Antrag der GRÜNE-Fraktion erörterte der Landtag in einer Aktuellen Stunde am 17. September das Thema „Grüner Punkt am Ende? — Auswirkungen der Krise des Dualen Systems auf die Abfallpolitik in NRW“.

Gerd Mai (GRÜNE) sah das DSD in einer Krise ohne Ende, die „von Vertragsbrüchen des DSD, Betrügereien der Wirtschaft, Müllschiebereien und Kartellbildung bei den Entsorgern gekennzeichnet ist“. Es müsse jetzt ein wirklicher Schnitt gemacht werden; dazu fordere seine Fraktion eine „ehrzeigige Mehrwegverordnung mit Rücknahme- und Pfandpflichten“ und die Herausnahme von ökologisch und ökonomisch nicht sinnvoll recycelbaren Verpackungen aus Verbundstoffen aus dem Markt. Es dürfe keinesweges dazu kommen, daß die Kommunen und damit die Bürgerinnen und Bürger für die weiteren Kosten aufkommen sollen.

Klaus Strehl (SPD) unterstrich die politische Verantwortung des Bundesumweltministers in dieser Frage; er sei jetzt am Zuge, dafür zu sorgen, daß die erheblichen Mängel in Management und im Konzept beseitigt werden. Die Chance dazu biete die Novellierung der Verpackungsverordnung: Ausbau der Mehrwegsysteme, Sammlung nur noch jener Stoffe, die auch ökologisch sinnvoll zu verwerten sind und mittelfristige Verdrängung der nichtverwertbaren Stoffe vom Markt sowie Verbot der schädlichen Stoffe. Das DSD habe auch Vorteile gebracht; so sei im vergangenen Jahr eine halbe Million Tonnen weniger Verpackungsmaterial eingesetzt worden — dieser Trend halte an.

Dr. Annemarie Schrapf (CDU) betonte: „Es gibt keine Alternative zum DSD.“ So sei die Menge der Mischstoffe auf dem Rückzug, 80 Prozent der Umverpackungen seien inzwischen vom Markt. Dennoch seien im DSD „riesenhafte Fehler“ gemacht worden. Sie betonte die Verantwortung der Industrie für das DSD: Sie habe es gewünscht und müsse es erhalten und unter den „Geistern des Grünen Punkts aufräumen“. Die Grünen bat sie, auf Polemik zu verzichten und die verabredeten Lösungen nicht „kaputtzureden“.

Hans-Joachim Kuhl (F.D.P.) führte aus, die Wirtschaft dürfe das DSD als marktwirtschaftliche eigenverantwortliche Lösung im Kampf gegen wachsende Abfallberge nicht scheitern lassen und die Akzeptanz bei den Bürgern aufs Spiel setzen; ganz zu schweigen von den Arbeitsplätzen und Investitionen der kleineren und mittelständischen Entsorger, die in Gefahr seien. Industrie, Wirtschaft und Handel sollten die Chance nutzen, denn sonst gebe es, dafür garantiere er, auf dem Weg über das Ordnungsrecht eine „Kreislaufwirtschaft reinsten Wassers“.

Wirtschaftsminister Günther Einert (SPD) äußerte große Sorge über den Konzentrationsprozeß auch in der nordrhein-westfälischen Entsorgungsindustrie. Alle Bundesländer seien sich einig, daß das DSD erhalten bleiben müsse. Als Wirtschaftsminister füge er an, daß neben der Ökologie auch stärker ökonomische Aspekte in die Diskussion über Wiederverwertung einbezogen werden müßten.

Rundfunk-Staatsverträge Deutschlandradio

Die Staatsverträge über das „Deutschlandradio“ (Drs. 11/5752) und den Überleitungsvertrag von Rechten und Pflichten des Deutschlandfunks und des Rias Berlin auf das Deutschlandradio (Drs. 11/5803) wurden nach der Einbringung und ersten Lesung am 15. September an den Hauptausschuß überwiesen.

Staatskanzleiminister Wolfgang Clement (SPD) sagte bei der Einbringung: „Wir sind sehr froh, daß es diesmal nicht um Abwicklung geht.“ Nach sehr komplizierten Verhandlungen über viele Monate sei er glücklich über die Verträge. Er halte das Deutschlandradio als nationalen Hörfunk für eine erhaltenswerte publizistische Kraft. Seine Aufgabe solle sein, die Einheit in der Vielfalt der Länder, Regionen und Kommunen darzustellen. Im Überleitungsvertrag gehe es vor allem um personelle und sächliche Ressourcen von Deutschlandfunk, Rias und Deutschlandsender Kultur. Das Ergebnis sei interessengerecht mit zunächst 990 Planstellen für das Deutschlandradio, dem Übergang weiterer Beschäftigter zur Deutschen Welle und einer Sonderregelung für die Orchester.

Jürgen Büssow (SPD) empfahl das komplizierte Vertragswerk zur parlamentarischen Lektüre, da eine echte Kontrolle gar nicht mehr stattfinden könne. Vielleicht sei das Konstrukt der gemeinsamen Gesellschaft ARD und ZDF ein gutes Omen für die Zusammenarbeit auch im Radiobereich. Das Unternehmen koste den Steuerzahler kein Geld, wohl aber den Gebührenzahler, und zwar ungefähr 300 Millionen Mark.

Ruth Hieronymi (CDU) begrüßte namens ihrer Fraktion die Staatsverträge und sprach die Hoffnung aus, daß der nationale Rundfunk mit einer Programmqualität starten könne, wie wir es vom Deutschlandfunk aus Köln in den letzten Jahren gewohnt seien. Die Bundesländer hätten es leider nicht geschafft, beispielhaft eine schlanke, wirtschaftliche und effiziente Struktur auf den Tisch zu legen. Auch in NRW fehlten zudem Frequenzen.

Hagen Tschoeltsch (F.D.P.) äußerte sich hierzu skeptisch und bemängelte, daß das Parlament bei der Mediengesetzgebung nicht mitwirke. An den Staatsverträgen könne es nichts ändern. Sie würden vielmehr in den Staatskanzleien und dem Bundesinnenministerium, sozusagen im Hinterzimmer, ausgehandelt und ausgekugelt. Dem stimme die F.D.P. nicht zu. Zum Deutschlandradio sei ein falscher Weg eingeschlagen worden: „Schon wieder ein öffentlich-rechtlicher Rundfunk.“

Bärbel Höhn (GRÜNE) hob hervor, aus der Vereinigung seien drei nationale Institutionen geworden: die Treuhand, die Gauck-Behörde und der nationale Rundfunk. Die ersten beiden hätten Erblasten der DDR abzutragen und sich dann aufzulösen. Das Deutschlandradio sei auf Dauer angelegt. Der Staatsvertrag stelle leider den bundesweiten Hörfunk auf keine verfassungsmäßige Grundlage, da wieder von Politikern beherrschte Sender geschaffen würden.

Weniger Abgeordnete — Wahlgesetzänderung nach 1995 Landesparlament soll abschlanke

Die Fraktionen teilen die Auffassung, daß sich der Landtag verkleinern müsse und nur noch 201 Abgeordnete umfassen sollte. Ob allerdings das Landeswahlgesetz und das Wahlkreisgesetz bereits bis 1995 geändert werden können, erschien bei der Beratung eines CDU-Antrages und eines F.D.P.-Gesetzentwurfes äußerst ungewiß (Drs. 11/5924 und 11/5949).

Heinz Hardt (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer, erläuterte, die CDU schlage vor, von der zur Zeit geltenden gesetzlichen Regelung, nach der die Einwohnerzahl in einem Wahlkreis um 33⅓ Prozent von der durchschnittlichen Einwohnerzahl abweichen könne, abzugehen und den Prozentsatz auf plus/minus 20 festzulegen. Dieser Vorschlag nehme auf die Veränderungen der Bevölkerungszahlen in den Wahlkreisen mehr Rücksicht als die starren Festlegungen von Wahlkreisen, aufgeschlüsselt nach RP-Bezirken. Bei der Gesetzesentscheidung müsse man ferner einen Abwägungsprozeß vornehmen, damit die Überhang- und Ausgleichsmandate gänzlich ausgeschlossen würden. Für die Lösung gebe es nur einen Weg, nämlich das Verhältnis von 100 Direkt- und 100 Listenmandaten gesetzlich festzuschreiben. Hardt bezeichnete es als wichtig, daß in einem neuen Wahlkreisgesetz vor allem die gleichen Größenverhältnisse, bezogen auf die Einwohnerzahlen, in allen 101 Wahlkreisen hergestellt würden.

Dr. Achim Rohde (F.D.P.), Fraktionsvorsitzender, betonte, überall werde abgeschlankt. Diesem Zug sollte sich auch das NRW-Parlament nicht versagen. Es gehe um die Änderung der bisherigen Verhältnisse Wahlkreismandat zu Listenmandat von 3:1 auf 1:1, um die Überhang- und Ausgleichsmandate abzubauen. Man sollte das Vorhaben nicht auf das Jahr 2000 verschieben, sondern den Mut haben, „in dieser Legislaturperiode bei uns anzufangen und zu zeigen, wie es mit einer Straffung von Entscheidungsgremien vorangehen kann.“

Birgit Fischer (SPD), Parlamentarische Geschäftsführerin, sagte: „Wir haben hier 151 Wahlkreise bei der Wahl.“ Davon habe die SPD 121 Wahlkreise bei der Landtagswahl gewonnen, die CDU 30, sprich: F.D.P. und Grüne keinen Wahlkreis. Zwei Drittel Wahlkreise heiße im Klartext: Bei zwei Dritteln aller Mandate hätten die Bürger in NRW die Möglichkeit der Direktwahl. „Paßt es tatsächlich zusammen, in anderen Zusammenhängen die Direktwahl zu propagieren und im Land die Möglichkeit der direkten

Einflußnahme durch eine direkte Wahl der Kandidaten und Kandidatinnen abzubauen?“ Die Abgeordnete unterstrich ferner, die Verkleinerung könne und dürfe nicht das Ziel haben, eine schlechtere zahlenmäßige Vertretung der Bevölkerung als in anderen Ländern zu erreichen. Frau Fischer ließ keinen Zweifel, daß die SPD eine Verkleinerung des Parlaments wolle. Eine Neuregelung für die Wahl 1995 aber sei unrealistisch und nicht praktikabel.

Dr. Michael Vesper (GRÜNE), Parlamentarischer Geschäftsführer, meinte, es gebe keinen Grund, in NRW weiterhin dreimal so viele direkt gewählte Landtagsabgeordnete wie Listenmandate zu haben. Es gehe um Transparenz und Klarheit. Im jetzigen System lege nicht der Gesetzgeber die Größe des Landtags fest, sondern der Zufall. Vesper bekräftigte, in der Sache sei man sich im Prinzip einig. Strittig sei, wann die jetzige Regelung abgeschafft werden solle. Man trete für einen frühen Zeitpunkt ein.

Innenminister Dr. Herbert Schnoor (SPD) merkte an, NRW habe, bezogen auf die Bevölkerung, bei den Ländern die geringste Zahl der Abgeordneten. Schnoor wiederholte, er wolle noch in dieser Legislaturperiode einen Vorschlag unterbreiten, nun aber höre er, diese tief einschneidende Veränderung in der Verfassungswirklichkeit solle mit Wirkung von 1995 erfolgen: „Verheben wir uns da nicht? Ist das wirklich ernst gemeint?“, fragte der Minister.

Hagen Tschoeltsch (F.D.P.), Parlamentarischer Geschäftsführer, meinte, das was man in der Sache fordere, sei gar nichts anderes als das, was die SPD gerade auf Kreisebene durchgesetzt habe.

Heinz Hardt (CDU) hielt der SPD vor, sie durch die kleinen Wahlkreise in den Großstädten begünstigt.

Bärbel Höhn (GRÜNE) Fraktionssprecherin, erklärte, die tatsächlichen Probleme seien natürlich, daß es hier um Pfründe gehe, daß es darum gehe, Besitzstände zu wahren.



Abwägungsprozesse: v.l. Heinz Hardt (CDU), Dr. Achim Rohde (F.D.P.), Birgit Fischer (SPD) und Dr. Michael Vesper (GRÜNE).
Fotos: Schüler

Debatte um LRH-Bericht in Sachen Gleichstellungsministerium

Zwei Fraktionen warnen eindringlich vor Mißbilligung

Eine Mißbilligung hat das Plenum dem Landesrechnungshof (LRH) im Zusammenhang mit seinen Erhebungen beim neu errichteten Ministerium für die Gleichstellung von Frau und Mann mit den Schwerpunkten Aufbauorganisation und Personalkonzeption ausgesprochen. Eine entsprechende Beschlußempfehlung (Drs. 11/5448) wurde gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. am 9. Juni angenommen. Abgelehnt wurden ein Änderungsantrag von CDU und F.D.P. (Drs. 11/5987), in dem die Unterrichtung durch den LRH ausdrücklich begrüßt wurde, „weil sie dem Landtag einen Überblick über die organisatorischen Konsequenzen des Regierungshandelns verschafft“, sowie ein Entschließungsantrag (Drs. 11/5984), in dem die F.D.P. ihre Forderung bekräftigt, das betreffende Ministerium aufzulösen.

Walter Grevener (SPD) erinnerte daran, es sei die Entscheidung eines Senats des LRH mit zwei Stimmen gewesen, daß es sich bei der Prüfung um eine Angelegenheit von besonderer Bedeutung handele. Die SPD erkenne ausdrücklich die Arbeit der LRH-Mitglieder an, und „wir stehen ohne Wenn und Aber zur richterlichen Unabhängigkeit der Mitglieder des Landesrechnungshofs.“ Dennoch lasse man sich nicht davon abhalten, Kritik zu üben, wenn diese angebracht sei. Das sei bei diesem Bericht der Fall, bestätigte Grevener und unterstrich, daß man absolut keine Angelegenheit von besonderer Bedeutung zu erkennen vermöge, außerdem sei die Mißachtung der Selbstbindung durch den LRH zu mißbilligen. Wo aus wirtschaftlichen und rechtlichen Gründen Kritik an der Tätigkeit der Landesregierung angebracht sei, werde man die SPD in Gemeinschaft mit dem LRH finden.

Regina van Dinther (CDU) unterstrich, beim Aufbau des Ministeriums sei „mit dem Personal regelrecht geaast worden“, weil der Aufbau im Hauruckverfahren durchgezogen worden sei. Wenn man auf die Hilfe des Organisationsausschusses verzichte und meine, es sei ausreichend, „sich vom Kabinett und von der Landtagsmehrheit für einen Ministeriumsaufbau grünes Licht geben zu lassen“, dürfe man sich nicht wundern, daß bei Fehlern „die obersten Hüter der bürgerlichen Steuergroschen kommen und Kritisches anmerken“. Sie persönlich halte Frauenpolitik nicht für überflüssig, aber sie habe den Eindruck, daß mit den Vorgängen der Frauenpolitik erheblicher Schaden zugefügt worden sei.

Dr. Horst-Ludwig Riemer (F.D.P.) dankte dem LRH ausdrücklich für den Bericht; der LRH sei allenfalls zu zögerlich und zu zurückhaltend dabei vorgegangen: Er hätte auch die Staatskanzlei prüfen sollen, die vorher diesen Politikbereich übernommen hatte (wobei es auch hätte bleiben sollen, wie Riemer anfügte). Die SPD führe einen regelrechten Feldzug gegen den LRH, sie wolle eher ihn als das Gleichstellungsmini-

sterium abschaffen. Die angestrebte Mißbilligung sei „unmöglich“ und ein „ganz klarer Eingriff in die verfassungsmäßig garantierte Unabhängigkeit des LRH“. Ein solcher Beschluß sei rechtswidrig und verstoße gegen die Verfassung.

Marianne Hürten (GRÜNE) nannte es eine Unverschämtheit, wenn der LRH zwischen den Zeilen durchblicken lasse, „daß er die Weiber im Frauenministerium irgendwie für eine Schar sinnlos gackernder Hennen hält“. Er verbräme seine eigenen politischen Vorstellungen von der Arbeit des Ministeriums mit finanziellen Argumenten. Schon eine minimale finanzielle Ausstattung halte er für Luxus, durch den ganzen Bericht ziehe sich der rote Faden der Männerhaltung, die die Frau im Haus sehen möchte: „Eine Gleichstellungsministerin mit politischen Ambitionen bereitet der Herrenriege im LRH anscheinend Unbehagen.“ Dem LRH stehe die Rolle als politischer Kommentator nicht zu, „die mackerhafte Besserwisserei-Attitüde, die er an den Tag legt, ist unhöflich und äußerst undemokratisch.“

Franz-Josef Britz (CDU) warf der SPD vor, sie sei nicht bereit gewesen, sich inhaltlich mit dem Bericht zu befassen, sondern habe die Arbeit des LRH zum Gegenstand ihrer Beratungen gemacht. Da stelle sich die Frage, welches Verständnis die Partei von der Notwendigkeit der Regierungskontrolle habe. Er warne dringend vor der Zustimmung zum Beschlußvorschlag.

Gleichstellungsministerin Ilse Ridder-Melchers (SPD) meinte, von niemandem werde dem LRH das Recht auf Sonderprüfungen bestritten, in diesem Fall richte sich die Kritik aber „gegen den Zeitpunkt, gegen die Mittel und das Ziel“. Was mache es für einen Sinn, ein Haus zu prüfen, dessen Mitarbeiterinnen noch auf Umzugskoffern gesessen hätten? Nach der „besonderen Bedeutung“ müsse auch gefragt werden dürfen: Hier seien zwei kw-Stellen im mittleren Dienst angegeben worden. Sie freue sich, daß die Ausschüsse des Landtags die Notwendigkeit der Stellenausstattung ihres Hauses bestätigt und mit der Verabschiedung des Haushalts 1993 darüber hinaus eine weitere Stelle im Verwaltungsbereich anerkannt hätten. „Die Organisation meines Hauses hat sich bewährt. Das zeigen die Erfahrungen“, stellte die Ministerin fest. CDU und F.D.P. hätten ein gutes Recht, jederzeit die Auflösung des Ministeriums zu beantragen; aber zur Begründung dieser Forderung könnten sie nicht den LRH-Bericht heranziehen. Wer das tue, habe „weder den Bericht richtig gelesen, noch an den Beratungen richtig teilgenommen“.

Baden und Schwimmen gut für die Gesundheit

Die Landesregierung messe dem Baden und Schwimmen eine hohe gesundheits- und sozialpolitische Bedeutung zu, weil es der Erhaltung und Wiedererlangung der Gesundheit, der aktiven Erholung und der sinnvollen Freizeitgestaltung, insbesondere bei Kindern und Jugendlichen, diene. Für Behinderte biete das Schwimmen oft die einzige Möglichkeit zu selbständiger Bewegung ohne Hilfsmittel. Das erklärt das Kul-

Paragraph 166 StGB:

Keine Aufhebung

Anfang Juni ist der Landtag der Beschlußempfehlung des Rechtsausschusses gefolgt und hat den grünen Antrag „Streichung des Paragraphen 166 StGB – Gesetzesinitiative des Landes Nordrhein-Westfalen im Bundesrat“ (Drs. 11/5326) abgelehnt. Es ging dabei um die Abschaffung des „Gotteslästerungsparagraphen“ im Strafgesetzbuch.

Friedrich Schreiber (SPD) stellte klar: Beim Paragraphen 166 handele es sich nicht um einen Tatbestand, der die Gotteslästerung unter Strafe stellt, sondern um eine Vorschrift, mit der die Beschimpfung von Bekenntnissen, Religionsgemeinschaften und Weltanschauungen geahndet werden soll. Es gehe hier keineswegs um eine „unglückselige Allianz zwischen Thron und Altar“, sondern um eine „Strafvorschrift, die heute insbesondere den öffentlichen Frieden in seinen religiösen und weltanschaulichen Ausprägungen durch den Toleranzgedanken schützen soll.“ Er sehe keinen weiteren Beratungsbedarf für den Antrag.

Dr. Rolf Hahn (CDU) stimmte dieser Interpretation zu und bekannte sich zu der bei der Novelle von 1969 gefundenen Regelung. Der grüne Antrag und die damit verbundene Kleine Anfrage erweisen sich als „Rohrkrepierer“: Unzutreffende Tatsachenbehauptungen, mangelhafte rechtliche Bewertung und törichte politische Aussagen seien ihr Kennzeichen. Der Antrag sei allenfalls als „Arbeitsbeschaffungsmaßnahme für den Landtag“ anzusehen.

Heinz Lanfermann (F.D.P.) nannte es „abstrus“, eine Vorschrift, die die Toleranz schütze, als ein Beispiel für Intoleranz anzuführen. Es handele sich um ein Zeichen „besonders unseriöser Politik“. Die F.D.P. lehne darum den Antrag ab.

Roland Appel (GRÜNE) ließ das Argument nicht gelten, der Paragraph 166 finde kaum noch Anwendung, im Gegenteil, es gebe zwei Beispiele, wie diese Vorschrift benutzt werde, „um in der Öffentlichkeit den Anliegen religiöser Eiferer mit staatlicher Hilfe Nachdruck zu verschaffen.“ In philosophische Auseinandersetzungen oder in die Erörterung geistig-moralischer Themen dürfe der Staat nicht per Strafrecht hineinregieren. Das Land solle sich im Bundesrat einer entsprechenden Initiative anschließen.

Justizminister Dr. Rolf Krumsiek (SPD) bekundete seine Auffassung, für eine Aufhebung des Paragraphen bestehe kein Anlaß. Er stimme mit seinen Vorrednern Schreiber, Hahn und Lanfermann in der rechtlichen und sachlichen Beurteilung überein.

tusministerium auf eine Kleine Anfrage der CDU-Abgeordneten Beatrix Philipp, in der die Politikerin ihrer Sorge Ausdruck gegeben hatte, ob die städtischen Bäder im Land noch zu bezahlen seien (Drs. 11/5758).

Prüfungen von Medizinern und Pharmazeuten

Der Landtag hat den Antrag der Landesregierung auf Zustimmung zu einem Staatsvertrag entsprochen. Bei der ersten Lesung der Änderung des Abkommens über die Errichtung und Finanzierung des Instituts für medizinische und pharmazeutische Prüfungsfragen sagte Gesundheitsminister **Franz Müntefering** (SPD), die Änderung des Abkommens, das die alten Länder 1970 abgeschlossen hätten, sei notwendig geworden, um die neuen Länder in die bundesweit einheitlichen und zeitgleichen Prüfungsverfahren für die Studenten der Medizin und Pharmazie einzubeziehen. Für die pharmazeutischen Prüfungen solle dies bereits jetzt, im Herbst 1993, vollzogen werden. Die Medizinerprüfungen sollten ab Herbst 1994 stufenweise bis zum Herbst 1996 auch in den neuen Ländern auf das Verfahren der schriftlichen Prüfung im Antwortwahlverfahren umgestellt werden. „Zu diesem Zeitpunkt gelten die Approbationsordnungen bundeseinheitlich“, sagte der Minister. Um auch künftig einen reibungslosen Ablauf der Prüfungen sicherstellen zu können, sei es erforderlich, daß das Mainzer Institut legitimiert werde, auch für die neuen Länder die Prüfungsunterlagen zu erstellen und die Prüfungsergebnisse auszuwerten. Trotz aller Kritik am Antwortwahlverfahren habe es sich in den alten Ländern bewährt und solle bei der anstehenden Neuordnung der ärztlichen Ausbildung grundsätzlich erhalten bleiben. Allein für NRW würden im Mainzer Institut im Jahr durchschnittlich 16000 medizinische Prüfungen und 2000 pharmazeutische Prüfungen ausgewertet. Das Landesprüfungsamt sei im On-line-Verfahren mit dem Computer in Mainz verbunden. Konkret gehe es bei dem Abkommen jetzt um zwei Regelungen: zum einen um den Beitritt der Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen zu dem Abkommen der alten Länder und zum anderen um die Beteiligung der neuen Länder an der Finanzierung.

Heilberufsgesetz: Begutachtung und Rügerecht

Der Landtag hat nach erster Lesung den Gesetzentwurf der Landesregierung zur Änderung des Heilberufsgesetzes an den Ausschuß für Arbeit, Gesundheit und Soziales überwiesen (Drs. 11/5673).

Gesundheitsminister Franz Müntefering (SPD) erklärte, das Heilberufsgesetz bilde den Rahmen, in dem die Heilberufskammern ihre Aufgaben durchzuführen hätten. Die Heilberufskammern seien Körperschaften des öffentlichen Rechts und stellten gleichzeitig die berufliche Vertretung der Ärzte, Zahnärzte, Apotheker und Tierärzte dar. Seinem Haus obliege die Rechtsaufsicht über diese Kammern sowie dem Landwirtschaftsminister über die Tierärztekam-



Senioren kommen gerne in den Landtag; aber die Jugend steht den Älteren keineswegs nach. Das Interesse an Plenarsitzungen ist groß, und die jungen Leute verfolgen in der Regel mit Aufmerksamkeit Auftritt und Reden von Politikern, vor allem, wenn diese ihnen aus den Medien bekannt sind. Von Politikverdrossenheit keine Spur, das läßt für die Zukunft hoffen.
Foto: Schüler

Bei Flüchtlingen nimmt das Land Rücksicht auf Frauen und Kinder

Der Landtag hat den Antrag der Fraktion GRÜNE auf Unterbringung von Flüchtlingsfrauen und -kindern abgelehnt (Drs. 11/4567). **Horst Radtke** (SPD) wies darauf hin, der Ausschuß für Arbeit, Gesundheit und Soziales habe diesen Antrag in vielen Intentionen für nicht durchführbar erklärt. **Otti Hüls** betonte für die CDU, die Forderungen der Grünen seien entweder mit der gegenwärtigen Rechtslage nicht vereinbar, bereits berücksichtigt oder nicht finanzierbar. **Ruth Witteler-Koch** (F.D.P.) meinte, man nehme das, was die Grünen eingebracht hätten, schon ernst, obwohl es auch eine gewisse Traumtänzerie sei, einen solchen Antrag zu stellen. **Marianne Hürten** (GRÜNE) bedau-

erte, daß man bei den Beratungen ihres Antrages in den Ausschüssen kein Verständnis habe gewinnen können. Daß es in den Flüchtlingsunterkünften zu sexuellen Belästigungen und Vergewaltigungen komme, könne niemand bestreiten. Sozialminister **Franz Müntefering** (SPD) hielt den Grünen vor, daß sie, wie meist, über das Ziel hinausschossen. In den vergangenen Jahren seien zum Teil pro Jahr 100000 Menschen nach NRW gekommen, ohne daß dafür die notwendige Logistik in Verwaltung und Häusern gegeben gewesen sei. Das Land nehme spezielle Rücksichten auf Frauen und Kinder bei der Unterbringung in den Gemeinschaftsunterkünften für Asylbewerber.

Patientendaten

An den Ausschuß für Arbeit, Gesundheit und Soziales hat der Landtag den Gesetzentwurf der Landesregierung über ein Gesetz zum Datenschutz im Gesundheitswesen (GDSG NW) überwiesen (Drs. 11/5705).

Gesundheitsminister Franz Müntefering (SPD) sagte, bekanntlich seien Patientendaten besonders sensibel. Da weder das Krankenhausgesetz noch das Gesetz über Hilfen und Schutzmaßnahmen bei psychischen Krankheiten noch die gesetzlichen Vorschriften für die Gesundheitsämter reicherspezifische Datenschutzbestimmungen enthielten, sollten diese mit dem vorliegenden Entwurf geschaffen werden. Hinzugefügt würden die bewährten Vorschriften des Krebsregistergesetzes, so daß in den genannten Bereichen in Zukunft einheitliche Vorschriften zum Schutz der Patientendaten bestünden. „So sollen insbesondere im Krankenhaus die gleichen Datenschutzbestimmungen gelten, unabhängig davon, ob ein Patient ambulant oder stationär behandelt wird und unabhängig davon, ob die Kosten von einer gesetzlichen oder einer privaten Krankenversicherung getragen werden.“

mern. Mit der Novellierung werde mehreren Anliegen Rechnung getragen. Der Minister nannte die Pflicht zur Einrichtung von Stellen zur Begutachtung von Behandlungsfehlern bei den Heilberufskammern, die Sicherstellung der Notfallversorgung von Patienten, die Regelung der beruflichen Weiterbildung in Teilzeit, die Einführung eines Rügerechts, die Anrechnung von Weiterbildungslehrgängen aus den neuen Bundesländern, die Novellierung des berufsgerichtlichen Verfahrens, die Übertragung staatlicher Aufgaben auf die Heilberufskammern sowie die Anpassung an das Abkommen über den europäischen Wirtschaftsraum. Die Ausübung ambulanter ärztlicher, tier- und zahnärztlicher Tätigkeiten werde grundsätzlich an die Niederlassung in eigener Praxis gebunden.

SPD-Antrag: Bundesregierung muß Sparpaket zurücknehmen

Mehrheitsfraktion: „Zweidrittelgesellschaft wird zementiert“ CDU: „In Deutschland fällt niemand ins Bodenlose“

Der SPD-Antrag „Bundesregierung muß Sparpaket zurücknehmen“ (Drs. 11/5927) wurde nach kontroverser Aussprache am 9. September mit den Stimmen der SPD-Mehrheit angenommen.

Dr. Wilhelm Vollmann (SPD) hielt die offizielle Bezeichnung „Spar-, Konsolidierungs- und Wachstumsprogramm“ für antisozial, da die Kürzungen vor allem kleine und mittlere Einkommensbezieher trafen. In allen drei Bereichen sei statt positiver Wirkung das Gegenteil zu erwarten. Die soziale Schiefelage werde extrem verstärkt und die Zweidrittelgesellschaft zementiert. Die Bundesregierung betreibe unverblühten Thatcherismus. Die Kaufkraft werde der Mehrzahl der Arbeitnehmer und der Bezieher von Sozialleistungen genommen. Kommunen und Länder würden gedrosselt. Das zerstöre die wirtschaftliche Basis vor Ort. Durch Kürzung von Sozialhilfeleistungen die Gemeinden als Bündnispartner bei Kürzungen der Arbeitsförderung gewinnen zu wollen, sei zynisch und laufe als Taktik schief. In den alten Bundesländern wachse seit der Einheit permanent die Armut. Die Folgen für den Lebensstandard seien verheerend. Das soziale Netz sei in den Grundfesten gefährdet. Im Änderungsantrag der Grünen seien Kernaussagen auf der Linie der SPD, aber er komme zu spät und enthalte nicht nachprüfbar Zahlen. Taktische Absichten seien erkennbar. Daher lehne die SPD den Antrag ab.

Dr. Helmut Linssen (CDU), Fraktionsvorsitzender, wunderte sich über die gähnende Leere in den Reihen der SPD, das spreche für den Stellenwert dieses Antrags. Keinen gescheiterten Vorschlag, wie aus der schwierigen Finanzsituation herauszukommen wäre, habe er vom Vorredner gehört, sondern die alten Streitmuster. „Sie schüren Zukunftsängste, Sie reden soziale Spaltung herbei“, warf er der SPD vor und sah als Folge davon eine Dissensdemokratie. Ohne das Sparpaket wäre der Bundeshaushalt mit 100 Milliarden Mark Nettoneuverschuldung abgefahren worden. 21 Milliarden Mark spare der Bund ein, vier Milliarden würden auf die Länder verlagert. Waigel versuche ein bißchen zurückzuholen, nachdem ihn die Länder beim Solidarpakt über den Tisch gezogen hätten, das sei nicht strafbar. Vorher sei von 12 Milliarden Mark weniger für NRW 1995 gesprochen worden, jetzt sei man bei 4,3 Milliarden gelandet. Die SPD lasse den Neidhammel heraus und mogele sich an der Tatsache vorbei, daß 25 Prozent der Bevölkerung 50 Prozent dessen finanzierten, was bei uns ausgegeben wird. Ein Viertel des Bundeshaushalts gehe in die neuen Länder. Am Teilen würden alle beteiligt. 1,5 Prozent von tausend Milliarden Mark an staatlichen Sozialleistungen fielen dem Rotstift zum Opfer. Die Sozialhilfesätze seien in den letzten zehn Jahren um 60, die Nettolöhne nur um 37 Prozent gestiegen. Bei Familien mit zwei Kindern erreiche die Sozialhilfe die Bezüge der unteren Lohngruppen. Das quäle auch viele in der SPD. Sie solle auch über den Tellerrand hinausgucken, auch in Nachbarländern werde gekürzt. In Deutschland falle nie-

mand ins Bodenlose. Die SPD habe im Bund unter Kanzler Schmidt ebenso tief eingeschnitten. NRW habe den Kommunen über die Kürzung der Verbundmasse 4,4 Milliarden Mark genommen, ohne daß es zu Feldzügen gegen das Land gekommen sei. Über qualitative Verbesserungen der Spargesetze könne man reden.

Rudolf Wickel (F.D.P.) hielt den SPD-Antrag in Kenntnis der Verschuldungshöhe für nicht nachvollziehbar. Es werde unterschlagen, daß weniger als 30 Prozent der Leistungsträger 70 Prozent der Steuereinnahmen erbrächten. Jede dritte Mark des Bruttosozialprodukts werde für Soziales ausgegeben. Sozialhilfe sollte Hilfe zur Selbsthilfe sein und nicht annähernd gleich bezahlt werden wie Arbeit. Die Deutsche Einheit habe es umsonst gegeben. Die Kosten von über 40 Jahren sozialistischer Mißwirtschaft müßten jetzt alle bezahlen. Der Solidaritätszuschlag solle zusätzlich 30 Milliarden bringen, die kleinen Einkommen bis zu Jahreseinkommen von 47 200 Mark würden damit nicht belastet. Die Gerechtigkeit finde statt, indem denen noch mehr aufgebürdet werde, die schon viel erbrächten. Alle seien an der Beseitigung des Sozialismus beteiligt. Inflation sei für sozial Schwache das Übelste. Deshalb sei die Wirkung des Sparpakets auf Konjunktur und Zinsen von größter Bedeutung. Verträge zu Lasten Dritter wie durch die gesetzlich vorgeschriebene dritte Reinigungsstufe beim Abwasser würden von Bund und Land gleich verteilt. Die SPD könne die Hoffnung auf Regierungsverantwortung in Bonn aufgeben, wenn sie nicht zur Konsolidierung der Finanzen bereit sei.

Bärbel Höhn (GRÜNE) stellte heraus, die CDU rede von sozialem Neid, die Grünen von sozialer Gerechtigkeit. Nicht die warmen Worte von Linssen, sondern die kalten Taten von Kohl täten den Leuten weh. Die Angst vor weiterem sozialem Abstieg wachse, vor Verlust der Wohnung, vor der Zukunft. Viele Menschen verlören die Hoffnung, daß die Politik die Ängste wahrnehme. Das Sparpaket sei eine Sparrunde für Frauen, für Arbeitslose, Sozialhilfeempfängerinnen und Kinder. Alle Förderprogramme seien Alibiveranstaltungen, wenn der Rahmen sich verschlechtere. Bei den kleinen Leuten werde gespart, den Großen schiebe Bonn noch mehr Geld zu, das sei brutal, unsozial, ungerecht. Die Politik „oben Hummer, unten Kummer“ müsse endlich aufhören, sonst würden die Wähler den Rechten in die Arme getrieben. Auf Bundesebene bestehe der größte finanzielle Spielraum, der werde nicht genutzt. Die größte Last liege bei den Kommunen, sie müßten gemeinsam gegen Bonn marschieren. Auf Landesebene heiße die Priorität Straßenbau statt sozialer Hilfe. Die SPD vollziehe auf allen drei Ebenen den kalten Ausstieg aus dem Sozialstaat mit.

Sozialminister Franz Müntefering (SPD) sagte, der Sozialstaat werde geschleift, aber es werde nur von Umbau gesprochen. Einige nutzten die Chance, kräftig hineinzu schneiden. Das Feld sei durch die Debatte über sozialen Mißbrauch vorbereitet. 4,5 Millionen Menschen seien unmittelbar betrof-

fen, dazu ihre Familien. Das gehe tief in die mittlere Gruppe der Facharbeiter hinein. Hochgradig betroffen seien Alleinerziehende, Qualifizierungswillige und Arbeitslose. Krankenkassen würden belastet, die Länder und die Kommunen. Sparen im konsumtiven Bereich sei ökonomischer Quatsch, denn es fehle Kaufkraft in Höhe von 15 oder 19 Milliarden Mark. Solange Bewirtungskosten und Dienstmädchen abgesetzt würden und bei Gutverdienenden keine Ergänzungsabgabe erhoben werde, sei das für die SPD nicht akzeptabel. Nach dem Sparpaket solle Arbeitslosenhilfe von 997 auf 945, Arbeitslosengeld von 1362 auf 1282 und Unterhalt bei Umschulung von 1355 auf 1188 sinken. Das Lohnabstandsgebot sei wichtig, aber daneben stehe das Bedarfsdeckungsprinzip. Beim Familienlastenausgleich brächte es große Erleichterung für untere Gruppen, wenn die Kinderfreibeträge durch höheres Kindergeld ersetzt würden. Auch über das Ehegattensplitting könne man sich unterhalten. Bei der Änderung des Arbeitsförderungsgesetzes sei das Nein der SPD in Bundesrat und Bundestag zu erwarten. Vertrauen würde es schaffen, die großen Lebensrisiken für alle abzusichern. Die Pflegeversicherung gehöre dazu. Aus den Sozialversicherungen solle nur bezahlt werden, was diese zahlen müßten. Aus der Arbeitslosenversicherung würden 30 bis 40 Milliarden zum Aufbau in den neuen Ländern genutzt. Die Beiträge seien ein bis zwei Prozent zu hoch. Absenkung bedeute auch Reduzierung der Lohnnebenkosten. Zur Wahrheit gehöre auch, daß Junge und Gesunde für Alte und Kranke mitbezahlen. Rauszuholen, was man einbezahlt hat, beruhe auf einem Irrtum. Wer Arbeitsplätze schaffe, solle steuerlich anders behandelt werden als der, der nur Gewinne kassiere. Über Arbeitszeitverkürzung und flexible Arbeitszeit ohne Kürzung von Maschinenlaufzeiten sei zu reden, ebenso über den zweiten Arbeitsmarkt. **Daniel Kreutz** (GRÜNE) sprach von Verwüstung des Sozialstaats. Gleichzeitig nähere sich das Geldvermögen der privaten Haushalte der Vier-Billionen-Marke. Eine Erbschaftswelle von 2000 Milliarden stehe in diesem Jahrzehnt an. Im von Strukturkrisen geschüttelten NRW sei die Zahl der Milliardäre von 1986 bis 1989 um über 4000 gewachsen. Als in Ostdeutschland Hunderttausenden der soziale Boden unter den Füßen weggerissen wurde, hätten die Westunternehmer ihren Bestand an flüssigen Geldmitteln von 670 auf 800 Milliarden gesteigert. Reichtumsverteilung von oben nach unten muß Leitgedanke sein. Vor allem müsse es um Mehreinnahmen zu Lasten der Starken gehen. Privater und wirtschaftlicher Reichtum müsse herangezogen werden. Die SPD diene sich den Totengräbern des Sozialstaats beim Umbau an. Schluß sei für Kürzungen der Sozialhilfe eingetreten, Einert fordere Unternehmensteuersenkung und Arbeitszeitderegulierung, Rau trete für Feiertagsklausen ein, Farthmann bekenne sich zum Sozialabbau. Müntefering komme in die Rolle von Blüm als sozialer Pausenc clown. Gegen Zerstörung des Sozialstaats müsse breiter Widerstand organisiert werden.

Antworten auf Große Anfrage „Frauen im ländlichen Raum“

Nachteile durch geringeres ÖPNV- und Arbeitsplatz-Angebot

Marianne Hürten (GRÜNE) nahm für ihre Fraktion das Verdienst in Anspruch, den Blick der Landesregierung intensiver auf diese Gruppe gelenkt zu haben. Die eklatante Benachteiligung von Bäuerinnen im Beamtenrecht und anderen Sozialgesetzen habe die Ministerin nicht zu Initiativen bewegen können. Die Landesregierung habe drängende Frauenprobleme bisher völlig übersehen. Daten würden verschwiegen, etwa Mittelvergabe nach dem Arbeitsförderungsgesetz. Äußerst dünne Auskunft lasse auf Desinteresse an Frauenerwerbslosigkeit schließen. Der Wirtschaftsminister sei arrogant genug, sein Wissen zur Förderung aus seinem Ressort der Opposition nicht anzuvertrauen. Er gehe mit Steuergeldern um, als wäre es seine Privatschatulle. Sie fühle sich als Parlamentarierin mißachtet. Ebenso durch Aussagen zur Mobilität. Etwas Aufwand für geschlechtsspezifische Daten sei vertretbar. Daß das Land 23mal soviel Geld für Straßenbau ausbebe wie für Busse und Bahnen, sei ein Skandal. Zentrale Aussage nach Auswertung der Großen Anfrage sei: Frauen seien vor allem wegen fehlender Verkehrsangebote auf dem Land häufiger erwerbslos und insgesamt ärmer. Die Presseerklärung der Frauenministerin, Frauen auf dem Lande seien seltener auf Sozialhilfe angewiesen, stimme nicht. Vielmehr sei nur die Dunkelziffer höher. Ein den Städten vergleichbares Schulangebot gebe es nicht, zum Beispiel Grundschulen mit Ganztagsbetrieb. Für die Wirtschafts- und Arbeitsför-

Zur Großen Anfrage der Fraktion GRÜNE (Drs. 11/2738) und zur Antwort der Landesregierung (Drs. 11/5420), über die der Landtag am 9. September debattierte, brachte die SPD eine Entschließung (Drs. 11/5965) ein, in der unter anderem gefordert wird, das Landesprogramm „Frau und Beruf“ mehr für die Frauen auf dem Lande zu nutzen. Bei Stimmenthaltung der Grünen, deren Änderungsantrag (Drs. 11/5988) abgelehnt wurde, nahm die Landtagsmehrheit den SPD-Antrag gegen die Stimmen der CDU und F.D.P. an.



Mehr Mobilität durch öffentliche Verkehrsmittel wünschen Frauen im ländlichen Raum für ihre Doppelrolle in Familie und Beruf, v. l. Marianne Hürten (GRÜNE), Anne Garbe (SPD), Ilka Keller (CDU), Friedel Meyer (F.D.P.)
Fotos: Schüler

derung der Frauen werde nur 1/327 der Gesamtmittel ausgegeben. Die GRÜNE-Fraktion fordere nachfrageorientierte Busangebote, die Frauen Erwerbstätigkeit ermöglichen, Kinderbetreuung, psychosoziale und berufliche Beratung und bessere Arbeitsmöglichkeiten.

Anne Garbe (SPD) betonte, die Frau auf dem Lande gebe es nicht mehr, sondern eine Vielzahl unterschiedlicher Lebensformen. Aus der Antwort gehe hervor, daß Frauen auf dem Lande eine ebenso gute Ausbildung hätten wie Stadtfrauen. Das Be-

Fortsetzung Seite 20

Über die Große Anfrage der F.D.P. „NRW — durch Beratungsinflation auf dem Weg in die Bevormundungsgesellschaft?“ (Drs. 11/3674) und die Antwort der Landesregierung (Drs. 11/5487) debattierte der Landtag am 9. September.

Ruth Witteler-Koch (F.D.P.) notierte große Aufmerksamkeit im ganzen Land für die Große Anfrage. Ihrer Fraktion sei es um ein möglichst objektives Bild über das Beratungswesen in NRW, ferner über Konzentration, Optimierung sowie Vernetzung vor Ort. Sie habe nachgefragt, ob es Wirrwarr, Beratungswesen, Wildwuchs gebe und ob gespart werden könne. Die unbefriedigende Antwort sei Indiz für die Arroganz der Macht. Der Sozialminister habe im Juli über rund 220 Beratungsstellen in NRW mit 40 Millionen Mark Personalkostenbeteiligung des Landes berichtet. Die F.D.P. verlange eine Übersicht, Bündeln der Kräfte, mehr Effizienz und mehr Bürgernähe. Sie fordere Kosten-Nutzen-Analysen, Controlling bei Kompetenz und Qualifikation. Das Personal sei häufig überbelegt. In Zuschriften an die Fraktion sei es um das Verhindern von Doppelbetreuungen gegangen. Sie verlange erneut eine Übersicht.

Dr. Wilhelm Vollmann (SPD) räumte ein, bei Beratungen im Sozialbereich sei manches nicht mehr zeitgemäß. Es gebe einen rasant wachsenden Bedarf, weil die Probleme anwachsen. Mehr Arbeitsteilung und mehr Koordination seien nötig. Eigentlich müsse mehr Geld eingesetzt werden. Das Land fördere nur komplementär, die eigentliche Kompetenz liege bei den Kommunen. Diese würden in die Pleite getrieben. Hilfe zur Selbsthilfe sei nur durch fachliche Beratung

F.D.P.: Bevormundung durch Beratung?

Mehr Sorgen, mehr Schulden, mehr Singles

möglich. Mehr aus dem Angebot zu machen und mehr hineinzustecken, wäre eine gute Perspektive. Daran sollten alle in der F.D.P. und der CDU arbeiten, die ihren sozialen Sinn nicht verloren hätten.

Alfons Löseke (CDU) bestätigte den Wirbel bei Trägern der Beratung durch provozierende Fragen wie nach dem „verkienterten Menschen“. Auch die CDU sei von der Antwort der Regierung enttäuscht, die nicht der Wichtigkeit des Themas entspreche. Über die Ursachen zunehmender Beratungsnachfrage, ein Konzept Spezialisierung oder Konzentration, sichere Finanzen, verstärkte präventive Beratung habe sie nichts gesagt. Die CDU-Fraktion habe sich im Mai 1992 auf einer Fachtagung „Beratungsdienste im gesellschaftlichen Wandel“ informieren lassen. Mehr Beratung werde gebraucht, weil Familie weniger als Ort für Sorgen vorhanden sei und weil mehr gefordert werde. Vorbeugende Beratung sei am sinnvollsten. Folgekosten von Zerrüttung, Obdachlosigkeit, Sucht seien viel höher als Hilfestellung zuvor.

Beate Scheffler (GRÜNE) warf der F.D.P. unseriöse Wortwahl vor. Beratung sei genau das Gegenteil von Bevormundung. Diese finde nur bei Zwangsberatung nach § 218 statt. Im übrigen zeuge von Verantwortung und Lebensklugheit, wer sich beraten lasse. Psychosoziale Beratungsstellen würden zu zwei Dritteln von Frauen aufgesucht. Ohne

das Angebot würden familiäre Probleme noch schwerer. Wenn sich Männer genau so um die Familie kümmern wie Frauen, könne sie sich weniger Beratung vorstellen, aber das sehe sie nicht. Lange Wartelisten ließen auf höheren Bedarf schließen. Schäden seien zu reparieren, die von der Wirtschaft und vom Arbeitsmarkt verursacht würden, etwa Schuldner- und Verbraucherberatung. Mit Hinweis auf die Gesetzgebung zögen sich Gemeinden aus der Förderung von Pro Familia und AWO zurück. Neue Träger würden kaum noch gefördert. Beratung geschehe nicht nur staatlich gefördert, sondern auch durch Lehrer, Pfarrer und Selbsthilfegruppen.

Innenminister Dr. Herbert Schnoor (SPD) berichtete von Kopfzerbrechen bei der Antwort. Die F.D.P. trete für freie Lebensgestaltung ein, verlange aber Auskünfte von freiberuflich tätigen Beratern und staatliche Lenkung. Das sei mit dem Grundsatz der Beratungsfreiheit nicht vereinbar. Bis zu 4000 Einzelantworten auf 18 Fragen bei wenigstens 43 Beratungssparten wären nötig gewesen. Die Landesregierung habe 1991 in sechs Ressorts und 25 Förderbereichen rund 97,6 Millionen Mark für Beratung ausgegeben. Dem Anliegen Hilfe zur Selbsthilfe trage sie Rechnung. Bürger fragten Beratung nach. Wie bitter nötig Orientierungshilfen seien, bewiesen ausländische Vorfälle allzu schmerzlich.

Wohlwollen für CDU-Antrag „Rationelle Energie“

Kraft-Wärme-Kopplung als Zukunftsmodell und Exportschlager

Der CDU-Antrag „Rationelle Energienutzung durch Kraft-Wärme-Kopplung“ (Drs. 11/5638) wurde nach der ersten Lesung mit im Grundsatz zustimmenden Äußerungen der SPD-Fraktion und kritischen Bemerkungen von F.D.P. und Grüne überwiesen, federführend an den Wirtschaftsausschuß.

Dr. Annemarie Schraps (CDU) bedauerte, daß die SPD den Wirtschaftsausschuß mit der Federführung für den Antrag versehen wolle, da Energiefragen ein ausgesprochenes Umweltthema seien. Auch könne die Behandlung als Querschnittsthema durch den Ausschuß „Mensch und Technik“ erfolgen. Wegen der Umweltbelastung und der globalen Klimaänderung habe die Politik Energieprogramme zu entwickeln, die die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen reduzierten. Ein Baustein dazu sei dieser CDU-Antrag. NRW sei mit 41 Prozent an der CO₂-Emission der Bundesrepublik beteiligt, das seien 250 Millionen Tonnen. Gleichzeitige Nutzung von Wärme und Strom in Kohlekraftwerken der Zukunftsgeneration ergebe einen Ausnutzungsgrad zwischen 80 und 90 Prozent sowie geringere Emission. KWK-Anlagen arbeiteten außerdem wirtschaftlich. Sie amortisierten sich in zehn Jahren. Der Aufwand für Betrieb und Wartung sei geringer, ebenso die Verteilungsverluste und die Kosten. Die kontroverse Diskussion sei bedauerlich.

Bernd Poulheim (SPD) zitierte den Klimabericht der Landesregierung von Anfang 1992, worin der Kraft-Wärme-Kopplung gegenüber der getrennten Strom- und Wärmeerzeugung eine Primärenergieeinsparung von mindestens einem Drittel zugeschrieben worden sei. Bereits 1984 habe die NRW-Regierung deutlich dazu Position bezogen. Die SPD sehe in intensiverer Nutzung von KWK auch in dezentralen Lagen Chancen für verschiedenste Branchen, neue Marktpotentiale zu erzielen. Damit verbundene Innovationsanstöße könnten auch zu Erfolgen auf Märkten außerhalb von NRW führen. Kommunale Beratung leiste die Energieagentur NRW. Im Bundesrat werde NRW eine gesetzliche Grundlage für Strom

aus KWK beantragen. Die Wärmenutzungsverordnung sei Bundesrecht, das Land habe beschränkte Einwirkung. Die SPD sehe im CDU-Antrag einen konstruktiven Beitrag.

Marianne Thomann-Stahl (F.D.P.) begrüßte die Überweisung an den Wirtschaftsausschuß und bemerkte, bei KWK sei der wichtigste Aspekt die Abnahme von Wärme das ganze Jahr über. Dafür kämen nur Industrie, Gärtnereien und Schwimmbäder in Frage. Für reine Siedlungsgebiete habe KWK keinen Zweck. Wer CO₂-Reduzierung anstrebe, müsse Erdgas einsetzen. Das bedeute Probleme mit der Kohlevorrangpolitik und das Risiko der Abhängigkeit privater Investoren vom Ölpreis. Mischkalkulation bei der Stromerzeugung garantiere dagegen stabile Preise. Der Wirtschaftsminister solle endlich die Versorgung Dritter mit Strom zulassen. Für die Marktzugsbeschränkung als Gegengeschäft für die Kohleverstromung habe die F.D.P. Verständnis. Hamburg handhabte solche Genehmigungen mit guten Ergebnissen. NRW argumentiere dagegen mit Versorgungssicherheit und zwingt die Energieversorger zu völlig unwirtschaftlichen Preisen. „Sie sozialisieren die Unwirtschaftlichkeit“, schloß die Rednerin und forderte ein Überdenken der Kohlevorrangpolitik.

Gerd Mai (GRÜNE) vermißte wichtige Instrumente im Antrag, um Einspeisebedingungen für KWK-Stromerzeuger wirklich durchzusetzen. Adressat des CDU-Antrags müsse eher die Bundesregierung sein, die schon einmal einen Vorstoß des Bundesrates vereitelt habe. 1987 habe sie ihr Programm für Kohleheizkraftwerke und Fernwärmeausbau gestoppt. Die Taten der NRW-Landesregierung blieben ebenfalls hinter ihrem Klimabericht zurück. Least-cost-Planning werde formal gefordert, aber konkret nicht durchgeführt. Der CDU-Vorstoß sei sehr richtig und sehr wichtig, auch die Überweisung an den Wirtschaftsausschuß. Die Wirtschafts- und Energiepolitiker müßten Farbe bekennen.

Wirtschaftsminister Günther Einert (SPD) hielt das Thema für sehr bedeutungsvoll. Ohne der Ausschußdiskussion vorzugreifen, stelle er fest, werde beides gebraucht: Blockheizkraftwerke, die rechneten sich nur auf Gasbasis, und große Kondensationskraftwerke. Bei solchen auf Kohlebasis sei das Auskoppeln von Wärme nur begrenzt nutzbar wegen sonst langer Wärmeleitungen.

Finanzpolitiker wollen Schuldenlast bremsen

Der F.D.P.-Antrag „Neue Eckpunkte für Haushaltspolitik“ (Drs. 11/5635) wurde von der Mehrheit am 23. Juni abgelehnt.

Rudolf Wickel (F.D.P.) erklärte: „Wir rutschen immer tiefer in den Schlamassel, und ich behaupte: der Bürger wird uns darauf kommen.“ Am Ende würde ein Fiasko stehen. Die Deutsche Einheit habe das lediglich beschleunigt. Der Bürger ahne, daß etwas nicht stimmt. „Lassen Sie uns nicht die Fehler wie in Italien machen“, sagte Wickel, wo eine Liga Nord mit der Aussage „Keine Mark mehr für den Süden“ stärkste Partei geworden sei, weil die Politik nicht gehandelt habe.

Heidi Berger (SPD) antwortete, in dem düsteren Szenario seien die beispielhaften NRW-Ausgabenbegrenzungen nicht erwähnt worden. Die Rasenmähermethode der

F.D.P., Ausgaben auf Bildung, Wissenschaft, Polizei, Strafvollzug und Steuerverwaltung zu beschränken, sei eine Bankrotterklärung der Politik. Wo bleibe da die soziale Verantwortung, wenn sich das Land von Wohnungsbau, Kindergärten, Jugend- und Altenhilfe verabschiede.

Hartmut Schauerte (CDU) hielt ebenfalls die Lage für ernst. Der Staat müsse klar und seriös zur rechten Zeit handeln. Über eine Nullrunde bei den höheren Gehaltsstufen und über Mehrarbeit sei zu reden.

Dr. Manfred Busch (GRÜNE) nannte den Antrag billig, da nicht erkennbar sei, wo die Forderungen umgesetzt werden sollten. Er schlage statt Rasenmäher-Kürzungen Einnahmeverbesserungen vor. Verlängerung der Arbeitszeit sei falsch. Die Grünen lehnten den Antrag ab.

Fraktion will im Strafvollzug Vorrang für Resozialisierung

Einstimmig an den Rechtsausschuß überwiesen hat der Landtag am 9. Juni den Antrag der GRÜNE-Fraktion „Vorrang für Resozialisierung im Strafvollzug“ (Drs. 11/5596).

Roland Appel (GRÜNE) nannte als Grund für den Antrag, daß sich die Situation in den Justizvollzugsanstalten des Landes in den letzten Monaten ständig zugespitzt habe. Die Anstalten seien zu 106 Prozent belegt, vor allem wegen der hohen Zahl von Menschen, die wegen Betäubungsmitteldelikten verurteilt worden seien. Dagegen würden die Kapazitäten im offenen Vollzug immer weniger genutzt. Die im Vollzugsdienst Beschäftigten schöben einen Überstundenberg von 300000 Stunden vor sich her. In dieser Situation nehme „eine im obrigkeitstaatlichen Denken verhaftete Justizverwaltung aufgrund starrer Sicherheits- und Ordnungskategorien in der letzten Zeit immer mehr kleine Liberalisierungen zurück“. Sein Urteil: „Der Resozialisierungsvollzug findet in Nordrhein-Westfalen praktisch nicht mehr statt.“ Man brauche dringend eine neue Strafvollzugspolitik.

Justizminister Dr. Rolf Krumsiek (SPD) hielt den Antragstellern entgegen, ihre Analyse beruhe auf einer Fehleinschätzung des Strafvollzugs im gesamten Land. Auf der einen Seite bleibe es bei dem Ziel des Vollzugs, daß es der Gefangene auf ein Leben in sozialer Verantwortung und ohne Straftaten vorbereitet werde, andererseits müsse festgehalten werden, daß es der Vollzug immer mehr mit „gefährlichen, behandlungsunwilligen, mehr als früher sozialisationsgeschädigten, durch erheblichen Drogenkonsum vorgeschädigten und der organisierten Kriminalität zugehörigen Gefangenen“ zu tun habe. Die dadurch bedingten sicherheitsrelevanten Probleme hätten für den Vollzug nichts an Aktualität eingebüßt.

Marie-Luise Morawietz (SPD) unterstrich ebenfalls, daß Resozialisierung und Schutz der Allgemeinheit gleichberechtigt nebeneinander stünden. Die Überbetonung von Sicherheitsaspekten habe immer auch eine Vorgeschichte. Was nütze zudem der Ausbau des offenen Vollzuges, wenn die Gefangenen zunehmend schwieriger würden und die Klientel dafür fehle?

Dr. Hans-Ulrich Klose (CDU) beklagte den Verlust an Reformwillen im Strafvollzug. Die Notwendigkeit, Sicherheit zu betreiben, dürfe nicht dazu führen, „daß der Bereich der Sozialisierung — jedenfalls für den Personenkreis, für den er Anwendung finden muß — weiter eingeschränkt wird“. Vielleicht sollte stärker zwischen denen, die resozialisierungsfähig sind, und denen, die an diesem Ziel kein Interesse haben, unterschieden werden. Vollzug habe der Sicherheit, der Sühne und der Resozialisierung zu dienen.

Heinz Lanfermann (F.D.P.) sah den Vollzug vor der Aufgabe, die Quadratur des Kreises zu bewerkstelligen: Einerseits Schutz der Bevölkerung, andererseits Resozialisierung der Gefangenen. Die Behauptung vom Vorrang der Resozialisierung im grünen Antrag sei eine Fehlleistung; er gehe von falschen Voraussetzungen aus, basiere auf nicht belegbaren Fällen und erhebe Forderungen, die nicht umzusetzen seien.

Laurenz Meyer (CDU) begründete den der Ausschuß-Empfehlung zugrundeliegenden CDU-Antrag „Standort NRW stärken — Beseitigung des Industrie- und Gewerbeflächennotstands“ („Landtag intern“ Nr. 12/93) mit Aussagen beim Ausschußhearing vom Januar 1993: Das Gewerbeflächenproblem brenne landesweit auf den Nägeln, nicht einmal baureife Flächen reichten aus. In drei Regierungsbezirken seien zwölf Prozent von 2260 Hektar ungenutzter Flächen verfügbar. Der Antrag sei aktueller denn je. Nach einer Gefährdungsabschätzung müßten zuerst die kostengünstigsten Grundstücke saniert werden. Standorte für Entsorgung müßten ausgeweitet werden. Flächentausch und nutzungsorientierte Sanierung sollten möglich sein. Auch vom Handwerk sei fehlende Gewerbefläche als größtes Problem genannt worden.

Hagen Tschoeltsch (F.D.P.) zitierte aus dem Landesentwicklungsbericht, Einwanderungsströme aus Süd- und Osteuropa führten zu anhaltendem Siedlungsdruck und wachsender Flächennachfrage. Die Regierungsverantwortung könne er nur unterstützen. Nach dem aufschlußreichen Ausschußhearing enttäusche die Ablehnung einer Landesbürgschaft durch die SPD. Erst nach energischem Druck habe sich die SPD einen Ruck gegeben und denke um. Gemeinsam werde nun ein Bericht über Risiken durch spätere Gesetzgebung und neue Normen gefordert. Bei Bürgschaftslösungen sei der Bund einzubeziehen. Dafür werde er sich stark machen.

Lothar Rusche (SPD) antwortete, von Flächennotstand könne keine Rede sein. Bei der Anhörung habe es auch zufriedene Stellungnahmen gegeben. Mobilisierung neuer Gewerbeflächen sei notwendig bei Kohlestädten für untertätig wegfallende Arbeitsplätze. Ansonsten gehe es um möglichst geringen Freiflächenverbrauch und Wiedernutzung alter Industrieflächen. Durch mehrgeschossige Bauweise, Begrenzung des Verkehrs und schnellere Nutzung von Vorratsflächen könne sparsam mit Flächen umgegangen werden. Seit 1988 seien Erschließungen mit 1,3 Milliarden Mark gefördert worden. Dadurch stünden in den nächsten

Anhaltender Siedlungsdruck durch Einwanderungsströme

Einert: „Es gibt keine Flächenprobleme“

Der Beschlußempfehlung des Wirtschaftsausschusses, die Landesregierung solle Möglichkeiten, auch privatwirtschaftliche, der Risikoabdeckung beim Erwerb sanierter, ehemaliger Industrie- und Gewerbeflächen prüfen (Drs. 11/5646) und der SPD-Entschließung (Drs. 11/5690) stimmte der Landtag am 24. Juni zu.

Jahren mehr als 2500 Hektar zusätzlich zur Verfügung.

Dr. Manfred Busch (GRÜNE) lehnte die Ausschußempfehlung ab, weil das Problem falsch definiert sei. Hinter dem Stichwort Flächentausch verberge sich ein gravierender Vorgang. Weil Altlasten den Kommunen zu teuer seien, ließen sie Wiesen wachsen und übergäben dann den Giftacker der Natur, während unberührte Freifläche in Gewerbefläche umgewidmet und durch Bebauung versiegelt werde. Das sei kein Tausch von Flächen, sondern Ausverkauf der Natur. Beim Risiko rufe die CDU nach dem Staat, das sei für dynamische Unternehmer ganz untypisch. Für eine Bodenabgabe mit Ausgleich gebe es Modelle. Wer Gewerbefläche in Anspruch nehme, zahle eine Abgabe zur Finanzierung von recycelten Altlasten. Ungenutztes Vorhalten von Flächen sei nicht ökonomisch. Im Ruhrgebiet müßten die Grundstückspreise steigen.

Wirtschaftsminister Günther Einert (SPD)

hielt beide Extreme für falsch und sagte: „Es gibt kein Flächenproblem.“ Bei aller kommunalen Selbstverwaltung müsse es gesamtstaatliche Verantwortung über Flächen geben. Völlig unrealistisch sei totale Sanierung von Industrieflächen. Nutzungsorientierte Sanierung sei praxisbezogener und handhabbar. Beim Flächentausch komme man mit Ausschluß von Gesundheitsverfahren und Ausgleich durch Freiflächen zu Rande. Eine andere Alternative gebe es nicht. Über eine dritte Subventionierung der Ruhrkohle müsse nachgedacht werden. Zur Wiederaufwertung alter Flächen gehöre die Entlassung aus der Bergaufsicht, dazu wiederum der Abschlußbetriebsplan, der mit erheblichen finanziellen Konsequenzen verbunden sei. Von Ruhrkohle könne nichts Unbilliges verlangt werden. Bei der Risikoabdeckung fürchte er weniger neue Gesetze als vielmehr neue Normen durch den Fortschritt der Technik. Das Thema Fläche werde die Wirtschaftspolitik noch eine Reihe von Jahren beschäftigen.



Kein Flächenproblem, aber Probleme mit Flächen in NRW, v. l.: Laurenz Meyer (CDU), Hagen Tschoeltsch (F.D.P.), Minister Günther Einert (SPD), Dr. Manfred Busch (GRÜNE).
Fotos: Schüler

Der CDU-Antrag „Gewerbeaufsicht in eine Hand“ (Drs. 11/5581) wurde nach der Aussprache am 23. Juni in die Ausschußberatung überwiesen. Die SPD stimmte in einer Entschließung (Drs. 11/5713) der Trennung in zwei Bereiche zu.

Heinrich Dreyer (CDU) sagte, Arbeitsschutz sei der beste Umweltschutz. Die Zusammenführung bedeute Kostenersparnis und Effizienz. Statt dessen mache die Landesregierung das Gegenteil, auch des Gutachtervorschlages. Es sei der falsche Weg. Schwerpunktprogramme seien eine Einladung an die Betriebe, es mit dem Arbeitsschutz nicht so genau zu nehmen. Die Reduzierung von 22 auf 14 Ämter solle mit Personalabbau vollzogen werden.

Siegfried Jankowski (SPD) antwortete, die Anforderungen an Arbeits- und Umweltschutz würden noch zunehmen. Die Mehrheit der Bundesländer habe sich ähnlich wie NRW entschieden. Für beide Bereiche gebe es eigene gesetzliche Grundlagen. Bei Anlagensicherheit berührten sich Arbeits- und Umweltschutz. Ein umfassendes Konzept des Gesundheitsschutzes müsse Technik,

Gewerbeaufsicht: Arbeit und Umwelt

Arbeitsorganisation, Arbeitsbedingungen und soziale Beziehungen berücksichtigen. Gegen zunehmende Arbeitserkrankungen und wachsende Belastungen müsse etwas getan werden. Eine nur technische Aufsichtsbehörde könne diese Aufgabe nicht erfüllen. Auch Umweltschutz müsse interdisziplinär organisiert sein.

Hagen Tschoeltsch (F.D.P.) hielt grundsätzlich das Straffen des Behördenapparats für begrüßenswert. Die Festlegung der CDU auf zwölf Ämter könne die F.D.P. nicht akzeptieren. Die Ortsnähe der Gewerbeaufsichtsämter müsse sorgfältig bedacht werden.

Dr. Katrin Grüber (GRÜNE) sagte, die Praxis bei der Aufwendung von Umweltstrafsachen zeige, daß einmal genehmigte Anlagen nicht nachgeprüft würden. Die Regierung solle Standards absenken und sich von der flächendeckenden Überwachung verabschieden. Mit der CDU seien die Grünen der Ansicht, daß Gewerbeaufsicht in eine Hand gehöre.

Heinrich Dreyer (CDU) nannte die SPD-Haltung empörend. Der Gipfel schlechten Umgangs der Mehrheitsfraktion mit der Opposition sei die Ankündigung einer Entschließung, die noch gar nicht vorliege.

Siegfried Jankowski (SPD) verlas eine SPD-Entschließung, in der die Trennung von Arbeits- und Umweltschutz gefordert wird, um dadurch hohe fachliche Kompetenz zu sichern und die Durchsetzung zu steigern.

Minister Klaus Matthiesen (SPD) bedankte sich für die Unterstützung seiner Reformüberlegungen. Arbeits- und Immissionsschutz hätten sich auseinanderentwickelt. Durch immer neue Technologien fielen der Gewerbeaufsicht immer neue Arbeitsfelder zu. Moderner Arbeitsschutz habe über Unfallverhütung hinaus und sichere Technikgestaltung einen umfassenden Gesundheitsschutz zum Ziel. Dazu müßten Berufsgenossenschaften, Sozialpartner und Krankenkassen eng zusammenarbeiten. Arbeits- und Umweltschutz auf technische Schutzmaßnahmen zu reduzieren, sei überholte Sichtweise.

Hauptausschüsse von Brandenburg und NRW trafen sich in Potsdam

Unter Vorsitz von Wolfgang Birthler (SPD) kam es deshalb zu einer gemeinsamen Sitzung der beiden Hauptausschüsse im Landtagsgebäude in Potsdam. Diskutiert wurde vorab über die Hilfe des Landes Nordrhein-Westfalen beim Aufbau von Verwaltung und Justiz in Brandenburg, dem ein Bericht über die Entsendungen aus dem Landesdienst Nordrhein-Westfalen in die neuen Länder zugrunde lag. Die Zusammenarbeit zwischen den Ländern bewegt sich auf der Grundlage von derzeit insgesamt 17 abgeschlossenen Verwaltungsvereinbarungen und umfaßt zum einen die Entsendung bzw. Abordnung von Bediensteten aus Nordrhein-Westfalen zum Land Brandenburg (Stand 15. April 1993 insgesamt 1164 aktiv Bedienstete), die Schulung und Beratung von Bediensteten Brandenburgs (Aus- und Fortbildung) sowie die Übernahme von Verwaltungsaufgaben des Landes Brandenburg (insbesondere im Haushalts- und Kassenwesen und in der automatischen Datenverarbeitung).

Die vortragenden Vertreter der brandenburgischen Landesregierung bezeichneten die Hilfe als sehr segens- und hilfreich und baten dringend darum, auch weiterhin beim Verwaltungsaufbau personell und finanziell

Eine Entschließung der Landtage Brandenburg und Nordrhein-Westfalen mit dem Ziel der parlamentarischen Kooperation, die zu Beginn des Jahres 1991 verabschiedet worden war, weist die Koordinierung dieser Partnerschaft den Hauptausschüssen der Landtage zu.

zu unterstützen. So gebe es im Zuständigkeitsbereich des Innenministeriums noch einige Bereiche, in denen Brandenburg auf Nordrhein-Westfalen dringend angewiesen sei. Im Bereich des Justizministeriums beschwor man den nordrhein-westfälischen Gesetzgeber, die Bereitschaft nordrhein-westfälischer Richter, Rechtspfleger und Staatsanwälte nicht zu schmälern, weil landeseigene Kräfte frühestens 1994 zur Verfügung stünden. Man sei in allen Bereichen bemüht, brandenburgische Kräfte an die Funktionen heranzuführen und dafür zu sorgen, daß sie möglichst bald zur selbständigen Erledigung der Aufgaben herangezogen werden könnten. Diskutiert wurde in dem Zusammenhang das Für und Wider des Beschlusses der Ministerpräsidentenkonferenz von Juni 1992, wonach die neuen Bundesländer ab 1995 die gesamten Entsendungskosten für Hilfen aus den alten Bundesländern selbst zu tragen haben.

Rechtsextremismus

Die Ausschüsse kamen abschließend darin überein, in naher Zukunft erneut zu einer gemeinsamen Sitzung zusammenzukommen und das Thema „Zusammenarbeit bzw. Hilfen“ erneut ausführlich zu diskutieren.

Zu einem Gedankenaustausch kam es anschließend über Probleme des Verfassungsschutzes bzw. des Rechtsextremismus in den beiden Bundesländern.

Vorgetragen wurde vom Leiter des Verfassungsschutzes, daß beim Ausbau der Behörde Nordrhein-Westfalen ebenfalls große Hilfe geleistet habe. Dem Land Brandenburg sei es mit massiver Unterstützung der Medien gelungen, die Anzahl rechtsextremistisch motivierter Gewalttaten im Bundesvergleich sehr stark zurückzudrängen. Geholfen habe hier auch das beherzte Eingreifen der Polizei sowie die Erkenntnisse der Arbeitsgruppe „Rechtsextremismus“, die beim Innenminister eingerichtet worden sei. Nach Beobachtungen des brandenburgischen Verfassungsschutzes gibt es bisher keine Vernetzung rechtsextremistisch organisierter Vereinigungen, gleichwohl sei er gefordert, frühzeitig gemeinsame Aktionen, die es dennoch gebe, zu unterbinden. Einigkeit bestand zwischen den Gesprächsteilnehmern schließlich darin, daß es keine monokausale Erklärung für den Rechtsextremismus gibt und insbesondere die Verbesserung der sozialen Situation notwendig ist, auch der Gefahr der Pseudo-Intellektualisierung des Rechtsextremismus zu begegnen. Auch dieses Thema soll in einer späteren gemeinsamen Sitzung noch einmal aufgearbeitet und diskutiert werden.

Chinesische Stipendiaten kehrten in ihre Heimat zurück

Mehrere Ressorts haben im Unterausschuß „Europapolitik und Entwicklungszusammenarbeit“ des Hauptausschusses ihre Anstrengungen auf dem Gebiet der Entwicklungszusammenarbeit geschildert. „Landtag intern“ berichtete in der letzten Ausgabe darüber und gibt hier die noch ausstehende Stellungnahme des Ministeriums für Wissenschaft und Forschung wieder.

Das Ministerium für Wissenschaft und Forschung erläuterte, daß das Schwergewicht ihrer Arbeit beim Bund-Länder-Fachhochschulstipendienprogramm liege. Dieses seit 1962 bestehende Programm habe sich in der Vergangenheit bewährt und dazu geführt, daß die Stipendiaten nach Abschluß ihrer Ausbildung im mittleren oder gehobenen Management ihres Landes eingesetzt werden konnten. Für die Zukunft beabsichtige man insbesondere auch eine Konzeption für Osteuropa, auf der Ebene der Fachhochschulen, einzurichten. Dabei sei daran gedacht, die theoretische Ausbildung um praktische Erfahrungen zu ergänzen. Aus gegebenem Anlaß wurde sodann noch eine besondere Problematik von ca. 300 Studenten aus Kamerun angesprochen. Angesichts der



Jugendliche aus Tirad Carmel, der israelischen Partnergemeinde von Monheim im Rheinland, haben den Landtag besucht. Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe (M.) empfing die jungen Leute, die während der Ferien in deutschen Gastfamilien untergebracht waren.
Bild: Schüler

Finanznöte der Regierung von Kamerun sei die Aus- und Fortbildung dieser Studenten in der Bundesrepublik zur Zeit erheblich gefährdet. Das Land Nordrhein-Westfalen könne jedoch zur Zeit nicht aus anderen Fördertöpfen helfen, dennoch sei man bemüht, im Zusammenwirken mit Bund und den anderen Ländern dafür Sorge zu tragen, daß nicht ganze Ausbildungsjahrgänge ihre Ausbildung vorzeitig abbrechen müssen. Auf die Frage des Abgeordneten Giltjes (CDU) nach der Rückkehrquote wurde seitens des Wissenschaftsministeriums erläutert, daß für die Fachhochschulprogramme von einer Rückkehrquote von über 90 Prozent ausgehen sei. Dies ließe sich doch nicht auf

die anderen Programme übertragen. Das MWMT verwies darauf, daß in den letzten zwei Jahren alle chinesischen Stipendiaten in ihr Heimatland zurückgekehrt seien. Auch seitens des MURL wurden diesbezüglich keine nennenswerten Schwierigkeiten genannt. Die gespannten politischen Verhältnisse in China hätten kurzzeitig zu Verzögerungen bei der Rückkehr geführt. Auf die Frage der Abgeordneten Höhn (GRÜNE), was in Nordrhein-Westfalen unternommen würde, um zu einem „nachhaltigen“ Wirtschaften zu kommen, einigte sich der Unterausschuß dahingehend, diesen Gesichtspunkt in seiner Dezember-Sitzung wieder aufzunehmen.

Ausschuß für Verwaltungsstrukturreform befaßt sich mit Gewerbeaufsicht

Mehrheit befürwortet Trennung von Arbeitsschutz und Umweltschutz

Der Ausschuß für Verwaltungsstrukturreform hat auf seiner letzten Sitzung die Zusammenfassung der Gutachterergebnisse zur Untersuchung verschiedener Bereiche der Landesverwaltung durch den Arbeitsstab „Aufgabenkritik“ entgegengenommen. „Landtag intern“ berichtete in der letzten Ausgabe darüber. Hier folgt nun die Fortsetzung, in der auf die Beratungen über den CDU-Antrag „Gewerbeaufsicht in einer Hand“ eingegangen wird. Die Sitzung wurde vom Ausschußvorsitzenden Ulrich Schmidt (SPD) geleitet.

Der Ausschuß beriet den Antrag der Fraktion der CDU „Gewerbeaufsicht in einer Hand“, wonach die Bereiche Arbeitsschutz und Immissionsschutz nicht — wie von der Landesregierung geplant — getrennt, sondern in einer Organisationseinheit zusammengeführt werden sollen. Ferner sollen die Ämter von 22 auf 14 bei entsprechender Personalsparnis reduziert werden. Heinz Paus führte als Sprecher der antragstellenden Fraktion hierzu ergänzend aus, in den jetzigen Gewerbeaufsichtsämtern und auch mit betroffenen Unternehmen zahlreiche Gespräche geführt zu haben. Es sei danach kein plausibles Argument erkennbar, die bestehende Einheit zu zerschlagen. Das Gutachten der Unternehmensberatung Roland Berger werde damit konterkariert und die Möglichkeit einer Optimierung der Gewerbeaufsicht nicht genutzt. Eher noch sei eine von Professor Dr. Ellwein geforderte einheitliche Wirtschaftsaufsichtsbehörde eine begrüßenswerte Lösung, nicht aber die geplante Aufsplitterung. Auch die Ressortierung der Aufgaben an zwei unterschiedlichen Stellen könne kein Argument für eine Trennung sein.

Die Fraktion der GRÜNEN möchte, das hat sie bereits in einem Entschließungsantrag deutlich gemacht, die Landesregierung verpflichten, von Strukturveränderungen innerhalb der Landesverwaltung solange abzusehen, bis der Ausschuß darüber beraten und Ergebnisse gefunden hat. Dr. Katrin Grüber schloß sich insofern ihrem Vorredner an, daß Ressortinteresse nicht vor Effizienz Vorrang haben dürfe. Sie befürchte zukünftig eine schlechtere Wahrnehmung der Überwachungsaufgaben.

Michael Ruppert (F.D.P.) sah in der vorgesehenen Trennung von Arbeitsschutz und Umweltschutz eine Erschwernis der Aufgabewahrnehmung ohne Einspareffekt, längere Wege für den Kunden und die Aufgabe bisheriger Synergieeffekte. Dies sei „kein Beispiel für rationelles Verwaltungshandeln“. Die SPD-Fraktion begrüßte hingegen in einem eigenen Entschließungsantrag die Trennung von Arbeitsschutz und Umweltschutz, weil nur so Fachkompetenz und Durchsetzungsfähigkeit von Arbeitsschutz- und Umweltschutzverwaltungen gesteigert werden könnte. Johannes Pflug wies als Sprecher seiner Fraktion auf die Vielzahl anderer Bundesländer und auch der EG-Nachbarn hin, in denen die — im übrigen geänderten Aufgaben — ebenfalls getrennt wahrgenommen würden. Zu berücksichtigen sei auch der Aufgabenzuwachs. Die Bundeslungsfunktion solle dabei erhalten bleiben,



Der Befehlshaber im Wehrbereich III (Nordrhein-Westfalen), Generalmajor Manfred H. Würfel, hat im Landtag einen Abschiedsbesuch abgestattet und ist von Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe empfangen worden. Würfel tritt in den Ruhestand. Geboren 1934 in Karlsruhe, war er nach dem Abitur 1956 in die Bundeswehr als Offiziersanwärter der Luftwaffe eingetreten. Nach Truppenaufgaben kam er 1967 in den Führungsstab der Streitkräfte, nachdem er sich zuvor einer Generalstabsausbildung unterzogen hatte. Es folgten 1971 der Ruf ins Nato-Hauptquartier nach Brüssel, ab 1974 Kommandeursverwendung im Bereich der Luftwaffe sowie erneute Tätigkeit im Bundesverteidigungsministerium. 1990 wurde Generalmajor Würfel Befehlshaber in Düsseldorf.
Foto: Schüler

daneben sollten Service-Center angestrebt werden. Im übrigen wäre mit Zustimmung des Ausschusses zum Vorschlag der Landesregierung die Arbeit des Ausschusses nicht beendet, zu einem späteren Zeitpunkt würde mit Sicherheit die Aufgabenwahrnehmung neuerer Betrachtung zu unterziehen sein. In diesem Zusammenhang bekundete er Sympathien für den von Dr. Achim Rohde (F.D.P.) eingebrachten Vorschlag, den Arbeitsschutz gegebenenfalls bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften anzusiedeln.

Staatssekretär Dr. Baedeker stellte fest, in der Abwägung der tatsächlichen Entwicklung und der zu erwartenden Effekte sei keine andere Entscheidung als die vorgeschlagene Trennung denkbar. Maßgebend für die Überlegungen sei unter anderem gewesen, daß

- die seitens der Landesregierung geführten Gespräche mit den Amtsleitern der Gewerbeaufsichtsämter ergaben, daß diese dem Konzept nicht nur zustimmten, sondern sogar Erleichterung erkennen ließen,
- die Entscheidung für eine Trennung der in der gesamten Bundesrepublik, also auch in den neuen Bundesländern, erkennbaren Tendenz entspricht,
- die Rechtsmaterie „Arbeitsschutz“ sich in letzter Zeit stark verändert habe,
- die Zahl der vorgesehenen Ämter mit den Gutachtenergebnissen in Einklang stünde,
- sich auch schon in der Vergangenheit Spezialisierungen ergeben hätten,
- eine Wirtschaftsaufsicht in einer Hand

wegen der differenzierten Materien nicht denkbar sei und

- in notwendigen und möglichen Fällen eine enge Kooperation zwischen unterschiedlichen Bereichen vereinbart wurde. Bereits in der letzten Ausgabe von „Landtag intern“ war über eine Organisationsuntersuchung der Struktur der Verwaltung für Agrarordnung berichtet worden. Hier noch einige ergänzende Sätze.

Staatssekretär Dr. Baedeker (Ministerium für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft) erläuterte die Vorteile des von der Landesregierung vorgeschlagenen Konzepts. Das Umweltministerium wolle die Reduktion von zwölf auf acht Ämter für Agrarordnung mit einigen Korrekturen, um Einspareffekte und Synergieeffekte zu erzielen. Würden die Aufgaben bei den Regierungspräsidenten angesiedelt, bedeute dies hinsichtlich der notwendigen Koordinierungsverfahren einen entsprechenden Mehraufwand im Ministerium. Der Sprecher der Firma Kienbaum GmbH, Dr. Koetz, ging bei seinen Überlegungen davon aus, sechs beziehungsweise acht Standorte beizubehalten, wobei es sich dann aber um nachgeordnete Behörden handeln sollte.

★

Erziehungsurlaub

Der Landtag hat den Antrag der Fraktion GRÜNE „Diskriminierung von unverheirateten Personen und von Beamtinnen im Erziehungsurlaub durch Verordnungen des Landes aufheben“, gemäß der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Innere Verwaltung abgelehnt (Drs. 11/4295).

Mediziner, Eltern und Lehrer gegen Kürzung beim Schulsport (II)

Sportlehrer: Der Bewegung in der Schule eine Chance geben!

In der Anhörung des Sportausschusses wiesen Sachverständige auf neue Inhalte des Sportunterrichts in Schulen hin. Nach Vorträgen von Sportmedizinern und Pädagogen (Bericht in der vorigen Ausgabe) wurden Fragen der Abgeordneten beantwortet und nahmen Vertreter der Lehrerverbände, der Eltern und der Schüler Stellung.

Zu Fragen aus dem Ausschuß wies Professor Kurz (Bielefeld) auf Innovationen auch bei den Lehramtsstudenten hin. Allerdings seien sie eng an die staatlichen Prüfungsordnungen gebunden, die die zwanghaftesten aller Fächer seien. Der Aufgabenkanon für den Schulsport laut Richtlinien: motorische Förderung, kognitive Entwicklung und soziale Fähigkeiten sei gewaltig. Professor Naul (Essen) bemerkte, das Ideal der Bildung von Körper, Seele und Geist reibe sich in den letzten 20 Jahren deutlicher an katastrophalen Einschränkungen der Bewegung schon bei Grundschulern. Seit über 100 Jahren forderten Pädagogen die tägliche Bewegungszeit. Damit tue man sich durch die Erblast des Dritten Reiches schwer. Auch für die Koedukation gelte es zu entideologisieren.

Rolf Gessmann (Sporthochschule Köln) bezeichnete Schule als ein System des verordneten Bewegungsmangels, in dem nichts anderes übrig bleibe, als die Vielfalt von Bewegung, Spiel und Sport vorzustellen. Professor Hollmann (Köln) berichtete von der Umsetzung deutscher Gesundheitserziehung in Japan bereits in der Vorschule, „Kindergarten“ genannt, und vom vergleichsweisen Abdriften bei uns. Wer täglich stundenlang fernsehe, dessen Gehirn verlerne Weichen zu stellen. Seit Beginn der achtziger Jahre könne der Zusammenhang zwischen Durchblutung, Stoffwechsel und Gedankenwelt des Menschen bildlich im Gehirn sichtbar gemacht werden. Heute könne experimentell nachgewiesen werden, daß Gedanken und Stimmungen biochemische Reaktionen im Körper auslösen könnten. Sport sei die natürliche Methode, sich eine gute Stimmung zu verschaffen.

Professorin Küpper (Wuppertal) berichtete von auffälliger Verminderung körperlicher Fähigkeiten bis zum Verzicht auf jegliche Schutzeffekte beim Sturz. Ursache sei der Rückgang der Bewegung in der Freizeit. Einseitig betriebener Sportunterricht könne, so die Definition einer Zwölfjährigen, „fröhlich oder traurig“ machen. Frau Westermann wies auf Gesundheitsämter hin, deren Erhebungen statistisch ausgewertet werden müßten. Bewegungsarmut dürfe nicht nur den Eltern zugeschoben werden, sondern hänge auch mit Wohnungs- und Städtebau sowie Familienpolitik zusammen.

Präsident Helmut Zimmermann (Deutscher Sportlehrerverband) hielt in der zweiten Expertenrunde Sportlehrer für überfordert, wenn von ihnen erwartet werde, die sich ständig erweiternde Vielfalt des außerschulischen Sports in die Schule hereinzuholen. Das ständige Hinterherlaufen hinter der Sportindustrie könne keine solide Orientierung sein. Allgemeine Bewegungsgrundlagen zu vermitteln, sei eine bessere Vorgabe, als der Weg zu mehr Sportarten. Auch alle Erwartungen, Sport sei gut gegen Drogen, Ausländerfeindlichkeit und Gewalt, sollten auf ein realistisches Maß zurückgeschraubt werden. Ältere Lehrkräfte litten häufig an Rückenbeschwerden, Knie- und Schulterschmerzen, Lärmempfindlichkeit. Daher

würden für den Sportunterricht an Hauptschulen, den zwei jüngere Lehrkräfte erteilen könnten, fünf ältere Kollegen benötigt. Schüler bekämen ein vom Lehrkörper her unterschiedliches Bild vom Sport vermittelt: „jung, stark, gesund“ oder „krumm, verschlisslen, mühselig“. Wer Sport aus der Schule ausgliedern wolle, vergesse, daß Schulsport eine Grundversorgung für alle sicherstelle, also auch für Desinteressierte und Untalentierte. In einer Zeit, in der sich Arztpraxen mit Fast-food-geschädigten Kindern füllten, könne man sich Freiwilligkeit nicht mehr leisten.

Sport sei das einzige kulturelle Medium, das den Körper anzuspreche, betonte Hützen (Landessportbund NRW). Sport sei ein eigenständiger Bereich von Bildung und Erziehung, diese wiederum entscheidend für die Zukunft. Unverzichtbar seien drei Wochenstunden obligatorischen Sportunterrichts. Schulsport außerhalb des Unterrichts müsse ebenfalls gesichert werden.

Anne Sturm (Landeselternschaft der Gymnasien) bekannte sich zum Schulsport als unverzichtbaren Bestandteil des Erziehungsauftrags, mußte aber einräumen, daß Eltern dem Ausfall am ehesten zustimmten. Gesundheitserziehung könne zusammen mit Biologie sehr plausibel erfolgen. Toleranz, Rücksicht und Fairneß könnten besonders gut vermittelt werden. Training zur Leistungssteigerung sei in den Richtlinien abgedeckt, müsse aber umgesetzt werden. Renate Hendricks (Landeselternschaft Grundschulen) dankte dem Sportausschuß für die Anhörung und wies auf die Bedeutung des Schulsport für Bewegungsdefizite hin. Bei der Einschulung mache hohe motorische Unruhe ordnungsgemäßen Unterricht fast unmöglich. Deshalb müsse über Bewegung als Unterrichtsprinzip nachgedacht werden. Dazu müßten alle Lehrer befähigt werden. In der Praxis sei AOK-Dauerlauftraining einfacher umzusetzen als zu wissenschaftliche Richtlinien. Geteerte Schulhöfe, auf denen fast nichts erlaubt sei, engen Spielräume ein. Bedenklich seien auch Einsparungen an kommunalen Sportstätten. Vereine müßten in die Schule hereingeholt werden. Ein regionaler runder Tisch „Sport, Betätigung, Spiel“ könne das Angebot durchschaubar machen.

Frau Husmann (Landeselternrat Gesamtschulen) hob den Stellenwert von Schulsport für Sozialverhalten, Gesundheit und gesellschaftliche Integration hervor. Kleine Gruppen und persönliche Kontakte seien hilfreich gegen Fremdenhaß, Null-Bock und Frust. Im Alltag komme es zu Beeinträchtigungen durch abgenutzte und ungereinigte Sportstätten sowie durch Überbelegung.

Kurt Mikrikow (Elternrat Realschulen) trat für mehr gemeinsame Gestaltung von Unterricht ein. Haltungs- und Wirbelsäulenschäden sowie Übergewicht nähmen erschreckend zu. Aufklären könne auch der Schularzt. Unausgebildete Kräfte dürften nicht eingesetzt werden. In den Medien rangiere leider der Schul- und Jugendsport weit hinten.

Dirk Stachelhaus (Elternrat Hauptschulen) ergänzte, die öffentliche Wertschätzung sei unterentwickelt. Schulsport müsse aufgewertet werden. Kaum ein anderes Fach sei so stiefmütterlich behandelt worden. Das Landesinteresse bleibe wirkungslos, wenn Buslinien zu Bädern gestrichen und Sportstätten geschlossen würden.

In der zweiten Fragerunde der Abgeordneten kam nochmals mangelndes Elternengagement gegen Kürzungen beim Schulsport zur Sprache, das unter anderem damit erklärt wurde, im Laufe der Zeit seien sowohl Eltern als auch Lehrer müde geworden beim erfolglosen Kampf gegen Windmühlenflügel. Margarete Brehme (Landesverband zur Förderung Lernbehinderter) hielt für weniger sportliche Kinder und Jugendliche Mitmachgruppen ohne Leistungsdruck in Sportvereinen für günstig. Vom Sprecher des Philologenverbandes Steuwe wurde auch auf die traditionellen Sportarten Wert gelegt. Hans-Jürgen Steffens (Lehrer an berufsbildenden Schulen) sagte: „Wir träumen von einer Unterrichtsstunde.“ Etwa 70 Prozent aller jungen Erwachsenen gehe durch Berufsschulen, wo die vielzitierte Schlüsselqualifikation vermittelt werden solle. Fächer wie Sport, Religion, Politik und Deutsch hätten auch mit Widerstand der Arbeitgeber zu tun, obwohl körperliche Mängel bei jungen Berufstätigen zunähmen.

Dr. Hermann Hansis (Wirtschaft- und Kollegsulen) erinnerte an den Beschluß der Mehrheitsfraktion, die Qualifizierung an beruflichen Schulen zu stärken und die Lehrer-Schüler-Relation zu verbessern. In erweiterte Lernziele könnten zur besseren Motivation auch Ernährung und Körperpflege aufgenommen werden. Sport könne auch einen Beitrag zur Kompensation einseitiger beruflicher Belastung leisten.

Nach einem von Frau Langhans (Verband Bildung und Erziehung) vorgetragenen Katalog von bereits vorgetragenden Wünschen, kritisierte der Sprecher der Schülervertretung Siegmund den Zwangscharakter des Sportunterrichts in der Oberstufe. Oberstufenschüler seien selbst in der Lage, für ihr körperliches Wohl zu sorgen. Weil Schülerinnen sexuell belästigt würden, sollten sie auch einen Mädchensportkurs wählen können. Aggressives Konkurrenzverhalten dürfe nicht durch Sportunterricht vermittelt werden. Für individuelle Sportarten sollten Arbeitsgemeinschaften an den Schulen eingerichtet werden.

Nach der ganztägigen Anhörung stellte Vorsitzender Hans Rohe (SPD) ein breites Interesse und Gemeinsamkeiten der Fraktionen beim Thema Schulsport fest.

Dierk-Henning Schnitzler, bisher Präsident der Wasserschutzpolizei Duisburg, ist neuer Polizeipräsident in Bonn. Das teilte ein Sprecher des nordrhein-westfälischen Innenministeriums mit. Der Jurist aus Duisburg hat die Nachfolge von **Michael Kniesel** (F.D.P.) angetreten, der im Juli als Staatsrat zum Innenminister nach Bremen gewechselt ist. Neuer Präsident der Wasserschutzpolizei in Duisburg ist **Wolfgang Tiebel**, bisher Personalchef beim Regierungspräsidenten Düsseldorf. Er ist damit für alle Wasserstraßen im Land zuständig.

Frauenausschuß: Existenzminimum für arbeitslose Frauen sichern

In der von Marie-Luise Morawietz (SPD) geleiteten Sitzung des Ausschusses für Frauenpolitik am 3. September wurde ein Antrag der GRÜNE-Fraktion, die Wohnungszuweisung für mißhandelte Frauen neu zu regeln (Drs. 11/4452) abgelehnt und der Grünen-Antrag, Menschenrechtsverletzungen an Frauen als Asylgrund anzuerkennen (Drs. 11/4568) wegen weiteren Beratungsbedarfs vertagt. Der SPD-Antrag, das Arbeitsförderungsgesetz wegen der Wirtschaftskrise zu ändern (Drs. 11/5245), wurde angenommen. Außerdem wurden Anträge von Grünen und CDU zum Angebot an Schwangerschaftsberatungsstellen und zur Sexualerziehung in der Schule als Beitrag zum Lebensschutz des Ungeborenen beraten.

Zum Problem der Wohnungsnot erklärte Frauenministerin Ilse Ridder-Melchers, oberste Dringlichkeit habe die Wohnungszuweisung für Frauen in Frauenhäusern. Sie kündigte eine Informationsbroschüre über die Rechtslage mißhandelter Frauen an. Marianne Hürten (GRÜNE) schlug eine Anhörung, Ruth Witteler-Koch (F.D.P.) ein Exper-

tengespräch vor. Brigitte Speth (SPD) äußerte Bedenken, betroffene Frauen öffentlich anzuhören, und hielt es für besser, erst die Maßnahmen des Ministeriums abzuwarten. Auch Regina van Dinther (CDU) sprach sich gegen eine Anhörung aus. Die von der SPD vorgeschlagene Änderung des Arbeitsförderungsgesetzes des Bundes hielt auch die Ministerin für dringend, da die Sätze für Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe unter das Existenzminimum zu sinken drohten. Die neuen Durchschnittsleistungen für Frauen bezifferte sie auf 1052 und 855 Mark pro Monat gegenüber 1600 und 1091 für Männer. Regina van Dinther (CDU) wies auf hohe Arbeitsbeschaffungsaufwendungen seit der Einheit und auf den Anspruch der Beitragszahler hin, nur Dinge zu finanzieren, die zum Ziel führten. Von den jährlich 300 000 Berufsrückkehrerinnen fänden sich 95 Prozent ohne Förderung zu recht. Brigitte Speth (SPD) hob die Erfolge der Regionalstellen Frau und Beruf hervor. In der 10. Novelle zum AFG sei der Eigenbeitrag auf 30 Prozent angehoben worden, die 11. Novelle bringe weitere Verschlechterung. Beim Tagesordnungspunkt „Auswirkungen

des Urteils des Bundesverfassungsgerichts zur Neuregelung des § 218 Strafgesetzbuch“ ging es um die Unsicherheiten bei der Finanzierung von legalen Schwangerschaftsabbrüchen. Marianne Hürten (GRÜNE) sah die drohende Schließung von Beratungsstellen voraus, die jetzt Ländersache seien. Regina van Dinther (CDU) erklärte, die CDU-Fraktion sei für ein Beratungsgesetz. Helga Giebelmann (SPD) sprach sich für eine möglichst baldige bundeseinheitliche Lösung aus. Ministerin Ridder-Melchers hielt das Beratungsangebot, das 483 anerkannte Ärzte einschließe, für ausreichend. Die Abstimmung wurde vertagt. Beim CDU-Antrag „Sexualerziehung in der Schule — ein präventiver Beitrag zum Lebensschutz des Ungeborenen“ störte Brigitte Speth der Titel. Für ein ganzheitliches Konzept zur Sexualerziehung, was auch Professor Renate Möhrmann (CDU) für wichtig hielt, konnte sie sich Gemeinsamkeiten vorstellen. Verhütung sei, sagte der Vertreter des Kultusministeriums, nur ein Teil. Es gehe um partnerschaftliches Verhalten und verantwortungsbewußten Umgang mit Sexualität.

Petitionsausschuß-Anhörung Kanalgebühren Nordeifel

Das Wortprotokoll einer Anhörung des Petitionsausschusses zur Eingabe der „Interessengemeinschaft Kanalgebühren Nordeifel/Bergisches Land“ vom 21. Januar 1993 im Kreishaus Euskirchen wurde den Ausschußmitgliedern in der Sommerpause zugestellt. An der Anhörung nahmen der Vorsitzende des Petitionsausschusses Karl Knipschild (CDU) sowie die örtlichen Abgeordneten Edgar Moron (SPD) aus Ertstadt, Franz-Josef Pangels (CDU) aus Erkelenz und Martin Stevens (SPD) aus Eschweiler teil. Durch ein Gutachten des Bundes der Steuerzahler mit deutlicher Kritik an der Höhe der Abwasser-Gebühren in einigen Kommunen in NRW, veröffentlicht Anfang August, erhielt der Anhörungs-Gegenstand neue Aktualität. Nachstehend einige Äußerungen aus der Anhörung.

Der Sprecher der Interessengemeinschaft Nelles: Wenn z. B. in einer Gemeinde von 1 000 bis 5 000 der chemische Sauerstoffbedarf von 150 auf 60 mg/l vom Regierungspräsidenten vorgeschrieben wird, sind wir der Meinung, daß das eine verschärfte Maßnahme ist, die nicht unbedingt sofort greifen muß. Wir gehen im Augenblick davon aus, daß diese verschärfte Maßnahmen so nicht durchzuhalten sind; dies vor allem deshalb, weil das Zuschußverfahren von 80:20% mittlerweile umgekehrt worden ist. Der Bürger zahlt inzwischen 80%. Das Land zahlt nur noch 20%.

Schleu (Adenthal): Ich kann das alles leider nicht so professionell wie Herr Nelles vortragen. Ich bin ein einfacher Bürger. Ich habe mich an den Petitionsausschuß gewandt, weil ich feststellte, daß man als Bürger ziemlich hilflos ist. Teilweise ist das zumindest der Fall. Die Behörden blocken ab. An die anderen kommt man nicht heran.

Schmidt (Hellenthal): Es gibt einiges, das wir oft nicht verstehen. Wir sind enttäuscht, wenn auf der einen Seite das Umweltministerium Pilotprojekte fördert — z. B. die Ab-

wasserableitung im ländlichen Raum — mit dem Ergebnis, daß unterschiedliche Kosten festgestellt worden sind. Weiterhin sind wir enttäuscht, wenn das Umweltministerium Fördermittel an eine Firma im Ruhrgebiet vergibt, um Nachrüstätze für Kleinkläranlagen zu entwickeln, die relativ preiswert sind, die sehr niedrige Ablaufwerte erbringen, das alles aber bei den Gemeinden nicht ankommt.

Die Mittelinstanzen spielen in unserem politischen System eine Rolle, die nirgends rechtlich festgelegt ist. Das Schlimme dabei ist, daß wir als Bürger zwischen diese Fronten geraten. Hier passiert nämlich etwas, was

dem demokratischen System und der Selbstverwaltung der Gemeinden nicht entspricht. Das ist nicht in Ordnung. Schneider (Hellenthal): Die ländliche Sozialdemokratie kommt auch in Düsseldorf nicht durch. Die Bürger fordern zu recht: Wer eine solch teure, gemäß den Verhältnissen überzogene Musik bestellt, der muß sie auch bezahlen. Das kann doch nicht von vernünftigen Denkern erdacht worden sein, die mit festen Beinen und Füßen auf dem Boden stehen. Das sind wahnsinnige Phantasterien, die einer Landesregierung des größten Wirtschaftslandes der Bundesrepublik Deutschland unwürdig sind.



Zu einem Erfahrungs- und Meinungsaustausch hielten sich die Mitglieder des Thüringer Landtags in Düsseldorf auf. Die Arbeitsweise der beiden Petitionsausschüsse standen ebenso im Vordergrund der Gespräche wie aktuelle Probleme der Thüringer Bürger. Die Gäste nahmen auch an der Sitzung des Petitionsausschusses des NRW-Landtags am 14. September teil. Vor der Sitzung stellten sich der Kamera v.l.: Charlotte Kann (SPD), Dr. Tamblé (Petitionsbüro), Dagmar Larisika-Ulmke (F.D.P.), Siegfried Martsch (GRÜNE), Eckehard Köbel und Werner Grünert (beide CDU, Mitglieder des Thüringer Petitionsausschusses), Karl Knipschild (CDU, Vorsitzender des NRW-Landtagsausschusses), Hans-Jörg Dannenberg (CDU, Thüringen), Annehanne Siepenkothen (CDU), Hans Rohe (SPD, stellvertretender Vorsitzender des NRW-Petitionsausschusses).

Auf Anregung des Haushaltsausschusses: Gewerbsteuer-Millionen und WFA-Rücklage als Einnahmen bereits im Nachtrag 1993

In der auf Wunsch des Ausschusses einberufenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses zwischen der zweiten und dritten Lesung des Nachtragshaushalts 1993 am 15. September ging es um die Etatisierung von 120 Millionen Mark gemäß der Ergänzung durch Auswirkungen bei der durch den Bund geänderten Gewerbesteuerumlage, um eine Erhöhung von Verpflichtungsermächtigungen zu Ausgaben für ein EG-Programm zur Umschulung von Bergleuten und um einen neuen Haushaltsvermerk, der es ermöglicht, den Kommunen aus dem Titel für Leistungen nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz auch Kosten nach dem Asylbewerberleistungsgesetz zu erstatten, das ab 1. November 1993 in Kraft tritt.

Derzeit sei zu erwarten, erläuterte der Finanzminister, daß die zur Erhebung der erhöhten Gewerbesteuerumlage erforderliche Rechtsverordnung der Bundesregierung so rechtzeitig in Kraft trete, daß eine rückwirkende Erhebung rechtlich zulässig sei. Daher könne dem Vorschlag aus dem Ausschuß gefolgt werden, den entsprechenden Einnahmeansatz um 120 Millionen zu erhöhen und die Kreditemächtigung um den gleichen Betrag abzusenken. Die CDU-Sprecher Schauerte und Bensmann äußerten ihre Zufriedenheit mit der Annahme des Vorschlags. SPD-Sprecher Trinius meinte: „Erfahrene Propheten warten die Ereignisse ab.“

Keine Einigung wurde über die Organisationsuntersuchung der Landtagsverwaltung erzielt. Die Fraktionen verwiesen auf ihre Stellungnahmen während der zweiten Lesung (Bericht Seite 6). Ernst-Martin Walsken (SPD) hielt die Einspeisung in den Haushaltsentwurf 1994 für möglich, wenn sich ein Gutachten als notwendig erweise.

Bei der Erhöhung der Verpflichtungsermächtigungen für das RECHAR-Programm bis 1995 als Voraussetzung für die Inanspruchnahme des EG-Programms blieb die Ursache der nachträglichen Maßnahme unklar. Dem entsprechenden SPD-Antrag stimmten alle Fraktionen zu, ebenso dem von der CDU beantragten Auskunftersuchen, die Landesregierung solle ausführlich darstellen, aus welchem Grund die Verpflichtungsermächtigungen bis 1995 für das mehrjährige Programm zur Umschulung von Bergleuten nicht im Nachtragshaushalt 1993 veranschlagt seien.

Bereits in der Schlußsitzung am 2. September hatte CDU-Abgeordneter Franz Riscop zwölf Millionen Mark aus der Sonderrücklage der Wohnungsbauförderungsanstalt im Nachtragshaushalt vermißt, die dem Wohnungsbau zugeführt werden sollten. Der Fi-

nanzminister sagte bereits in dieser Sitzung die Ansätze zu, und zwar in einer Höhe von 15 Millionen Mark. Eine rechtlich bindende Vereinbarung gebe es noch nicht, sie sei aber zu erwarten. Der geänderte CDU-Antrag wurde einstimmig angenommen und der Ausgabebetitel gesperrt.

Auf Antrag der SPD wurde der Haushaltsansatz „Zuschüsse zu den Personal- und Sachausgaben an die Träger von Selbsthilfegruppen“ um 400 000 erhöht, um die Arbeit der Frauenberatungsstellen zu sichern. Der Haushaltsausschuß folgte am 2. September auch der Empfehlung des Wirtschaftsausschusses, wegen der Kürzung des Bundesanteils an der Kokskohlenbeihilfe 1993 den Landesanteil um 13,8 Millionen Mark zu kürzen. Das habe, so wurde erläutert, nichts mit dem tatsächlichen Bedarf zu tun, der Betrag sei in den Folgejahren nachzuzahlen.

Den auf Antrag der SPD verbesserten Beförderungsmöglichkeiten bei der Polizei (1000 Beförderungsmöglichkeiten nach A8 und 625 nach A9 in mehreren Jahren) trug der Ausschuß mit Zustimmung der F.D.P. bei Enthaltung von CDU und GRÜNE durch Erhöhung des entsprechenden Ansatzes um 1,2 Millionen Mark im Nachtragshaushalt 1993 Rechnung, ebenso wie zuvor der Unterausschuß Personal.

Rund die Hälfte des 1,1-Milliarden-Mark-Nachtrags sind zusätzliche Leistungen des Landes im Rahmen des Solidarpakts. Dem Stellenabbau steht eine bessere Ausstattung mit Datenverarbeitung gegenüber, wofür in einer neuen Titelgruppe 20,7 Millionen Mark veranschlagt sind. Bei 7262 Planstellen in den Ressorts Innen und Justiz wurde das Eingangsamt des mittleren Dienstes angehoben. Für Kindergärten, Sozialhilfe, Kokskohlenbeihilfe und das REN-Programm für rationelle Energienutzung wurden rund 530 Millionen Mark nachveranschlagt.



Ein Erfolgserlebnis hatte der Haushalts- und Finanzausschuß des NRW-Landtags, hier bei einer auswärtigen Sitzung im Kreishaus Soest, bei den Beratungen zum Nachtragshaushalt 1993, als der Finanzminister seinen Anregungen folgte (v.l.): Hartmut Schauerte, Eckhard Uhlenberg (beide CDU), dahinter Franz Riscop (CDU) und Bernhard Take (Fraktionsreferent), Robert Schumacher, Ernst-Martin Walsken (beide SPD), dahinter Rudolf Wickel (F.D.P.), Reinhold Trinius, Lothar Niggeloh (beide SPD).

Nachteile...

Fortsetzung von Seite 13

ratungsangebot habe sich wesentlich verbessert, 41 landesgeförderte Einrichtungen hätten ländliches Einzugsgebiet. Überraschend sei die teilweise bessere Versorgung mit Kindergartenplätzen. Mobilität habe für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf besondere Bedeutung. Eingeschränktes Arbeitsplatzangebot und schlechtere Ausprägung des Dienstleistungssektors, aber auch fehlende Bereitschaft von Betrieben und Konzentration von Mädchen auf Frauenberufe verursachten höhere Arbeitslosigkeit. Eine eigene soziale Absicherung von Bäuerinnen sei dringend notwendig. Bedauernswert sei die geringe Anzahl von Frauen in Ausschüssen und Beiräten der Landwirtschaftskammern. Für den ländlichen Raum müßten Lösungen wie Kurzzeitpflege, Tagespflege, stationäre Pflegeplätze geschaffen werden. Nach Vorliegen der Studie zur Erwerbstätigkeit sei ein Frauenbericht Münsterland wünschenswert.

Ilka Keller (CDU) sprach von Äpfeln und Birnen in einem Korb bei der Großen Anfrage. Frauen im ländlichen Raum seien keine besondere Spezies. Zu unterscheiden sei aber zwischen Frauen, die auf dem Lande aufgewachsen seien und denen, die freiwillig hinzugezogen seien. Wegen geringerer Mieten und gesünderer Umwelt nähmen letztere gravierende Nachteile in Kauf. Die Grünen sähen das Problem einäugig ohne das europäische und internationale Umfeld. Agrarproduktion werde weiter reduziert, Weizen aus NRW sei auf dem Weltmarkt nicht sowenig gefragt wie Kohle und Stahl. Im nichtöffentlichen Giftschrank gebe es schockierende Zahlen. Mit der Agrarsozialreform von Juni d. J. regelte die Bundesregierung die soziale Absicherung der Frauen in der Landwirtschaft. In NRW lebten drei Millionen Frauen auf dem Lande. Ihnen müsse eine neue Perspektive gegeben werden.

Friedel Meyer (F.D.P.) betonte, ohne Frauen sei ein landwirtschaftlicher Betrieb kaum erfolgreich zu führen. Auch in Zukunft hänge viel von ihrem Einsatz ab. Die Antwort auf die Grünen-Anfrage komme der Rolle der Frau in qualitativer Hinsicht nicht nach. Ausweichen und Verweigern werde besonders deutlich bei Formulierungen wie „will“ und „soll“. Wann, wie und womit etwas geschaffen werden solle, sei die Frage. Nach der Bonner Agrarsozialreform bekämen die Bäuerinnen ab 1. Januar 1995 eine Erwerbsunfähigkeitsrente, gleich hohe Altersrente wie der Mann und eine bessere Hinterbliebenenversorgung. Der Beitragsanstieg werde durch Zuschüsse aufgefangen, Beiträge der Leistungsfähigkeit der Betriebe besser angepaßt.

Ilse Ridder-Melchers (SPD), Ministerin für die Gleichstellung von Frau und Mann, dankte dem Vorredner für das Lob der Frauenarbeit auf dem Land. Diese seien nicht die Stieftöchter der Landespolitik, im Gegenteil. Die Antwort auf die Große Anfrage mache deutlich, daß sich die Lebensverhältnisse weitgehend angeglichen hätten. Die Probleme seien grundsätzlich nicht anders als die der Frauen in den Städten. Die Förderpolitik der Landesregierung habe zur Abfederung bei strukturellen Anpassungen beigetragen. 1985 bis 1990 seien 18,2 Milliarden Landeszuweisungen in den ländlichen Raum geflossen. Landfrauen wollten eine gute Ausbildung, Berufstätigkeit und einen vernünftigen Rahmen für Beruf und Familie.

Gesundheitsausschuß informiert sich über die Schweizer Drogenpolitik

Gesellschaftliche Früherkennung stärkt Erfolg von Strategien gegen die Sucht

Der Ausschuß für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge beschäftigt sich seit einiger Zeit, unter anderem auf der Grundlage eines Antrags der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, mit möglichen neuen Wegen in der Drogenpolitik. Der Ausschuß hat zum Thema zu Beginn des Jahres eine Anhörung durchgeführt, aus der sich zahlreiche Fragestellungen ergeben haben. Sie boten den Anlaß für die Informationsreise einer Kommission des Ausschusses unter der Leitung des Vorsitzenden, Bodo Champignon (SPD) in die für ihre liberale Drogenpolitik bekannten Länder Schweiz und Niederlande. Das Programm sah Gespräche mit den jeweiligen Drogenbeauftragten und Therapieeinrichtungen, mit Hilfeeinrichtungen, aber auch mit Betroffenen vor. Stationen der Reise waren die Städte Basel und Zürich sowie Amsterdam, Rotterdam und Den Haag.

Die Drogenpolitik in der Schweiz beruht auf den Eckpfeilern Prävention, Überlebenshilfe, Therapie und Repression. Das Thema „Prävention“ stand im Mittelpunkt des ersten Gesprächs während der Reise in der Prophylaxestelle der Stadt Basel. Prävention ist in der Schweiz eine in kantonaler Verantwortung liegende Aufgabe; in Basel ist die zuständige Stelle Teil des Jugendamtes, das allerdings, anders als bei uns, in die Vormundschaftsbehörde eingebettet und damit Teil des Justizdepartements ist. Sie verfügt über 3,5 Personalstellen und wird in der Regel projektbezogen gefördert. Die Aufgabenstellung der Prophylaxestelle umfaßt die Beratung von zum Beispiel Eltern oder Lehrkräften, ein umfassendes Bildungsangebot für Multiplikatoren, in erster Linie wieder für Lehrkräfte, die Zusammenarbeit mit anderen Institutionen (etwa Jugendarbeit und Polizei) und schließlich eine intensive Öffentlichkeitsarbeit.

Ausgangsbasis für die Arbeit ist die Definition der Ursachen von Sucht. Die Prophylaxestelle geht dabei von einem Zusammenspiel verschiedener Faktoren aus: Entwicklungssozialisation, aktuelle Lebenssituation und Verfügbarkeit sowie Attraktivität von Suchtmitteln aus. Während in der gesellschaftlichen Beurteilung die legalen Drogen eher toleriert und die illegalen Drogen stärker sanktioniert werden, wird im Rahmen der Prävention diese Trennung vermieden; in die Kategorie „Suchtmittel“ werden folglich nicht nur die legalen Drogen, sondern auch die Eßstörungen, bedenkliches Computer- und Videoverhalten, die Spiel- und schließlich die Arbeitssucht einbezogen. Das Ziel der Arbeit ist die Vermeidung der Suchtbildung und die Förderung der psycho-sozialen Gesundheit; dabei steht nicht die Abschaffung des Drogenkonsums im Vordergrund, sondern die Erziehung zum Verzicht. Die Prophylaxestelle der Stadt Basel hat im Rahmen ihrer langjährigen Arbeit erfahren, daß dabei suchtmittelspezifische Strategien in der Regel zu kurz greifen, sondern sehr viel früher, und zwar bereits an den gesellschaftlichen Bereichen angesetzt werden muß, die vordergründig noch keinen Zusammenhang mit der Drogensucht darstellen.

Die Überlebenshilfe, das zweite Standbein der Baseler Drogenpolitik, bildete den Schwerpunkt des Gesprächs mit dem Drogenkoordinator Thomas Kessler. Er erläuterte die seiner Auffassung nach wichtigste Voraussetzung für die rationale Drogenpolitik in Basel: Es gibt keine ideologischen oder parteipolitischen Differenzen mehr, sondern einen Konsens zwischen der Regierung, der Verwaltung und der Fachwelt. Allerdings übersah er auch nicht die vergleichsweise

günstigeren Rahmenstrukturen in einem Stadtkanton wie Basel. Die Stadt zählt zwischen 1500 und 2000 Drogenabhängige, von denen etwa ein Drittel „unauffällig“ weil berufstätig und sozial integriert, ein Drittel gefährdet und schließlich ein Drittel kriminell und verwahrlost ist. Die Ursachen für die vergleichsweise hohe Suchtanfälligkeit in der Schweiz sah Kessler in der Mentalität der Bevölkerung, dem hohen Anpassungsdruck und der starken Reglementierung und schließlich in den hinzugekommenen aktuellen Problemen (Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot). Die Stadt stellt den Drogenabhängigen ein Maximum an Hilfe zur Verfügung, erwartet aber dafür eine besondere Verantwortungsbereitschaft der Betroffenen.

Ein Ergebnis dieser Arbeit „auf Gegenseitigkeit“ sind die sogenannten „Gassenzimmer“, in denen die Abhängigen betreut und beraten werden, wo sie sich in einem besonderen Raum spritzen können und wo Spritzen ausgegeben oder umgetauscht werden, wo der Verkauf von Drogen aber unzulässig ist. Die Abstinenz ist auch in Basel nach wie vor das entscheidende Ziel, allerdings seien die Wege bis dahin vielfältig und kompliziert; in diesem Zusammenhang sei die Überlebenshilfe unbedingte Voraussetzung für den Ausstieg. Vor diesem Hintergrund wird auch die kontrollierte Abgabe von Drogen an etwa 850 Abhängige gesehen. Neben den niedrigschwelligen Methadonprojekten wird in Basel seit kurzem die kontrollierte Heroinab-

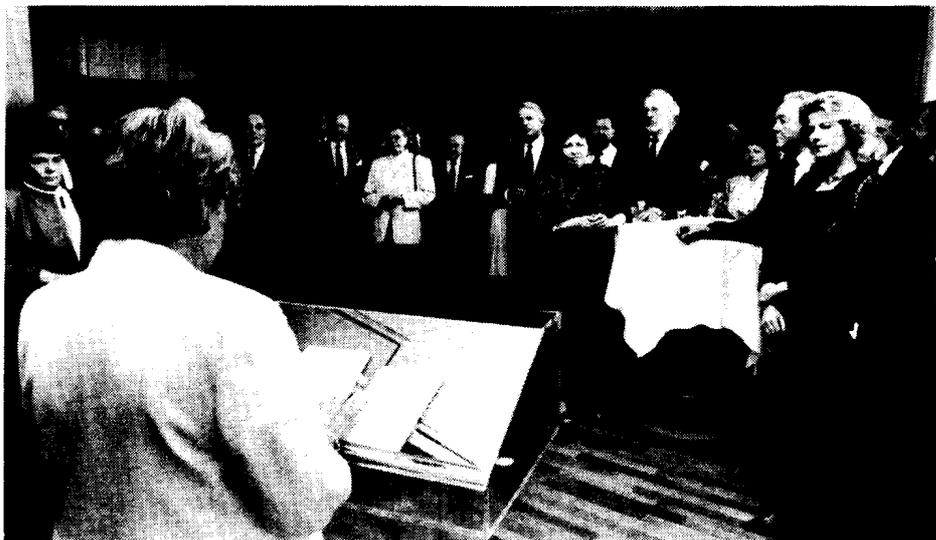
gabe, allerdings unter strenger wissenschaftlicher Überwachung und nur für besondere Personengruppen, etwa Prostituierte, erprobt.

Das Ergebnis der bisherigen Methadonprojekte stellte Professor Ladewig, Leiter der psychiatrischen Universitätsklinik in Basel, fest, daß zwar nicht alle Patienten letztlich abstinent werden, daß sich die medizinischen Konflikte verringert haben, daß die Rate der HIV-Infizierten rückläufig ist und daß schließlich auch die Kriminalitätsrate und die Prostitution abgenommen haben. Angesprochen auf die Frage der nach wie vor hohen Zahl an Drogentoten erläuterte Ladewig, daß dies unzweifelhaft ein Beleg für das massive Drogenproblem in der Schweiz sei; viele Todesfälle seien aber auf die jetzt sterbenden Aids-Kranken zurückzuführen, während die Zahl der unmittelbaren Drogentoten gleich geblieben sei. Es stehe daher nicht mehr allein die Drogenfreiheit im Vordergrund, sondern auch die Vermeidung von neuen HIV-Ansteckungen.

Seit kurzer Zeit wird in Basel ein auf 30 Tage beschränkter ambulanter Methadonentzug erprobt, und zwar insbesondere für die Jugendlichen „Folienraucher“ (Rauchen von Heroin), die ein neues Problem darstellen. Im Rahmen des Programms wird versucht, den Jugendlichen innerhalb von 30 Tagen im Rahmen eines sehr niedrigschwelligen Angebotes den Ausstieg zu ermöglichen. Für Entzugswillige stehen insgesamt 200 Plätze pro Jahr zur Verfügung; an die durchschnittlich zehntägige Behandlung können sich unterschiedliche Folgetherapien anschließen, zum Beispiel der Wechsel in eine stationäre, sechs- bis achtwöchige Behandlung, die Therapie in einer Langzeiteinrichtung oder aber die Behandlung in einer Drogenhilfeeinrichtung wie dem „Drop-in“. Die Zahl der eigentlichen Entzugsplätze sei relativ gering, reiche aber trotzdem aus, weil durch die auf die unterschiedlichen Bedürfnisse der Betroffenen zugeschnittenen Methadonprojekte einen möglichst frühen Einstieg in den Ausstieg ermöglichen.

Die Drogenpolitik in Zürich unterscheidet sich im Grundsatz der vier Handlungsfelder

Fortsetzung Seite 22



Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe (vorne) hat wie in den Vorjahren auch in diesen spätsommerlichen Tagen wieder das Konsularische Korps in den Landtag eingeladen. Nach der offiziellen Begrüßung in den Amtsräumen der Präsidentin nahmen die konsularischen Vertreterinnen und Vertreter mit ihrem Doyen, dem türkischen Generalkonsul Bozkurt Aran, an einem Empfang im Landesparlament teil. Foto: Schüler

Ausschußvorsitzender schreibt an Bundesministerin:

„Ex-Bergleuten nicht automatisch Darlehen kündigen“

Der Ausschuß für Städtebau und Wohnungswesen hat sich in seiner Sitzung am 1. September dafür ausgesprochen, eine Änderung der Verwaltungspraxis in den Fällen geförderter Eigentumsobjekte bei freiwilliger Abkehr Bergbauangehöriger vom Bergbau herbeizuführen. Vorsitzender Volkmar Schultz (SPD): „Einzelne Problemfälle dieser Art sind in den vergangenen Wochen bereits an den Ausschuß herangetragen worden. Dies deutet darauf hin, daß das Problem schon bald wachsende Bedeutung bekommen kann und einer Lösung bedarf.“

Für Schultz war dieser Umstand Anlaß, einen Brief an die Bundesbauministerin zu schreiben. In diesem Brief wird darauf hingewiesen, daß nach Paragraph 5 Absatz 2 des Bergarbeiterwohnungsbaugesetzes (Berg-ArbWoBauG) bei Bewilligung von Mitteln des Bergarbeiterwohnungsbaus für Eigentumsobjekte die „Zweckbindung in geeigneter Weise auf einen angemessenen Zeitraum, jedoch nicht über zehn Jahre hinaus“, sicherzustellen ist. Das Gesetz spricht somit auf der einen Seite von einem „angemessenen“ Zeitraum und legt auf der anderen Seite eine Höchstgrenze von zehn Jahren fest. Im Bewilligungsbescheid und in den Darlehensverträgen ist aber jeweils der gesetzliche Höchstzeitraum zugrundegelegt worden, ohne daß Ausnahmeregelungen vorgesehen sind.

Trotz des Hintergrundes der Verschlechterung der Rahmenbedingungen im Bergbau gehe die Praxis der Darlehensverwaltung im Bergarbeiterwohnungsbaus auf Weisung des Bundesbauministeriums unverändert davon aus, daß bei freiwilliger Abkehr Bergbauangehöriger vom Bergbau die für Eigenheime und für Eigentumswohnungen gewährten Mittel des Bergarbeiterwohnungsbausvermögens zu kündigen sind.

Das heißt also, daß von dieser Kündigung Bergbauangehörige betroffen sind, die auf eigene Initiative den Bergbau verlassen, weil sie einen anderen, ihnen sicherer erscheinenden Arbeitsplatz gefunden haben, bevor für ihren Arbeitsplatz im Bergbau ein Teil-

oder Vollstilllegungsbeschluß gefaßt wurde. Der Ausschuß ist der Auffassung, daß künftig in diesen Fällen immer dann auf eine Kündigung der gewährten Darlehen verzichtet werden sollte, wenn eine aktuelle Einkommensprüfung ergibt, daß die betroffenen Familien nach wie vor innerhalb der Einkommensgrenzen des Ersten und Zweiten Förderweges liegen.

Da im Bergbau der Abbau von Arbeitsplätzen auf der Tagesordnung steht, liegt die Initiative derartiger Abkehrer im allgemeinen Interesse des Bergbaus. Die Abkehrer werden dies sicherlich ebenso beurteilen und aufgrund der öffentlichen Diskussion in aller Regel der Meinung sein, daß ihre Schutzbedürftigkeit durch die Bundes- und Landesregierung gesehen und ihre Eigeninitiative nicht noch durch Sanktionen nach dem Bergarbeiterwohnungsbaugesetz geahndet wird. Dieser Eindruck läßt sich ohne weiteres in Gesprächen mit betroffenen Bergbauangehörigen gewinnen. Die Betroffenen rechnen einfach nicht damit, daß aus ihrer Eigeninitiative darlehensrechtliche Konsequenzen entstehen.

Die Ausschußmitglieder sind der Auffassung, daß die gesetzliche Regelung in Paragraph 5 Absatz 2 BergArbWoBauG einer flexibleren Handhabung mit Verzicht auf die Kündigung in solchen Fällen nicht entgegensteht. Das Gesetz setzt den Zeitraum von zehn Jahren nur als Höchstgrenze fest und läßt im übrigen eine Zweckbindung für einen angemessenen Zeitraum zu. Angesichts der heutigen Situation im Bergbau vertritt der Ausschuß die Auffassung, daß als angemessener Zeitraum auch ein Zeitraum angesehen werden kann, der — weil im allgemeinen Interesse des Bergbaus — mit einer freiwilligen Abkehr vom Bergbau endet.

Dem Ausschuß ist bekannt, daß aus dem Bundesbauministerium angeboten worden ist, Einzelfälle nach den Paragraphen 58 und 59 des Haushaltsgesetzes zu überprüfen, wenn besondere Notlagen vorliegen. Es sei zwar begrüßenswert, daß von dort dieses Angebot in der Vergangenheit gemacht worden ist, für die Zukunft sollte jedoch eine generelle Regelung getroffen werden, die eine Darlehenskündigung für die Betroffenen von vornherein dann ausschließt, wenn sie in den oben genannten Einkommensgrenzen liegen, heißt es abschließend im Brief des Ausschußvorsitzenden.

Drogenpolitik ...

(Fortsetzung von Seite 21)

kaum von der Baseler Drogenpolitik, allerdings schilderte Attilio Stoppa, der kantonale Drogendelegierte, die Ausgangslage als nicht so übersichtlich wie in Basel; darüber hinaus beklagte er einen Mangel an Streit- und Diskussionskultur. In Zürich stellt sich in besonderer Weise das Problem der „offenen Szene“, die Ergebnisse der dichten Besiedlung und der verhältnismäßig guten Verkehrserschließung sei. Gerade vor dem Hintergrund der Szene sei das gemeinsame Konzept aller Gemeinden im Kanton Zürich von besonderer Bedeutung; die Maßnahmen im einzelnen: begleitetes und betreutes Wohnen, Tagesstrukturen und niederschwellige Arbeitsprogramme, Nachtangebote, begleiteter Mittagstisch, Ausbau der psychosozialen Betreuung und Abgabe von Spritzen in Apotheken und Drogerien. Darüber hinaus bietet der Kanton Zürich für etwa 3000 Patienten Methadonprojekte auf verschiedenen Schwellen an. Die Zahl der Drogenabhängigen wird in Zürich auf 2- bis 4000 geschätzt (in der Schweiz insgesamt 20- bis 25000), von denen sich je nach Tageszeit zwischen 600 und 1500 in der „offenen Szene“ aufhalten. Ein vordringliches Ziel der Züricher Drogenpolitik ist daher die Aufhebung dieser Szene. Neben der Bereitstellung von Überlebenshilfen und Entzugsplätzen, der Verstärkung der Präventionsarbeit und der Einschränkung des Handels und der Kriminalität betreibt die Stadt Zürich seit einiger Zeit eine Rückführungspolitik der außerstädtischen Drogenabhängigen. Auswärtige Abhängige werden nicht mehr in Notschlafstellen oder Tageseinrichtungen akzeptiert und erhalten nur im Krankheitsfalle die notwendige Unterstützung. Sie werden über ein Ermittlungs- und Rückschaffungs-zentrum wieder ihrer Heimatgemeinde zugeführt.

Der Leiter des Gesundheits- und Wirtschaftsamt der Stadt Zürich, Herr Nigg, verbindet mit dieser Maßnahme die Hoffnung, daß sich auch die übrigen Gemeinden stärker ihrer Verantwortung in der Drogenpolitik stellen. Grundlage für das Rückführungsprogramm ist die Arbeit der dezentralen Drogenhilfe der Stadt, die seit zwei Jahren an der flächendeckenden Schaffung von Drogeneinrichtungen im gesamten Kanton arbeitet. Professor Dr. Uchtenhagen, Leiter des Sozialpsychiatrischen Dienstes der Universitätsklinik hält eine engere Zusammenarbeit von Stadt und Kanton für unverzichtbar; zwar müssen Städte und Gemeinden zwangsläufig unterschiedliche Handlungskonzepte entwickeln, diese müßten aber langfristig koordiniert werden. Uchtenhagen faßte zusammen, daß die Drogenpolitik in der Schweiz eine Querschnittsaufgabe ist, sie ist einbezogen in die Jugend-, in die Familien-, in die Gesundheits- und schließlich auch in die Beschäftigungspolitik. Zur Frage des Erfolgs der Methadonprojekte räumte Uchtenhagen ein, daß die ursprünglichen Ziele nicht völlig erreicht worden seien, die Programme aber gleichwohl unverzichtbar seien, weil auf diesem Weg viele Abhängige für weitere Behandlungen erreicht werden können. Im übrigen müßten die Betroffenen im Vordergrund stehen; es gehe darum, die vorhandenen Programme zwar auch dahingehend zu überprüfen, ob sie den Zielen entsprechen, aber ob sie vor allem noch den Betroffenen gerecht werden.

(Fortsetzung folgt)



Wer freiwillig auf seinen Arbeitsplatz verzichtet und damit einen persönlichen Beitrag zur Milderung der strukturellen Krise im Bergbau leistet, wird bislang mit der Kündigung der Darlehen „bestraft“, wenn seine Wohnung mit Mitteln des Bergarbeiterwohnungsbaus gefördert worden ist. — Unser Archibild zeigt eine Zechensiedlung, wie sie für das Ruhrgebiet typisch ist.

Modell für das Land? Arbeitskreis geht Gewalt unter Jugendlichen nach

In mehreren Sitzungen hatte die Arbeitsgruppe „Förderung von ausländischen Jugendlichen und Aussiedlerkindern“ die Konzeption der Landesregierung zu Maßnahmen und Initiativen gegen Ausländerfeindlichkeit beraten und darüber hinaus konkrete Einblicke in die Projektarbeit verschiedener Träger vor Ort gewonnen. Parallel, aber nicht isoliert von diesem Themenkomplex, behandelt der Landtag verschiedene Anträge, die sich mit der Gesamtproblematik „Gewalt“ auseinandersetzen.

Um Gewalt an Schulen ging es in der ersten Sitzung der Arbeitsgruppe „Förderung von ausländischen Jugendlichen und Aussiedlerkindern“, die unter Vorsitz von Jürgen Schaufuß (SPD) ihre Arbeit nach der parlamentarischen Sommerpause fortsetzte. Die Regionale Arbeitsstelle für Ausländerinnen und Ausländer (RAA) in Oberhausen stellte dabei ihr „Netzwerk zur Förderung sozialer Fähigkeiten“ vor. Günter Lippke (RAA Oberhausen) trug vor, Anfang 1992 habe sich auf örtlicher Ebene der Arbeitskreis „Jugendorientierung“ konstituiert, in dem kontinuierlich das Jugendamt, Schulleiter/innen aller Schulformen, die RAA und eine Ermittlungskommission der Polizei zusammenarbeiten. Eltern seien ebenfalls in die Arbeit des Gremiums eingebunden. Ziel des Arbeitskreises, der zur Zeit etwa 100 Mitglieder hat, sei es, allen Interessierten, bei Erscheinungen im Zusammenhang mit Gewalt, die Möglichkeit zu bieten, ihre Erfahrungen auszutauschen, konkrete Fallstudien zu betreiben, Konzepte zu entwickeln und allgemein jugendfördernde Arbeit vernetzt zu ermöglichen. Dabei sollten die Ursachen von Gewalt bei Jugendlichen nicht unbeachtet bleiben, die auf veränderte Sozialisationsbedingungen, gesellschaftliche Auflösungsprozesse und nicht zuletzt auf Desorientierung durch „Spielraumerweiterung“ oder Einengung zurückgeführt wurden. Vorrangigstes Gebot bei allen Maßnahmen sei die Prävention. Dies hätten Erkenntnisse aus zurückliegenden Aktivitäten deutlich gezeigt.

Karl Rieforth, Leiter einer Hauptschule, berichtete aus der täglichen Schulpraxis. Er betonte, die Zusammenarbeit der öffentlichen Institutionen habe sich verbessert. Sie finde zwischen Schule und Polizei problem- und sachorientiert unter Wahrung des Datenschutzes statt. Auch habe sich als richtig und hilfreich erwiesen, Kinder nicht sofort als Täter, sondern zunächst als Opfer anzusprechen und Orientierungshilfen anzubieten. In die Präventivmaßnahmen des Arbeitskreises seien auch Grundschulen deshalb mit eingebunden, weil dort Erpressung, Bedrohung und ähnliches häufig an der Tagesordnung sei.

Kultusminister Hans Schwier (SPD) begrüßte die Bereitschaft zur Zusammenarbeit in dem Verbund „Netzwerk“. Es müsse aber noch Allgemeinerkenntnis werden, daß Schule die Probleme nicht allein lösen könne. Auch sei es nicht hilfreich, alles durch Erlasse zu regeln. Ihm schein deshalb das vorgestellte Modell der richtige Weg zum Erfolg zu sein. Brigitte Schumann (GRÜNE) lobte die insti-



Mit dem Verdienstkreuz 1. Klasse des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland ist die CDU-Abgeordnete und Vorsitzende des Kulturausschusses im Landtag, Hildegard Matthäus, ausgezeichnet worden. Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe übergab den vom Bundespräsidenten verliehenen Orden in einer Feierstunde. Frau Friebe betonte in ihrer Laudatio, mit der Verleihung würden langjähriges Wirken und die dadurch erworbenen Verdienste erneut und auf besondere Weise anerkannt. Die Präsidentin zählte Frau Matthäus zu den „routinierten Politikerinnen des Hauses“. Bereits 1980 sei sie in den Landtag eingezogen. Seit diesem Zeitpunkt gehörten zu ihren Tätigkeitsschwerpunkten die Schul- und Weiterbildungspolitik sowie die Kulturpolitik. Die Liebe zur Kultur präge auch einen Teil ihres Privatlebens. Die Präsidentin berichtete weiter, im nächsten Jahr gehöre Frau Matthäus 30 Jahre dem Rat der Stadt Oberhausen an. Das Bild zeigt v.l. Landtagsvizepräsident Ulrich Schmidt, Kultusminister Hans Schwier (SPD), Ingeborg Friebe, Jürgen Schaufuß (SPD), Frau Matthäus sowie den CDU-Fraktionsvorsitzenden Dr. Helmut Linssen.
Foto: Schüler

tutionelle Zusammenarbeit, die noch auf andere öffentliche Stellen ausgedehnt werden könne. Sie forderte strukturelle Verbesserungen auch im außerschulischen Bereich, etwa auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt. Hier sehe sie noch Defizite.

Auch Andreas Reichel (F.D.P.) fand die Darstellungen eindrucksvoll und nachvollziehbar. Ihn interessierte darüber hinaus die Frage, wo und wie die Strukturen innerhalb der gesellschaftlichen Grenzen in diesem Zusammenhang unter Einbeziehung eines „selbstbewußten Umgangs mit dem Datenschutz“ zu verbessern seien.

Beatrix Philipp (CDU) fragte nach, wie die Konzeption Eltern ausländischer Kinder nahegebracht werde, die von anderen Vorstellungen und Werten ausgingen, und bei denen größtenteils Unsicherheit bestehe.

Schulleiter Rieforth ergänzte, auch die Eltern ausländischer Kinder würden im Präventivbereich mit eingebunden. Der Anteil der Ausländer an Gewaltakten, der früher sehr hoch gewesen sei, gehe ständig zurück. Ausländische Kinder litten ohnehin verstärkt unter Orientierungslosigkeit, weil ihr kultureller Hintergrund zerbreche. Die ursprünglich geplante Rückkehr in die Herkunftsländer finde nicht statt, Traditionsbegriffe blieben unausgefüllt. Ausländische Mädchen seien in Oberhausen im Zusammenhang mit Gewaltdelikten weder aus Ausübende noch als Erleidende in Erscheinung getreten. Insbesondere türkische Mädchen würde ihre Frustration „nach innen leiden“. Orientierungslosigkeit und Gewalt an Schulen seien zugleich auch mit der Frage der wohnortnahen Aufenthaltsmöglichkeiten verbunden. Initiativen und Impulse der Politik könnten mit dazu beitragen, hier Verbesserungen zu erreichen.

Der Vorsitzende der Arbeitsgruppe sprach

den Gesichtspunkt der Übertragbarkeit der vorgestellten Konzeption auf andere Städte an. Er bat zu überlegen, wie die Kenntnis über das Modell im Lande vervielfältigt werden könne. Kultusministerium und Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales wären sicher bereit, dies entsprechend zu unterstützen.

Einschulungshilfen werden seit Jahren aus Mitteln des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales bezuschußt. Sie sollen ausländischen Kindern den Einschulstart erleichtern, wenn sie keinen Platz im Kindergarten erhalten können. Nachdem vier Jahre die zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel nicht ausgeschöpft wurden, reichte in diesem Jahr der Mittelansatz nicht aus, um den Bedarf abzudecken. Martina Kleinewegen (RAA Essen), die der Arbeitsgruppe zur Problematik der Einschulungshilfen berichtete, sah einen Teil der Ursachen in ungünstigen organisatorischen Rahmenbedingungen. Sie wies noch einmal auf die Wichtigkeit des Ausbaus von Kindergartenplätzen hin und riet, auf die Träger einzuwirken, frühzeitig die vorhandenen Plätze entsprechend der Quote ausländischer Bevölkerung im Wohngebiet zu vergeben.

Die RAA unterstrichen die Notwendigkeit der Fortführung von Einschulungshilfen und ihre Bestandssicherung durch Bereitstellung der nötigen Haushaltsmittel und organisatorische Verbesserungen solange, bis die Versorgung ausländischer Kinder im Regelbereich gewährleistet sei. Man plädiere für die Rückversetzung der Einschulungshilfen in den ursprünglichen Stand mit Schulbegleitungsphase als tatsächliche Brückenmaßnahme mit vorschulischem und schulbegleitendem Teil. Eine Mittelkürzung dieser langjährig bewährten, pädagogischen Maß-

(Fortsetzung Seite 25)

Deutsch-israelische Beziehungen müssen ausgeweitet werden

Im Frühjahr ist eine Kommission des Ausschusses für Kinder, Jugend und Familie nach Israel gereist, um sich über den deutsch-israelischen Jugendaustausch, aber auch über die Probleme der Integration von zugewanderten Familien zu informieren. Stationen der Reise waren neben Tel Aviv, Haifa und Jerusalem die Einwandererstadt Karmiel und das Drusendorf Julis im Norden des Landes sowie die Golan-Höhen.

Der Staat Israel ist mehr als andere Länder ein klassisches Einwandererland und dies nicht als Begleiterscheinung, sondern als eines der wesentlichsten Staatsziele. Die ersten Siedler, die sogenannten Pioniere, kamen bereits Ende des 19. Jahrhunderts nach Palästina. Sie gründeten die noch heute existierenden Gemeinschaftssiedlungen — die Kibbuzim und die Moshavim, die nicht nur ideologisch als die einzige Grundform gesellschaftlichen Lebens ihre Bedeutung haben, sondern vermutlich unter den damaligen Bedingungen die einzige mögliche Überlebensform darstellten. Auch heute spielen die 270 Kibbuzim mit ihren rund 125 000 Mitgliedern (etwa 2,7 Prozent der Gesamtbevölkerung) eine wichtige Rolle, die unter anderem an ihrem wirtschaftlichen Beitrag an der Gesamtproduktion des Lan-

deckerzeugnisse, Herstellung von Elektrofahrzeugen für Krankenhäuser und Fabriken, Spedition, Computerbranche, Filmproduktion. Der Agrarsektor, hauptsächlich Plantagen (Bananen) erbringt einen Anteil von zwölf Prozent. Afikim verfügt über Betreuungseinrichtungen für die Kleinkinder und seit 1942 über eine Grundschule, die auch den Kindern des Nachbarkibbuz zur Verfügung steht. Wie in jedem Kibbuz bilden die Oberschüler einen eigenen Bereich mit eigenem Entscheidungsgremium und erbringen an einem Tag der Woche ihre Arbeit in einem der Wirtschaftsbereiche.

Die Idee einer christlichen Siedlung in Israel ist Ende der 50er Jahre entstanden. Im Mai 1960 beschlossen Theologen und christliche Geschäftsleute aus den Niederlanden, der Schweiz, aus Deutschland und den USA in Amsterdam die Gründung von Nes Ammim. Nes Ammim, was wörtlich übersetzt „Zeichen für die Völker“ bedeutet, will durch Begegnungen mit dem jüdischen Volk in Israel, durch Bereitschaft mit ihnen zu leben und zu arbeiten, durch die Förderung des gegenseitigen Verständnisses im Dialog einen praktischen Beitrag zur Versöhnung zwischen Christen und Juden leisten. Nes Ammim versteht sich als Stätte der Begegnung zwischen Juden und Christen aus aller Welt.

Zur Erleichterung der Rückkehr erhalten die Kinder in jedem Fall nach dem Schulunterricht muttersprachlichen Unterricht in der Siedlung. Zur Zeit leben in Nes Ammim 120 Menschen aus sieben Ländern. Einer der wichtigsten Wirtschaftsbetriebe der Siedlung ist die Rosenzucht.

Die Kibbuzim erfüllen auch heute noch eine wichtige Aufgabe im Staat Israel. So leisten sie zum Beispiel auch ihren Anteil an der Integration der Rückkehrer, übernehmen etwa Patenschaften oder bieten Sprachkurse an. Die Herausforderung für den gesamten Staat ist jedoch ungleich höher. Mit der Auflösung der UdSSR hat sich die Zahl der Rückkehrer wieder deutlich erhöht, hinzu kommen zahlreiche Juden aus Äthiopien; zwischen Januar 1990 und Juli 1991 zählte Israel 310 000 Neuankömmlinge, davon allein 273 000 aus der ehemaligen UdSSR. Die Zahlen der neuen Bürgerinnen und Bürger sind in Relation zu der bereits im Land lebenden Bevölkerung gewaltig, aber Akzeptanzprobleme gibt es — zumindest bei der jüdischen Bevölkerung — nicht: Jeder Jude und jede Jüdin ist willkommen, weil Israel ihre Heimat ist. Die Delegation hat mit dem Besuch der Stadt Karmiel eine typische Einwandererstadt im Norden des Landes und deren Probleme kennengelernt. Nachdem man zunächst die Neuankömmlinge in „länderseparaten“ Wohnblocks untergebracht hat, wurde in Karmiel ein neues Konzept umgesetzt. Die Bevölkerung Karmiels besteht zur Hälfte aus „Altbewohnern“, was nach Auffassung der Stadtverwaltung die Integration der neuen Bewohner aus insgesamt 39 Ländern bedeutend verbessert hat. Die Stadt Karmiel, mit deren Aufbau 1964 begonnen wurde, ist in den vergangenen vier Jahren um das Doppelte gewachsen; während Anfang der 90er Jahre die Bevölkerung noch 18 000 Einwohner zählte, sind es heute 35 000; infolgedessen prägen zahlreiche Wohnbaumaßnahmen das Stadtbild. Wie immer, bereitet die Integration der Kinder die geringsten Schwierigkeiten. Problematischer ist da schon die berufliche Situation der Erwachsenen. Viele haben entweder eine nicht vergleichbare Ausbildung oder aber verfügen über einen Beruf, der in Israel bereits sehr zahlreich vertreten ist. So kommen aus der ehemaligen UdSSR überproportional viele Ärzte oder Musiker, für die kaum ausreichende Beschäftigungsmöglichkeiten zur Verfügung stehen. Erschwert wird die Situation der Ärzte noch dadurch, daß ihre Qualifikation nicht mit den israelischen Anforderungen standhalten kann und sie daher zunächst eine etwa einjährige Nachqualifikation erfüllen müssen. Bereits bei der Planung der „Einwanderungsstädte“ wird die Schaffung eines entsprechenden Arbeitsplatzangebotes berücksichtigt. Mittlerweile leben in Israel rund fünf Millionen Menschen aus über 80 Ländern unterschiedlicher ethnischer, kultureller und religiöser Zugehörigkeit, 81,8 Prozent davon sind Juden. Heute ist die Zahl der arabischen Israelis auf rund 600 000 angewachsen. Zur arabischen Bevölkerung gehören ferner die Drusen, eine seit der Abkehr vom Islam im 11. Jahrhundert verfolgte Minderheit im Nahen Osten. Von den heute rund 300 000 Drusen im Nahen Osten, leben schätzungsweise zwischen 50- und 90 000 in Israel. (wird fortgesetzt)



Die Stätten der antiken Stadt Caesarea boten während der Israel-Informationsreise der Delegation Gelegenheit zu einer kurzen Besichtigung.

des deutlich wird: sie erbringen einen Anteil von 35 Prozent der Agrarproduktion und acht Prozent aller Industriegüter.

Die Ausschußdelegation hatte während ihrer Reise Gelegenheit, zwei Kibbuzim kennenzulernen: den Kibbuz Afikim im Jordantal und die einzige christliche Siedlung in Israel, Nes Ammim. Afikim, der zweitgrößte Kibbuz des Landes, liegt etwa drei Kilometer vom See Genezareth entfernt, er zählt heute rund 1520 Bewohnerinnen und Bewohner, davon 875 Mitglieder aus insgesamt 35 Herkunftsländern. Das wirtschaftliche „Standbein“ des Kibbuz ist sehr vielfältig. Haupteinkommensquelle ist der Industriesektor (80 Prozent) mit verschiedenen Produktionszweigen: Verpackungsindustrie, Entwicklung und Herstellung elektrischer Milchmengen-

Diese Zielsetzung, aber auch die Erwartungen eines neuen Landes und einer neuen Lebens- und Arbeitsform stellen besondere Anforderungen an die Mitglieder. Die geringsten Eingewöhnungsschwierigkeiten haben erfahrungsgemäß die Kinder. Sie beherrschen in der Regel bereits nach etwa neun Monaten die hebräische Sprache, nicht zuletzt weil sie die örtlichen Schulen besuchen, und gehen nach Einschätzung unserer Gesprächspartnerinnen unbefangener mit kritischen Fragen, etwa das deutsch-jüdische Verhältnis betreffend, um. Trotzdem wird empfohlen, den Aufenthalt in Israel bei schulpflichtigen Kindern in der Familie auf fünf Jahre zu begrenzen, damit die Schwierigkeiten bei der Rückkehr in das Heimatland nicht unüberbrückbar werden.

Literatur

Reichhaltige Medienlandschaft

Handbuch gibt Auskunft über „Zeitungsland Nordrhein-Westfalen“

Wer über die reichhaltige und vielseitige Zeitungslandschaft in Nordrhein-Westfalen Bescheid wissen möchte, dem steht jetzt ein ausgezeichnetes Handbuch zur Verfügung. Es trägt den Titel „Zeitungsland Nordrhein-Westfalen / Geschichte — Profile — Struktur“. Anlaß für die Herausgabe waren das Jubiläum des Verbandes Rheinisch-Westfälischer Zeitungsverleger (VRWZ), der in diesem Jahr auf 40 Jahre Bestehen zurückblicken kann, sowie eine im Sommersemester 1992 am Institut für Medienwissenschaft der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf veranstaltete Ringvorlesung mit dem Thema „Zeitungslandschaft in Nordrhein-Westfalen“.

So wird erstmalig in einem kompakten Buch die Zeitungslandschaft des Landes an Rhein, Ruhr und Weser dargestellt, angefangen von Giganten wie der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung (WAZ) in Essen bis zu kleinen Blättern, wie z. B. dem Süderländer Volksfreund im Märkischen Kreis mit einer Verkaufsaufgabe von etwas über 3000 Exemplaren.

Im Mittelpunkt stehen Darstellungen der in NRW erscheinenden Tages- und Wochenzeitungen, die von Autoren aus den Zeitungsverlagen beigesteuert wurden. Sie geben sozusagen Insiderwissen preis. Die wichtigsten Angaben über die jeweilige Zeitung erfährt der Leser in kurzen „Steckbriefen“, die den Porträts des jeweiligen Blattes vorangestellt sind.

Ergänzt wird die Darstellung der Zeitungen und Verlagshäuser mit Skizzen über die Entwicklungsgeschichte des Landes Nordrhein-Westfalen, über die Entwicklung und die heutige Struktur seiner Zeitungslandschaft und nicht zuletzt über die Anfänge und die aktuellen Aufgaben des Verbandes Rheinisch-Westfälischer Zeitungsverleger.

Den Zeitungsporträts in alphabetischer Reihenfolge sind einige Beiträge vorangestellt, die auf bestimmte Aspekte von Pressewesen und Pressepolitik eingehen. So befaßt sich Hans Süßmuth eingangs mit der Entstehungsgeschichte des Landes NRW und britischer Pressepolitik, Volker Schulze analysiert die Zeitungspressen des Landes. Dietrich Oppenberg geht auf die Anfänge des Vereins Rheinisch-Westfälischer Zeitungsverleger ein, und Jan-Hendrik Driessen äußert sich zur aktuellen wirtschaftlichen Lage von Zeitungen und Hörfunk in Nordrhein-Westfalen. Am Schluß des Bandes steuert Walter J. Schütz eine Bibliographie zu „Die Zeitungen in Nordrhein-Westfalen 1945—1949“ bei.

Im Anhang kann sich der Leser u. a. über Autoren, Literatur, aber auch über die lokalen privaten Hörfunksender in Nordrhein-Westfalen informieren.

(*Zeitungsland Nordrhein-Westfalen / Geschichte — Profile — Struktur, Herausgeber: Bernhard Boll, Volker Schulze und Hans Süßmuth, ZV Zeitungs-Verlag-Service GmbH, Bonn 1993, 59,80 Mark*)

Jugendliche ...

Fortsetzung von Seite 23

nahme zur Integration ausländischer Kinder während des laufenden Jahres durch das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales (MAGS) stoße auf völliges Unverständnis.

Ministerialrat Breuksch (MAGS) erläuterte, das Ausbauprogramm der Landesregierung umfasse jährlich 20000 bis 25000 Kindergartenplätze. Es bestünden jedoch wegen der erheblichen Anzahl freier Träger rechtliche Bedenken gegen eine Quotierung für ausländische Kinder. Nach der aktuellen Statistik vom 31. Dezember 1991 habe jedes zweite der rund 80000 Kinder im Kindergartenalter Nordrhein-Westfalen einen Platz in einem Kindergarten inne. Einschulungshilfen nähmen nur rund 0,7 Prozent der ausländischen Kinder in Anspruch. Im Haushalt 1993 standen 475000 Mark Fördermittel zur Verfügung, die 70 Prozent des Finanzbedarfs sicherstellen sollten. Durch die erhöhte Nachfrage nach Einschulungshilfen reichten diese Mittel nicht mehr aus und mußten per Haushaltsumschichtung gestreckt werden. Dies hatte zur Folge, daß die Fördermittel für die einzelne Maßnahme von 70 auf 58 Prozent gekürzt worden seien. Bereits jetzt sei absehbar, daß zur Förderung der Einschulungshilfen für das Jahr 1994 landesweit lediglich etwa 427000 Mark zur Verfügung stehen werden.

Sowohl die für das laufende Haushaltsjahr getroffene Kürzungsentscheidung als auch die zehnprozentige Ansatzkürzung für 1994



Schiffahrt tut not. Experten bei einem Hearing der FDP-Fraktion im Landtag sahen die Zukunft des Lastwagenverkehrs auf dem Wasser. Der Anteil der Binnenschiffahrt am Güterverkehr werde steigen, meinten die Fachleute. Die Tagung stand unter dem Motto „Binnenwasserstraßen — Retter vor dem Verkehrsinfarkt?“ (siehe auch Seite 26)

stießen vor dem Hintergrund des Gesamthaushaltsvolumens des Landes auf einhellige Kritik der Arbeitsgruppe. Wie Jürgen Schaufuß unterstrich, trügen Einschulungshilfen mit dazu bei, fremdenfeindlichen Tendenzen und anderen Formen gesellschaftlicher Desintegration entgegenzuwirken. Das MAGS wurde gebeten, die Haushaltsfestlegungen noch einmal zu überdenken.

Sport-Telegramm...

Turniersieg: Parlament kontrolliert Exekutive

Im Hallenfußballturnier der Landesressorts und des Landtags wurde der FCL in seinem ersten Spiel kalt erwischt. Er geriet bereits in der zweiten Minute gegen die Mannschaft des Kultusministeriums in Rückstand. Trotz klarer Überlegenheit gelang der Ausgleich nicht. Noch war die richtige Einstellung auf die Hallenbedingungen nicht gelungen. Das Kultusministerium rettete den knappen Vorsprung über die Zeit. Im zweiten Match explodierte der FCL dafür regelrecht und schoß sich mit tollen Treffern den Frust vom Leib. Mit 5:0 über das Ministerium für Stadtentwicklung und Verkehr wurde der Grundstein für den Turniererfolg gelegt. Bis dahin allerdings wurde noch viel Schweiß vergossen. Unentschieden 1:1 endete das Spiel gegen das Innenministerium und brachte den FCL im Zugzwang, denn nun mußte er die nächste Begegnung mit zwei Toren Unterschied gewinnen, um ins Finale zu kommen. Das gelang: Das Ministerium für Bauen und Wohnen wurde mit 2:0 in einem vom FCL überlegenen geführten Spiel besiegt. Im Endspiel selbst hatte der FCL wenig Mühe und siegte klar 3:0 gegen das Umweltministerium. Es gelangen sehenswerte Kombinationen und für die Halle geradezu sensationelle Tore. In einem insgesamt hochklassigen Fußballturnier hatte das Parlament über die Regierung triumphiert. Hoffentlich war's kein Strohhalm. Getröbt wurde die Freude durch die schmerzhaft Verletzung von Ralf Casimir, der nun für mehrere Wochen ausfällt. Von hier aus gute Besserung.

Erfolgreiche englische Woche

Strömender Regen, tiefschwarze Wolken, peitschende Winde und knöcheltiefer Boden waren die widrigen äußeren Bedingungen beim Spiel zwischen der Mannschaft des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft gegen den FCL im Düsseldorfer Rheinstadion. Dazu kam noch, daß der FCL lediglich zehn Spieler auf den Platz bringen konnte. Trotz seiner Unterzahl und trotz eines debütierenden liberalen Verteidigerpaars Parr/Rackow, das sich aber prächtig einfügte, zog der FCL ein feines Kombinationsspiel auf. Nach dem 0:1-Rückstand sah es allerdings nicht nach einem Erfolg aus. Durch Willensstärke und überlegtes Spiel gelang es aber nach und nach den Gegner in den Griff zu bekommen. Noch vor der Pause zirkelte Hüllecremer den Ball aus 14 Metern zum Ausgleich unter die Latte. Pech, daß zwei weitere Treffer von ihm wegen angeblicher Abseitsstellung nicht anerkannt wurden. In der zweiten Halbzeit kontrollierte der FCL Spiel und Gegner beinahe nach Belieben. Das 2:1 durch Stefan Thermer war die logische Folge. Weitere hochkarätige Torchancen wurden ausgelassen, was aber nichts am erfolgreichen Abschluß der strapaziösen englischen Woche änderte.

Kreisordnung

Der Gesetzentwurf der Fraktion GRÜNE zur Änderung der Kreisordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (KrO) ist nach erster Lesung an den Ausschuß für Kinder, Jugend und Familie sowie an den Ausschuß für Kommunalpolitik überwiesen worden (Drs. 11/5925).

SPD-Fraktion

Gorlas: „Bundesregierung blockiert die Dorferneuerung“

Die Förderung der Dorferneuerung muß als Gemeinschaftsaufgabe von Bund und Ländern weitergeführt werden. Diese Auffassung vertritt die SPD-Landtagsfraktion. In ihrer heutigen Sitzung hat sie einen entsprechenden Antrag für das Plenum beschlossen. Die Hintergründe erläuterte der zuständige Arbeitskreisleiter der Fraktion, Johannes Gorlas: „Die Bundesregierung hat im Entwurf des Bundeshaushalts 1994 eine Kürzung der Bundesmittel für die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrar-

struktur und des Küstenschutzes“ beschlossen. In Verbindung damit ist vom Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten vorgeschlagen worden, die Förderung im Bereich überbetrieblicher Maßnahmen wie der Dorferneuerung auszusetzen.“

Im Antrag für den Landtag heißt es:

- „Der Landtag ist der Auffassung, daß
- die Dorferneuerung insgesamt zu einer wichtigen Maßnahme zur Entwicklung der Dörfer und des ländlichen Raumes in Nordrhein-Westfalen geworden ist,
 - angesichts des beschleunigten Strukturwandels in der Landwirtschaft eine Förderung der Dorferneuerung als Gemeinschaftsaufgabe von Bund und Ländern in Zukunft noch bedeutsamer wird,
 - der Begriff „Agrarstruktur“ erweitert werden und die Aufgaben der Landwirtschaft

zur Erhaltung und Pflege der Kulturlandschaft sowie zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen einbeziehen sollte,

- deshalb der Aufgabenkatalog der Gemeinschaftsaufgabe an die erweiterten Aufgaben der Landwirtschaft im ländlichen Raum anzupassen ist.
- Der Landtag fordert die Landesregierung auf,
- sich mit Nachdruck für eine Fortführung der Dorferneuerung als Gemeinschaftsaufgabe von Bund und Ländern einzusetzen,
 - für eine Erweiterung des Aufgabenkatalogs der Gemeinschaftsaufgabe um Maßnahmen einer standortangepaßten Landbewirtschaftung einzutreten,
 - dafür Sorge zu tragen, daß die Länder in der Gemeinschaftsaufgabe die Prioritäten zur Förderung des ländlichen Raumes setzen können.“

CDU-Fraktion

Müllreduzierung: Matthiesen hat Niederlage eingestanden

Landesminister Klaus Matthiesen (SPD) hat in der jüngsten Sitzung des Umweltausschusses das Scheitern seiner Abfallpolitik eingestanden. „Seinen Plan, jene zu belohnen, die Abfall vermeiden bzw. finanzielle Bestrafung für jene, die ungebremst Müll produzieren, kann er nicht realisieren. In drei Monaten müssen die Kommunen Abfallgebühren anbieten, die einen finanziellen

Ansatz zur Vermeidung und Verwertung geben“, erklärt die umweltpolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen, Dr. Annemarie Schrapf.

„Doch bis dato, das heißt 18 Monate nach Verabschiedung des novellierten Landesabfallgesetzes, vermag er keinerlei Regelungen für die geplante, angeblich ökologisch sinnvolle Gebührenstaffelung vorzulegen. Er hat keinerlei Dunst, wie er verhindern will, daß die Bürger ihren Hausmüll wild in der Landschaft oder klammheimlich in der Abfalltonne des Nachbarn abladen, um Entsorgungsgebühren zu sparen. Nun hat Matthiesen gar im Umweltausschuß eingeräumt, daß er weiterhin keine praktikablen Satzungen vorlegen kann und daß weitere Untersuchun-

gen nötig sind“, so die CDU-Umweltpertin weiter.

Damit sei Matthiesens öffentlichkeitswirksame Idee, Abfallgebühren durch Staffelnung so zu gestalten, daß sie Haushalte mit geringem Abfallaufkommen finanziell belohnen, gescheitert, kritisiert Frau Dr. Schrapf. „Anderthalb Jahre nach der Gesetzesverabschiedung sinnt er weiter darüber nach, wie er den drohenden nachbarschaftlichen Mülltourismus verhindern will. Dabei ist er bei der Lösung des Problems um keinen Deut vorangekommen. Eine Blamage für diesen Umweltminister.“

*) Diese Mitteilungen liegen in der alleinigen Verantwortung der Fraktionen.

F.D.P.-Fraktion

Binnenwasserstraßen — Retter vor dem Verkehrsinfarkt?

„Schifffahrt tut not. Die Zukunft des Lkw-Verkehrs liegt auf dem Wasser. Der Anteil der Binnenschifffahrt am Güterverkehr wird steigen!“ Das ist das Ergebnis eines Verkehrsforums der F.D.P.-Landtagsfraktion „Binnenwasserstraße — Retter vor dem Verkehrsinfarkt?“, bei dem 350 Fachleute aus dem gesamten Bundesgebiet im Plenarsaal des nordrhein-westfälischen Landtags über den Gütertransport auf dem Wasser diskutierten.

Eine „neue Rolle der Binnenschifffahrt beim Gütertransport“ betonen Dr. K. Röhl (MdB)

ebenso wie G. v. Haus, der Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes der Deutschen Binnenschifffahrt. Ist doch die Binnenschifffahrt der Verkehrsträger, der in der Lage ist, erhebliche Mengen an Transportgütern von der Straße zu nehmen und dies zum geringsten Energieverbrauch. Allerdings sind die Wettbewerbsbedingungen zur Zeit noch die Achillesferse der Binnenschifffahrt. Faire Wettbewerbsbedingungen zu schaffen, ist unumgänglich. Das Stichwort „faire Wettbewerbsbedingungen“ elektrisierte viele der anwesenden Partikuliere. Sie wandten sich vehement gegen eine EG-Liberalisierung, die ihre Frachteinnahmen durch einen freien Markt mit ungleichen Konkurrenten soweit nach unten senke, daß dadurch ca. 30% der Partikulierschifffahrt in den Ruin fahre.

„Die Binnenhäfen — ein Nadelöhr für die Dynamisierung der Binnenschifffahrt?“ erörter-

ten Dr. Ch. Kösters von der Duisburg Ruhrorter Häfen AG und Dr. A. Endlicher als Cheflogistiker der Bayer AG Leverkusen.

Schließlich nahmen zu der Frage „Ja oder Nein der verladenden Wirtschaft zum Binnenschiff?“ Dr. D. Lindenblatt von der Thyssen Stahl AG und Dipl.-Kfm. H. Vogel vom Bundesverband Spedition und Lagerei e.V. Stellung und bejahten das Binnenschiff uneingeschränkt.

Die verkehrspolitische Sprecherin der F.D.P.-Landtagsfraktion, Marianne Thomann-Stahl, resümierte: „Der Schiffsverkehr ist mit Abstand das effektivste Transportsystem, weil kein anderer Verkehrsträger mit so wenig Energie so viel Güter so weit transportieren kann wie das Schiff. Die Politik muß deshalb dafür sorgen, daß die deutsche Binnenschifffahrt im europäischen Markt wettbewerbsfähig bleibt und ihre Vorteile ausbaut.“

DIE GRÜNEN-Fraktion

Stillstand in der Luftreinhaltung

Die Grünen im Düsseldorfer Landtag beklagen den Stillstand in der Luftreinhaltungspolitik der Landesregierung. Entgegen den Erklärungen von Umweltminister Matthiesen habe sich die Belastung der nordrhein-westfälischen Luft mit Schadstoffen in den letzten Jahren nicht mehr weiter reduziert. Teilweise sei sogar erhebliche Verschlechterung festzustellen.

Gerd Mai, umweltpolitischer Sprecher der grünen Landtagsfraktion, wirft Matthiesen vor, die Meßergebnisse im Rhein-Ruhr-Ballungsraum regelmäßig mit Werten der sechziger bzw. frü-

hen achtziger Jahre zu vergleichen: „Indem Matthiesen die aktuellen Werte ständig mit der umweltpolitischen Steinzeit vergleicht, verschleiert er die anhaltende Stagnation seiner Luftreinhaltungspolitik in den 90er Jahren. Stellt man nämlich die Meßwerte in den letzten Jahren nebeneinander, so ergibt sich, daß die Luftbelastung mit Stickstoffdioxid, Schwebstaub und mit Benzol zunimmt.“

Beispielsweise hat sich die Belastung der Bürgerinnen und Bürger durch Schwebstaub-Emissionen von 48 Mikrogramm pro Kubikmeter in 1992 auf 53 Mikrogramm im 1. Halbjahr 1993 erhöht. Auch beim Benzol ist eine Verringerung der Gesundheitsgefährdung nicht erkennbar. Benzol, das nach der Gefahrstoff-Verordnung auch in geringsten Dosiswerten krebserzeugende Wirkung hat, wird in nordrhein-westfälischen Städten mittlerweile mit besorgniserregenden Spitzenwerten registriert: Die Jahres-

mittelwerte für Essen und Düsseldorf liegen zwischen 10 und 20 Mikrogramm pro Kubikmeter, während die Werte in Reinluftgebieten bei 0,80 Mikrogramm liegen.

Für beruhigende Erklärungen wie sie Matthiesen zur Zeit verbreitet, gibt es angesichts der Entwicklungen überhaupt keinen Anlaß. Gerd Mai: „Die Grünen fordern für NRW eine einschneidende Ozon-Verordnung mit Tempolimits sowie Verkehrsbeschränkungen und -verbote für PKW- und LKW-Verkehr in besonders belasteten Städten und Gemeinden. In den industriellen Produktionsanlagen müssen nach den klassischen Schadstoffen jetzt endlich auch die krebserregenden und hochgiftigen Chlor- und Lösemittelmissionen sowie die Schwermetall- und Kohlenwasserstoffverbindungen erheblich minimiert werden. Eine Auszeit im Umweltschutz kann sich das Industrieland Nordrhein-Westfalen nicht leisten!“

Stiftung fördert rheinisches Kulturgut

Mit rund 800 000 Mark unterstützt die Sparkassen-Stiftung zur Förderung rheinischen Kulturguts in diesem Jahr kulturelle Maßnahmen im Rheinland.

Nach dem Beschluß der Stiftungsgremien werden 38 Projekte mit den Zinserträgen des von den 53 rheinischen Sparkassen aufgebrauchten Stiftungsvermögens von 15 Millionen Mark gesponsert.

Finanziell am stärksten ins Gewicht fallen dabei ein 70 000-Mark-Zuschuß für den Erwerb des Gemäldes „Abschied der Schatten“ von Karl Fred Dohmen durch das Rheinische Landesmuseum in Bonn. Darüber hinaus beteiligt sich die Stiftung mit 50 000 Mark an der Publikation eines Werkverzeichnisses von Professor Ernst Wille.

Intendanten

Ob Theaterleute für die Kosten aufkommen müssen, die der Gastspielboykott des Wuppertaler Tanztheaters verursacht hat, ist noch offen. In seiner Antwort auf eine Kleine Anfrage der CDU-Abgeordneten Professor Dr. Renate Möhrmann berichtet das Kultusministerium, in einer Erklärung hätten die am 25. Juni in Mülheim an der Ruhr versammelten Intendanten Nordrhein-Westfalens einstimmig gegen die Schließung der staatlichen Schauspielbühnen Berlins protestiert und erklärt, daß sie bis zur Rücknahme des Schließungsbeschlusses die Kulturstadt Berlin boykottieren wollten. Als Folge sei ein Gastspiel des Wuppertaler Tanztheaters, das für den 2. und 3. Juli in Berlin geplant gewesen sei, abgesagt worden. Die Berliner Kulturveranstaltungs- und Verwaltungs-GmbH habe von den Wuppertaler Bühnen Erstattung der zur Vorbereitung angefallenen Kosten gefordert. Über den Sachverhalt und Rechtsfragen sei von der Stadt Wuppertal und dem Theater noch nicht entschieden worden. Von seiten des Ministeriums aus bestehe noch keine Grundlage für eine abschließende Beantwortung. Die Fragen nach der Eintrittspflicht der Intendanten und aus welchen Mitteln ein Schaden beglichen werde, könne erst beantwortet werden, wenn die Grundverpflichtung geklärt sei.

LANDTAG INTERN

Herausgeberin: Die Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ingeborg Friebe
Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf,
Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf

Redaktion: Eckhard Hohlwein (Chefredakteur),
Jürgen Knepper (Redakteur), Maria Mester-Grüner (Redakteurin), Telefon: (0211) 884 2303,
884 2304 und 884 25 45, btx: *5 68 01 #

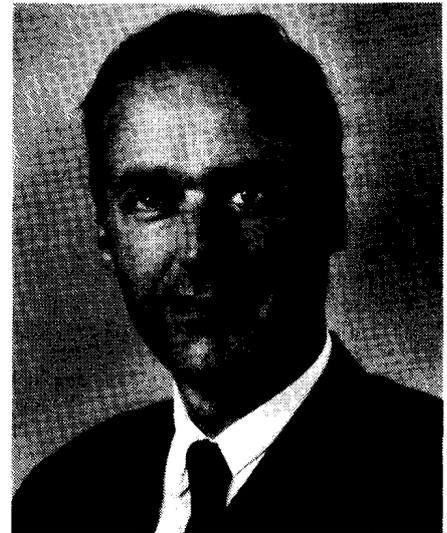
Ständiger Berater der Herausgeberin für „Landtag intern“: Friedhelm Geraedts, Pressesprecher des Landtags

Redaktionsbeirat: Birgit Fischer MdL (SPD), Parlamentarische Geschäftsführerin; Heinz Hardt MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Hagen Tscholtsch MdL (F.D.P.), Parlamentarischer Geschäftsführer; Beate Scheffler (DIE GRÜNEN), Abgeordnete; Hans-Peter Thelen (SPD), Pressereferent; Joachim Ludewig (CDU), Pressesprecher; Ulrich Marten (F.D.P.), Pressesprecher; Werner Stürmann (DIE GRÜNEN), Pressesprecher.

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten
Herstellung: Trittsch Druck und Verlag, Düsseldorf
ISSN 0934-9154

LANDTAG INTERN wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Porträt der Woche



Laurenz Meyer (CDU)

Der Kompromiß ist ein wesentliches Element auf dem Weg zur politischen Entscheidungsfindung. Laurenz Meyer würde diesen Satz bedenkenlos unterschreiben. Vor einem Kompromiß aber müssen für ihn die divergierenden Meinungen aufeinandertreffen, auch „in aller gebotenen Härte“, wie er betont. „Ungeschminkt die Meinung sagen, selbst wenn's weh tut“, das ist für den Westfalen eine wichtige Voraussetzung für die politische Arbeit. Erst wenn im politischen Streitgespräch die Zielvorstellungen klar herausgearbeitet worden sind, lassen sich, so Meyers Erfahrung, die Ausmaße eines Kompromisses ausloten. Verloren hat für ihn, wer schon zum Zeitpunkt der noch kontrovers geführten Diskussion die Kompromißformel vorwegnimmt.

Diese Einstellung zur politischen Streitkultur hat dem Diplom-Volkswirt nicht immer nur Freunde geschaffen. Dennoch ist ihm dafür per saldo mehr Anerkennung als Ablehnung zuteil geworden, wie sein politischer Lebenslauf zeigt.

Sein erstes „öffentliches Engagement“ endete im Eklat, allerdings bewußt kalkuliert: Als Oberschüler, gegen Ende der 60er Jahre, gebärdete sich Meyer als Störenfried auf einer NPD-Versammlung mit Alfred von Thadden. Dessen Rede unterbrach der damalige Twen immer wieder durch laute Zwischenfragen, so lange, bis von Thadden diesen unbequemen Geist von seinen braunen Saalordnern an die Luft befördern ließ.

Heute nennt Meyer diese Situation ein Schlüsselereignis, führte sie ihn doch hin zur aktiven Auseinandersetzung mit politischen Themen. Bis dahin hatte er Politik eher aus den Diskussionen im Elternhaus erlebt. Als bald fand er über seinen Freundeskreis ersten Zugang zur Jungen Union (JU) und trat, nachdem er als Gast an einer für ihn sehr bedrückenden Berlinfahrt teilgenommen hatte, 1968 in die CDU ein.

Politisches Rüstzeug erhielt er vor allem beim Bundestagsabgeordneten Professor Günther Rinsche, für den er als wissenschaftlicher Mitarbeiter und Wahlkreis-Assistent arbeitete. Gleich nach Ende seines Volks- und Betriebswirtschaftsstudiums in Münster wurde Meyer 1975 in den Stadtrat von Hamm gewählt. Schon als stellvertretender Kreisvorsitzender der Jungen Union und JU-Landesvorstandsmitglied war er Bürgervertreter im Jugendwohlfahrtsausschuß gewesen. Dem Hammer Stadtrat gehört Meyer seither ohne Unterbrechung an, inzwischen als Fraktionsvorsitzender der CDU.

Wichtige Erfahrungen sammelte er in dieser Zeit auch als Mitglied im Wirtschaftsausschuß und über elf Jahre als Vorsitzender des Kulturausschusses. 1980 wurde Laurenz Meyer in den Landesvorstand der CDU Westfalen gewählt. Dort und im Fachausschuß Wirtschaft der Westfalen-CDU begann die Zusammenarbeit mit Christa Thoben, seiner Vorgängerin im Amt der wirtschaftspolitischen Sprecherin der

Landtagsfraktion. Erfahrungen, die sich für ihn als parteipolitischer Karriereknick nach oben auswirken sollten. Nachdem sich Frau Thoben für den Weg aus der Politik zurück in die Wirtschaft entschieden hatte, nominierte ihn die Ruhr-CDU als Landtagsabgeordneten und sicherte seine Kandidatur über die Landesreserveliste ab.

Als schließlich die CDU-Landtagsfraktion ihn gleich zum neuen wirtschaftspolitischen Sprecher wählte, erhielt Meyer von einigen den Stempel des Großindustrie-Lobbyisten. Eine Einschätzung, die er sich selbst nur damit erklären kann, daß man ihn vor allem nach seinem Hauptberuf — Hauptabteilungsleiter in der Dortmund VEW-Hauptverwaltung — beurteilte. Gegen das Vorurteil über seine Person mußte er anfangs der Legislaturperiode noch heftig ankämpfen. Meyer selbst sieht sich „eher als Sprecher der kleinen und mittleren Unternehmen“, die kaum irgendwelchen Einfluß bei den Kommunen oder beim Staat haben. Ihnen gilt seine deutliche Sympathie, für sie macht er Wirtschaftspolitik. Diese Aufgabe erfüllt ihn auch in der Opposition.

Die einzige wirkliche Schwierigkeit macht dabei nicht etwa die SPD-Mehrheitsfraktion, sondern der Wirtschaftsminister selbst. „Herr Einert vertritt immer häufiger Positionen, die ich als CDU-Politiker übernehmen könnte.“ Geschickt blockte so jedoch der Minister viele der CDU-Argumente ab, setzte aber gleichwohl seine öffentlichen Ankündigungen politisch nicht durch. Um so beharrlicher hält Meyer mit seinem in 25 Jahren politischer Arbeit bewährten Rezept dagegen: Erst die Konflikte deutlich herausstellen, um anschließend daraus den für alle tragfähigen Kompromiß zu entwickeln. Denn — siehe oben — ohne vernünftige Kompromisse ist für Laurenz Meyer eine vernünftige Politik nicht denkbar.

Sievert Herms

(Das namentlich gekennzeichnete „Porträt der Woche“ ist Text eines jeweiligen Gastautors und muß nicht immer mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen)

Zur Person

Geburtstagsliste

vom 24. September bis 4. Oktober 1993

- 24. 9. **Heinz Hardt** (CDU), 57 J.
- 26. 9. **Winfried Schittges** (CDU), 47 J.
- 26. 9. **Eva Heidemann** (CDU), 60 J.
- 27. 9. **Manfred Braun** (SPD), 65 J.
- 28. 9. **Ilse Ridder-Melchers** (SPD), 49 J.
- 1. 10. **Reinhard Wilmbusse** (SPD), 61 J.
- 4. 10. **Birgit Fischer** (SPD), 40 J.
- 4. 10. **Carla Boulboullé** (fraktionslos), 50 J.

★
Johannes Rau (SPD), nordrhein-westfälischer Ministerpräsident, ist von der SPD offiziell als Kandidat für die Nachfolge von Bundespräsident **Richard von Weizsäcker** vorgeschlagen worden. Der erweiterte SPD-Parteivorstand nominierte Rau am 13. September in Bonn einstimmig. Vor der Presse erklärte der NRW-Regierungschef, er wolle auf jeden Fall bei der Wahl durch die Bundesversammlung im Mai 1994 antreten. Dies gelte unabhängig von möglichen Gegenkandidaten. Nach eigenen Angaben will Rau bis zu der Entscheidung im kommenden Jahr unverändert politisch aktiv bleiben. Er betonte, er werde auf dem SPD-Parteitag im November in Wiesbaden erneut für das Amt des stellvertretenden Bundesvorsitzenden kandidieren und sich im nächsten Frühjahr zur Wiederwahl als nordrhein-westfälischer Landesvorsitzender stellen.

★
Walter Neuhaus (CDU), Vorsitzender des Ausschusses für Haushaltskontrolle, ist Mitte September in Meinerzhagen mit der Präsidentenplakette in Gold des Westfälischen Schützenbundes (WSB) geehrt worden. Diese Auszeichnung wird für außerordentliche Verdienste im Sport- oder Traditionsbereich um den WSB vergeben. Neuhaus ist bereits Träger der silbernen Präsidentenplakette.

★
Dr. Fritz Bergmann, vom 26. Juli 1970 bis 5. Januar 1976 SPD-Abgeordneter im nordrhein-westfälischen Landtag, hat nach zwanzigjähriger Tätigkeit sein Amt an der Spitze des Ruhrverbandes abgegeben und ist ausgeschieden. Sein Nachfolger als Vorstandsvorsitzender wurde der bisherige Oberstadtdirektor von Bochum, **Dieter Bongert**.

★
Josef Heinrichs, ehemaliger SPD-Landtagsabgeordneter sowie Amts- und Gemeindedirektor a. D. aus Düren, ist wegen seiner Verdienste um die deutsch-amerikanische Freundschaft vom US-Staat Maryland die Ehrenbürgerwürde verliehen worden. Heinrichs gehörte mit Unterbrechungen von 1958 bis 1975 dem Landtag an.

★
Dr. Norbert Schneider ist seit dem 1. Juli 1993 neuer Direktor der Landesanstalt für Rundfunk (Lfr) Nordrhein-Westfalen. Der parteilose Schneider, der Theologie und Publizistik studierte, löste **Klaus Schütz** ab. Der SPD-Politiker, ehemaliger Regierender Bürgermeister von Berlin, deutscher Botschafter in Israel und Intendant der Deutschen Welle, hat nach sechs Amtsjahren aus Altersgründen sein Amt abgegeben. Norbert Schneider war im Januar von der Rundfunkkommission der Landesanstalt für Rundfunk gewählt worden. Der Medienexperte hat sich mit zahlreichen Veröffentlichungen, als

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



16 Tore fielen in Oberhausen: In der Prominentenelf kickten auch der Landtagsabgeordnete Reinhold Hemker (2. v.l.) und der Präsident der SG Wattenscheid 09 und Modefabrikant Klaus Steilmann (3. v.l.) mit. Bild: Thöne

Sechzehn Tore für einen guten Zweck

Gleich viermal trafen die Stürmer des FC Landtag in das Netz der ruhmreichen Altherrenmannschaft der SG Wattenscheid 09; 16 Tore konnten die Zuschauer in Oberhausen-Osterfeld am Sportplatz Wittekindstraße insgesamt jubeln. Der FCL trat den ehemaligen Profikickern um ihren Boß Steilmann sehr offenerzig gegenüber. Die nur locker strukturierte Raumdeckung des FCL wurde von den Routiniers im schwarzweißen Dreß auch prompt als Einladung zum munteren Toreschießen angenommen. Erst beim Stande von 0:4 gelang dem FCL der erste Treffer. Der quirlige und dribbelstarke Flügelstürmer Hocevar vollendete eine gekonnte Kombination, indem er die halbhohe Flanke von links entschlossen per Innenrist unter die Latte setzte. Vom deprimierenden Pausenstand von 1:7 ließ sich der FCL nicht sonderlich beeindrucken. Im Gegenteil: Kapitän Hemker blies zum Angriff, und drei weitere schöne Tore durch Stahl und Schüssler, der sogar zweimal erfolgreich war, waren die Folge der durch nichts zu erschütternden Spiellaune des FCL. Die Stürmer konnten

durchaus zufrieden sein mit ihrer Ausbeute. Die Abwehr dagegen akzeptierte diesmal mehr oder weniger die Rolle als löchriger Käse. Den Zuschauern gefiel es, wie der Beifall zeigte. Der Erlös kommt der caritativen Altenarbeit zugute.

Fußball aus Japan

Ein Höhepunkt der Japan Wochen in Düsseldorf war das Aufeinandertreffen der japanischen Seniorenmannschaft SOI und der Mannschaft des FC Landtag auf dem Sportplatz an der Roßstraße in Derendorf. Über drei Drittel ging das Spiel, in jedem Drittel tauschten die Kicker aus Nippon ihre komplette Mannschaft, darunter mehrere frühere Nationalspieler, aus. Die technisch hervorragende japanische Mannschaft war allerdings bei einem Durchschnittsalter von etwa 70 Jahren dem FCL konditionell und läuferisch unterlegen und mußte sich schließlich den Mannen um Uwe Herder, Reinhold Hemker, Hans Kern, Hans-Joachim Kuhl, Hans Kraft und Günter Langen mit 6:9 geschlagen geben. Der Torreichtum stachelte die Sangesfreude an. Noch eine Stunde nach Spielschluß schmetterten Japaner und Deutsche gemeinsam populäre Sangesweisen. Das Rückspiel im Fußball wie im Singen soll im nächsten Jahr in Osaka ausgetragen werden.

Fernsehbeauftragter des Rates der Evangelischen Kirche und als Programmdirektor beim Sender Freies Berlin (SFB) einen Namen gemacht. Zuletzt war er als Geschäftsführer für die zur WAZ-Gruppe gehörende Allianz-Film in Berlin tätig.